



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 4 · April 2001 · 56. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Jahresrückblick — Hauptdaten der wirtschaftlichen
Entwicklung in Hessen 2000

Kommunal Finanzen — auf dem Weg aus der Schuldenfalle?
Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Jahresrückblick	
Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2000	110
Öffentliche Finanzen	
Kommunalfinanzen — auf dem Weg aus der Schuldenfalle? Von <i>Günter Rapior</i>	136
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	150
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung	151
Arbeitsmarkt	151
Landwirtschaft	152
Verarbeitendes Gewerbe	152
Öffentliche Energieversorgung	152
Baugewerbe, Baugenehmigungen	153
Einzelhandel und Gastgewerbe	153
Außenhandel	154
Fremdenverkehr, Verkehr	154
Geld und Kredit	155
Preise	155
Steuern	156
Löhne und Gehälter	156
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4

Aus organisatorischen Gründen konnte die für dieses Heft vorgesehene Ausgabe des Hessischen Umwelt-Monitors nicht termingerecht fertiggestellt werden. Die nächste Ausgabe wird in Heft 7/01 erscheinen.

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2001
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 75,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
· = Nachweis nicht möglich, weil die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist oder weil bei Veränderungsdaten die Ausgangszahlen kleiner als 100 ist
... = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D = Durchschnitt.
p = vorläufige Zahl(en).
r = berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

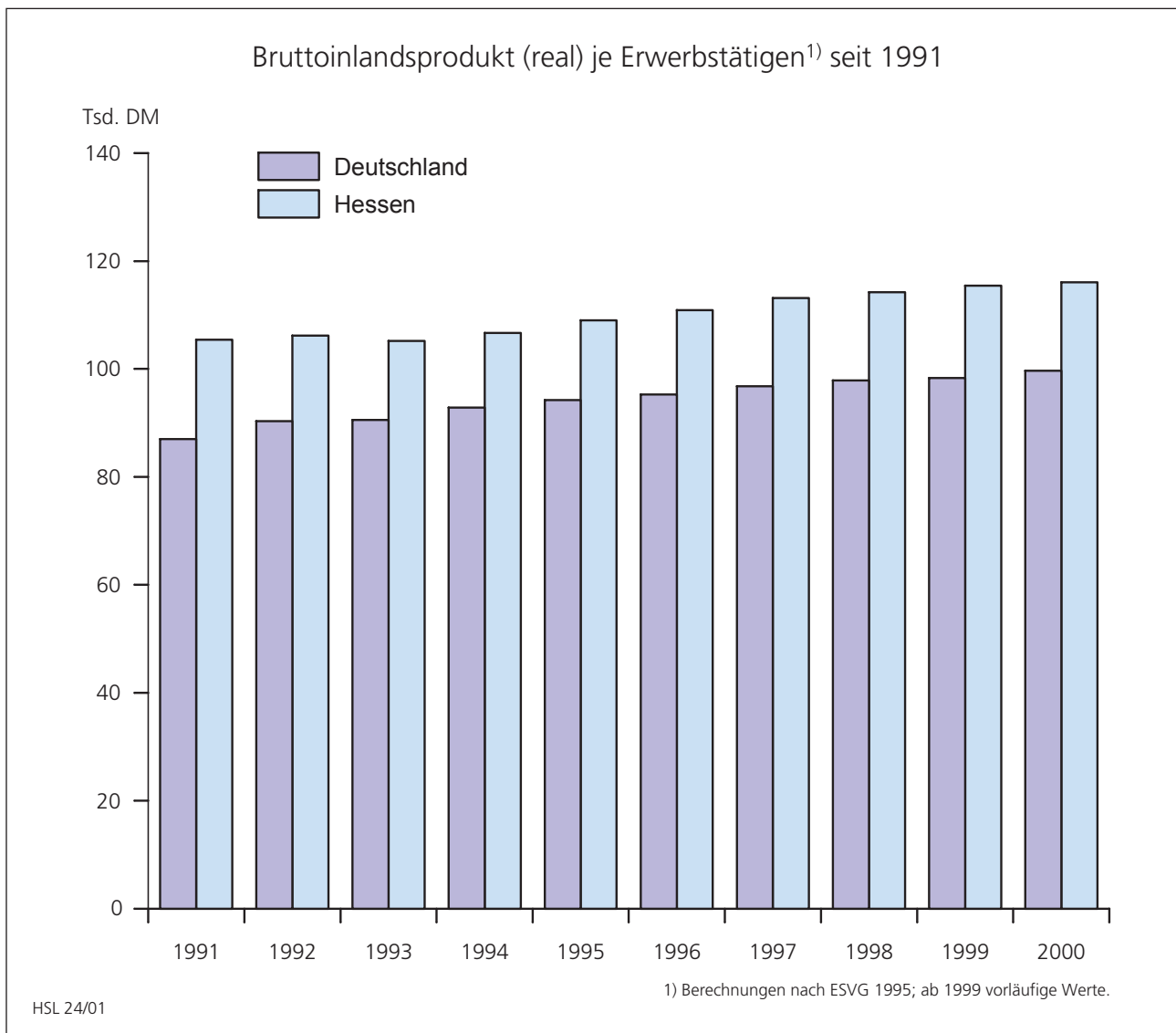
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

4 · 01

56. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt





Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2000

Der Jahresrückblick 2000 stellt die wichtigsten Ergebnisse und Trends des vergangenen Jahres zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in kompakter Form dar. Damit der Überblick gewahrt bleibt, ist der Rückblick in die vier Hauptabschnitte „Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt“, „Wirtschaftsbereiche“, „Öffentliche Finanzen“ sowie „Bevölkerung“ gegliedert. Abgerundet wird die Darstellung durch mehrere Schaubilder. Neu aufgenommen wurde im Abschnitt „Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt“ der Bereich „Erwerbstätigkeit“ und im Abschnitt „Bevölkerung“ der Bereich „Haushalte“, jeweils gespeist mit Ergebnissen aus der Mikrozensus-Stichprobenerhebung. Der Bereich „Sparverkehr“ wird nicht mehr beschrieben und im Bereich „Landwirtschaft“ wurden die Teile „Weinbau“ und „Waldschäden“ durch den Teil „Gemüseanbau“ ersetzt. Alle aufgeführten Daten umfassen den kompletten Zeitraum von Januar bis Dezember 2000. Lediglich die Daten zum Themenbereich „Außenhandel“ (Januar bis November) beinhalteten bei Redaktionsschluss nicht das ganze abgelaufene Jahr. Die Angaben zu den Bereichen „Erwerbstätigkeit“ und „Haushalte“ beziehen sich auf den Zeitraum Mai 2000 und die Angaben zum Kraftfahrzeugbestand auf den Stichtag 1. Juli 2000. Im Bereich „Bevölkerung“ werden für das Jahr 2000 hochgerechnete Werte auf der Basis des 1. Halbjahres 2000 nachgewiesen.

Schlaglichter des Jahres 2000 aus statistischer Sicht:

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

- **Bruttoinlandsprodukt:** Hessens Wirtschaft konnte im Jahr 2000 ein Wachstum von 3,3 % realisieren; die Rate lag um 0,2 Prozentpunkte höher als in Deutschland.
- **Arbeitsmarkt:** Die Arbeitslosenzahl in Hessen hat weiter abgenommen: Sie verringerte sich von durchschnittlich 239 300 im Jahr 1999 um 24 400 oder 10,2 % auf 214 900 im Berichtsjahr. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank von 9,4 auf 8,1 %.
- **Erwerbstätigkeit:** Die Zahl der erwerbstätigen Hessen belief sich im Mai 2000 auf rund 2,75 Millionen, das waren 48 000 oder 1,8 % mehr als ein Jahr zuvor.
- **Außenhandel:** Von Januar bis November 2000 führte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 53,8 Mrd. DM ins Ausland aus, gut 17 % mehr als im Vergleichszeitraum 1999. Der Wert der Einfuhren stieg um 20 % auf 94,4 Mrd. DM.
- **Preisindex für die Lebenshaltung:** Im Jahr 2000 sind die Verbraucherpreise in Hessen stärker gestiegen als in den Jahren zuvor. Im Durchschnitt des Berichtsjahres lagen sie um 1,9 % höher als ein Jahr zuvor.
- **Verdienste:** Die Nettoverdienste der Arbeitnehmer in Hessen sind von 1999 auf 2000 stärker als die Bruttoverdienste gestiegen.
- **Insolvenzen:** Die gewerblichen Insolvenzen waren im Jahr 2000 weiter rückläufig. Diese Entwicklung hält damit seit drei Jahren an.
- **Gewerbeanzeigen:** Die Zahl der Anmeldungen von Gewerbebetrieben in Hessen ist im Jahr 2000 im Vergleich

zum Vorjahr um 2,8 % auf gut 64 300 gesunken. Ebenfalls rückläufig war die Zahl der Abmeldungen. Sie verringerte sich um 8 % auf 57 400.

Wirtschaftsbereiche

- **Verarbeitendes Gewerbe:** Gegenüber 1999 verbuchte das hessische Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2000 dank glänzender Auslandsgeschäfte ein deutliches Umsatzplus. Auch die Auftragseingänge legten deutlich zu.
- **Bauhauptgewerbe:** Diese Branche blieb im Berichtsjahr von der verbesserten konjunkturellen Entwicklung abgekoppelt. Auftragseingänge, Umsätze und Beschäftigung waren rückläufig.
- **Bautätigkeit:** Im vergangenen Jahr wurden sowohl im Wohnbau (– 13 %) als auch im Nichtwohnbau (– 9,4 %) weniger Baugenehmigungen für neue Gebäude erteilt.
- **Einzelhandel:** Die Umsätze der hessischen Einzelhandelsbetriebe stiegen im Betrachtungszeitraum nominal um knapp 1 %; real bedeutete dies stagnierende Umsätze.
- **Verkehr:** Im Jahr 2000 erreichte der Luftverkehr auf dem Flughafen Frankfurt (Main) im Bereich „Passagierverkehr“ neue Höchstmarken und auch das Frachtaufkommen legte deutlich zu.
- **Landwirtschaft:** Die hessische Getreideernte fiel im Jahr 2000 auf Grund der gestiegenen Anbaufläche mit gut 2 036 000 t um 49 300 t höher aus als die im Vorjahr.

Öffentliche Finanzen

- **Kommunalfinanzen:** Im Jahr 2000 sind die Ausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften mit + 4,9 % auf 35,4 Mrd. DM relativ stärker gestiegen als die Einnahmen, die ein Plus von 3,7 % auf 36,0 Mrd. DM aufwiesen.

- **Gesamtsteueraufkommen:** Das Steueraufkommen in Hessen übertraf mit einem Wert von 89,8 Mrd. DM das Vorjahresniveau um 6,2 %. Somit war im dritten Jahr in Folge ein Steuerplus zu verzeichnen.

Bevölkerung

- **Bevölkerung:** Die Bevölkerung ist im Jahr 2000 weniger stark gewachsen als im vorangegangenen Jahr. Die Einwohnerzahl nahm um 14 000 oder 0,2 % auf 6,066 Mill. zu (Jahresergebnis geschätzt).
- **Haushalte:** Im Mai 2000 gab es in Hessen 2,8 Mill. Privathaushalte, dies war rund 1 % mehr als im April 1999.

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

3,3 % Wirtschaftswachstum

Das Wirtschaftswachstum in *Deutschland* hatte sich von 2,1 % (1998) auf nur noch 1,6 % in 1999 abgeschwächt, wodurch es im Zuge des 1994 einsetzenden konjunkturellen Erholungsprozesses zu einer erneuten Wachstumsdelle gekommen war. Im Berichtsjahr 2000 ergab sich nun ein unerwartet kräftiger Konjunkturaufschwung mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts um 3,1 %. Diese bisher höchste Wachstumsrate in der neunjährigen gesamtdeutschen Wirtschaftsgeschichte hatte hauptsächlich außenwirtschaftliche Ursachen. Eine für die Ausfuhr in den Dollarraum günstige Wechselkursentwicklung bescherte der deutschen Wirtschaft einen wahren Exportboom. Dadurch konnte sich der Außenbeitrag gegenüber 1999 mehr als verdoppeln und einen vollen Prozentpunkt zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beisteuern. Die übrigen 2,1 Prozentpunkte kamen von der inländischen Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts. Hier konnten sich allerdings allein die Ausrüstungsinvestitionen (+ 9,0 %) als binnenwirtschaftlicher Wachstumsmotor profilieren, während die Bauinvestitionen (- 2,5 %) sogar rückläufig waren. Der private und staatliche Konsum, für den rund drei Viertel des Bruttoin-

landsprodukts aufgewendet werden, wiesen nur unterdurchschnittliche Zuwachsraten auf und verhinderten damit ein noch kräftigeres gesamtwirtschaftliches Wachstum.

Unter diesen gesamtdeutschen Rahmenbedingungen konnte *Hessens* Wirtschaft im Jahr 2000 ein Wachstum von 3,3 % realisieren; 0,2 Prozentpunkte oberhalb der Wachstumsrate für Deutschland. Der Anteil Hessens am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt Deutschlands lag 1999 und 2000 bei 9,0 %. Die entscheidenden Wachstumsimpulse für die Wirtschaft Hessens gingen 2000 von den Dienstleistungsbereichen Kreditgewerbe, unternehmensnahe Dienstleistungen, Datenverarbeitung inklusive Datenbanken und der Nachrichtenübermittlung aus, in denen im Berichtsjahr nur rund ein Viertel der Wertschöpfung, aber nahezu zwei Drittel des realen Wertschöpfungszuwachses von 12,2 Mrd. DM erwirtschaftet wurden. Das Verarbeitende Gewerbe, dessen Wertschöpfung 1999 noch um 3 % geschrumpft war, konnte im Berichtsjahr wieder Tritt fassen. Mit einem Wachstum von 2,5 % blieb dieser Wirtschaftsbereich allerdings erneut weit hinter der entsprechenden Entwicklung in Deutschland (+ 5,8 %) zurück, da die Exportchancen in den Dollarraum nur sehr selektiv bestimmten Branchen bzw. Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zugute kamen. Profitieren konnte hiervon vor allem der hessische Maschinenbau, während die Entwicklung in der Chemischen Industrie und in Teilen des Fahrzeugbaus gegenüber anderen Bundesländern enttäuschend verlief. Das in jeweiligen Preisen gemessene Bruttoinlandsprodukt stieg von 346,3 Mrd. DM im Jahr 1999 um 8,5 Mrd. DM oder 2,4 % auf 354,8 Mrd. DM für das vergangene Jahr.

Das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen stieg von 115 500 DM in 1999 um 800 DM oder 0,8 % auf 116 300 DM im Berichtsjahr (siehe auch Schaubild auf S. 109). Das war das Spitzenergebnis unter den 13 Flächenländern. Damit lag das auch als Arbeitsproduktivität bezeichnete preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen knapp 17 % über dem Bundesdurchschnitt von 99 800 DM. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Arbeitsproduktivität in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit 72 700 DM noch immer deutlich hinter dem entsprechenden Wert für die alten Bundesländer (ohne Berlin: 105 200 Mark) zurückbleibt. Bei den drei Stadtstaaten, die durch ihre hohe Dienstleistungskonzentration eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie Hessen aufweisen, lag die Arbeitsproduktivität nur in Hamburg (131 400 DM) über dem hessischen Niveau.

In ihrem Herbstgutachten 2000 prognostizierten die Mitglieder deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. für das Jahr 2001 ein 2,7%iges Wirtschaftswachstum in Deutschland. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kam drei Wochen später zu einem ähnlichen Ergebnis (+ 2,8 %).

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen¹⁾ (real)

Jahr	Hessen		Deutschland	
	DM	Veränderung zum Vorjahr in %	DM	Veränderung zum Vorjahr in %
1991	105 461	.	87 013	.
1992	106 213	0,7	90 316	3,8
1993	105 237	-0,9	90 561	0,3
1994	106 692	1,4	92 837	2,5
1995	109 039	2,2	94 243	1,5
1996	110 921	1,7	95 251	1,1
1997	113 162	2,0	96 779	1,6
1998	114 263	1,0	97 856	1,1
1999	115 462	1,0	98 326	0,5
2000	116 101	0,6	99 678	1,4

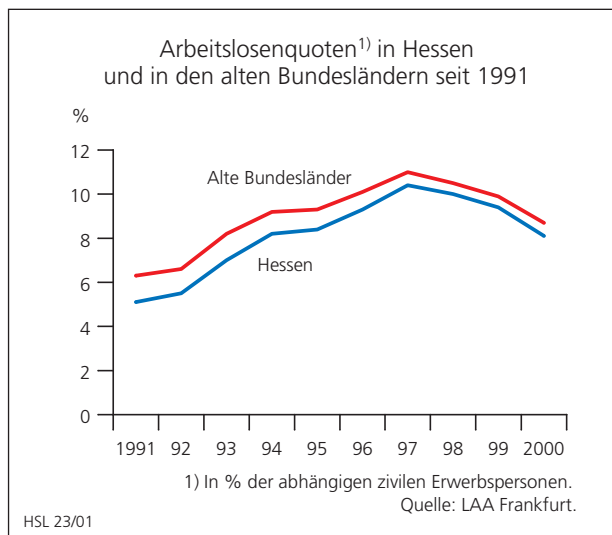
1) Berechnungen nach ESVG 1995; ab 1999 vorläufige Werte.

Da die Annahmen, auf denen diese Schätzungen beruhen, zwischenzeitlich keine gravierenden Abweichungen erfahren haben, erscheint aus heutiger Sicht ein hessisches Wirtschaftswachstum von etwa 3 % im laufenden Jahr erreichbar. Damit bliebe das konjunkturelle Klima für einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit günstig. Der Sachverständigenrat rechnet mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Erwerbstätigkeit in Deutschland um 395 000 Personen oder gut 1 % gegenüber 2000. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute kommen mit einem Plus von 380 000 Erwerbstätigen wegen der Annahme eines etwas schwächeren Wirtschaftswachstum nur zu einem geringfügig niedrigeren Ergebnis. Für Hessen dürfte mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um 1,2 % zu rechnen sein. Damit wären im Durchschnitt des laufenden Jahres erstmals mehr als drei Millionen Erwerbstätige in Hessen beschäftigt.

Weniger Arbeitslose und Kurzarbeit, mehr offene Stellen

Im Jahr 2000 zählten die hessischen Arbeitsämter 389 600 **Arbeitslosmeldungen**, die zu mehr als der Hälfte (52 %) Personen ohne vorherige Erwerbstätigkeit betrafen. Für die zumeist kündigungsbedingten Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit errechnete sich ein Anteil von gut 45 %. Der Rest der Arbeitslosmeldungen bezog sich auf Personen, die zuvor eine betriebliche Ausbildung absolviert hatten. Gegenüber dem Vorjahr waren die Arbeitslosmeldungen im Jahr 2000 um 16 900 oder 4,2 % geringer.

1) Hier und im Folgenden Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 (altes Bundesgebiet).



Auf Bundesebene¹⁾ fiel der relative Rückgang der Arbeitslosmeldungen (- 3,8 %) etwas geringfügiger aus. Unter anderem durch weniger Asylanten und Bürgerkriegsflüchtlingen ergab sich bei der Abnahme der hessischen Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit (- 9700; - 4,6 %) ein günstigeres Ergebnis als bei dem trotz guter Konjunktur nur zögerlichen Rückgang der Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit (- 5600; - 3,1 %).

Diesem Arbeitskräfteangebot standen 279 200 der hessischen Arbeitsverwaltung im Verlauf des Jahres 2000 als offen gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 14 600 oder 5,5 % mehr als 1999. Im Bundesgebiet verlief die Belegung der Stellenmeldungen (+ 5,1 %) etwas verhaltener. In Hessen kamen auf 72 (Bundesgebiet: 67) als **offen gemeldete** Stellen 100 Arbeitslosmeldungen. Die hessischen Arbeitsämter konnten trotz dieser erweiterten Vermittlungsbasis

Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter

Jahr Monat	Arbeitslose					Arbeitslosenquote ¹⁾				
	ins- gesamt	darunter				ins- gesamt	darunter der			
		Männer	Frauen	Jugend- liche	Ausländer		Männer	Frauen	Jugend- liche	Aus- länder
1998 D	254 050	144 800	109 250	6 339	55 070	10,0	10,3	9,7	8,9	18,6
1999 D	239 257	134 071	105 186	5 747	51 080	9,4	9,6	9,1	8,0	17,2
2000 D	214 875	118 356	96 519	5 442	45 177	8,1	8,3	8,0	5,8	14,8
1999										
Oktober	225 484	123 361	102 123	5 559	47 950	8,8	8,8	8,8	7,7	16,2
November	225 151	123 623	101 528	5 262	47 914	8,8	8,8	8,7	7,3	16,2
Dezember	229 534	127 792	101 742	5 384	48 612	9,0	9,1	8,8	7,4	16,4
2000										
Januar	238 900	134 830	104 070	5 661	49 959	9,3	9,6	9,0	7,8	16,9
Februar	236 497	134 310	102 187	5 868	49 664	9,2	9,6	8,8	8,1	16,8
März	228 878	129 070	99 808	5 574	48 534	8,9	9,2	8,6	7,7	16,4
April	221 800	123 603	98 197	5 155	47 239	8,3	8,5	8,0	5,0	15,4
Mai	211 812	116 727	95 085	4 622	45 162	7,9	8,1	7,7	4,5	14,7
Juni	213 076	115 919	97 157	5 732	44 332	8,0	8,0	7,9	5,6	14,4
Juli	213 256	115 155	98 101	6 243	43 150	8,0	8,0	8,0	6,0	14,0
August	206 753	111 376	95 377	6 072	42 578	7,7	7,7	7,7	5,9	13,8
September	201 102	108 341	92 761	5 481	42 144	7,5	7,5	7,5	5,3	13,7
Oktober	196 354	105 855	90 499	4 903	41 830	7,3	7,3	7,3	4,7	13,6
November	195 173	105 855	89 318	4 852	41 875	7,3	7,3	7,2	4,7	13,6
Dezember	200 261	110 673	89 588	4 893	42 699	7,5	7,7	7,3	4,7	13,9

1) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Quelle: Landesarbeitsamt Hessen.

nur 179 700 Arbeitsuchende auf einem Dauerarbeitsplatz unterbringen. Das waren 9500 oder 5,0 % weniger als 1999. Im Bundesgebiet ging der Vermittlungserfolg (– 5,1 %) ebenfalls zurück. Neben der amtlichen Vermittlungstätigkeit bewirkten weitere, durch private Bemühungen entstandene Arbeitsverhältnisse und andere Anlässe, wie Erreichen der Altersgrenze, Arbeitsmarkt entlastende Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und dergleichen, dass 2000 insgesamt 418 900 Personen in Hessen aus der Arbeitslosigkeit ausschieden. Das waren 6300 oder 1,5 % weniger als 1999 (Bundesgebiet: – 2,9 %).

Die **Arbeitslosenzahl** in Hessen verringerte sich von durchschnittlich 239 300 im Vorjahr um 24 400 oder 10,2 % auf 214 900 im Berichtsjahr. Der durchschnittliche Abbau der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet (– 8,2 %) verlief um zwei Prozentpunkte weniger ausgeprägt. Die jahresdurchschnittliche **Arbeitslosenquote** in Hessen ermäßigte sich dadurch von 9,4 % in 1999 auf 8,1 % im Berichtsjahr (Bundesgebiet von 9,9 auf 8,7 %).

Obwohl sich die **Kurzarbeit** in Hessen seit 1998 nur noch auf einen auch in historischer Betrachtung sehr niedrigen Niveau bewegt, konnte sie im Berichtsjahr nochmals deutlich vermindert werden. Sie reduzierte sich von durchschnittlich 6400 Betroffenen in 1999 um 1200 oder 19 % auf nur noch durchschnittlich 5200 im vergangenen Jahr. Im Bundesgebiet fiel der Rückgang von einem 1999 noch deutlich höheren Niveau entsprechend kräftiger aus (– 33 %).

Hinter der Abnahme der Arbeitslosigkeit auf Landesebene (– 10,2 %) verbergen sich regional recht unterschiedliche Entwicklungen. Das günstigste Ergebnis wies mit einem Rückgang von 15 % der Arbeitsamtsbezirk Offenbach auf, gefolgt von Frankfurt am Main (– 14 %) und Fulda bzw. Korbach (jeweils – 12 %). Am anderen Ende der Skala stand der Arbeitsamtsbezirk Kassel (– 5,3 %), gefolgt von Bad Hersfeld (– 6,7 %) und Marburg (– 8,2 %). Das Abklingen der Arbeitslosigkeit auf Landesebene fiel im Berichtszeitraum bei den

Männern (– 12 %) ausgeprägter aus als bei den Frauen (– 8,2 %). Während die Frauenarbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Offenbach um 15 % gegenüber dem Vorjahr fiel, kam es in Kassel nur zu einem Rückgang um 1,4 %. Bei den Männern reichte die Spannweite von – 16 % (Offenbach) bis – 8,2 % (Kassel).

Mehr Hessen erwerbstätig

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus (Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt) hat die Zahl der erwerbstätigen Hessen weiter zugenommen. Im Mai 2000 waren rund 2,75 Mill. der über 6 Mill. Hessen erwerbstätig, das waren 48 000 oder 1,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Hierbei war der Anstieg der erwerbstätigen Frauen mit 28 000 oder 2,4 % deutlich stärker als bei den Männern mit knapp 21 000 oder 1,4 %.

Bei den Männern war im Mai 2000 die Zahl der Erwerbstätigen mit weniger als 40 Wochenarbeitsstunden um 8000 niedriger als im Berichtszeitraum des Vorjahres, während die der Beschäftigten mit 40 oder mehr Wochenstunden um 28 000 zunahm. Demgegenüber gab es bei den Frauen Zunahmen sowohl bei der Zahl der Erwerbstätigen mit weniger als 40 Wochenstunden (+ 16 000) als auch bei jenen mit 40 oder mehr Wochenstunden (+ 12 000). Insgesamt setzte sich der schon 1999 zu beobachtende Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen mit längeren Wochenarbeitszeiten im vergangenen Jahr verstärkt fort. Dagegen hatte es in den Jahren 1996 bis 1998 lediglich bei den geringfügig Beschäftigten Zunahmen gegeben, während die Zahl der Erwerbstätigen mit einer Wochenarbeitszeit von 15 oder mehr Stunden deutlich gesunken war. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten blieb in der jeweiligen Berichtswoche des Mikrozensus in den Jahren 1998 bis 2000 mit rund 180 000 annähernd konstant.

Mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen arbeiten im Dienstleistungssektor

Im Mai 2000 waren 68 % der hessischen Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Nur noch gut 30 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und knapp 2 % in der Land- und Forstwirtschaft. Gegenüber 1999 sind in der Wirtschaftsstruktur weitere Verschiebungen eingetreten. Die Zahl der Erwerbstätigen im Tertiären Sektor nahm binnen Jahresfrist um 3,1 % zu, während im Produzierenden Gewerbe ein Beschäftigtenrückgang von 1,1 % festgestellt wurde. Im Dienstleistungssektor war der Anstieg im Bereich der Unternehmensdienstleister (Grundstückswesen, Vermietung und Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) mit 15 % besonders hoch. Weit über dem Durchschnitt lag die Beschäftigtenzunahme auch beim Kredit- und Versicherungsgewerbe (+ 7,9 %).

Arbeitslose nach Arbeitsamtsbezirken (insg.)

Arbeitsamtsbezirk	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Bad Hersfeld	10 167	9 481
Darmstadt	34 161	30 748
Frankfurt	46 003	39 600
Fulda	8 544	7 515
Gießen	24 982	22 568
Hanau	15 591	14 123
Kassel	35 068	33 197
Korbach	6 702	5 898
Limburg	5 507	4 928
Marburg	9 447	8 673
Offenbach	13 555	11 467
Wetzlar	13 111	11 816
Wiesbaden	16 419	14 862
Land Hessen	239 257	214 875

1) Durchschnitt.

Quelle: Landesarbeitsamt Hessen.

Erwerbstätige im Mai 2000 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige			
	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (-)	
	1000		%	
Erwerbstätige insgesamt	2 703	2 751	48	1,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	44	45	1	.
Produzierendes Gewerbe	848	839	-9	-1,1
davon				
Bergbau ¹⁾ und Verarbeitendes Gewerbe	651	646	-5	-0,8
Energie- und Wasserversorgung	16	19	3	.
Baugewerbe	181	174	-7	-3,9
Dienstleistungen zusammen	1 811	1 867	56	3,1
davon				
Handel ²⁾ Gastgewerbe und Verkehr	665	673	8	1,2
davon				
Handel ²⁾ und Gastgewerbe	465	466	1	0,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	199	208	9	4,5
Sonstige Dienstleistungen	1 146	1 194	48	4,2
davon				
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	151	163	12	7,9
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstl. für Unternehmen ³⁾	231	265	34	14,7
Öffentliche Verwaltung u. ä.	220	217	-3	-1,4
Öffentliche und private Dienstleistungen ⁴⁾ (o. öffentl. Verw.)	545	549	4	0,7

1) Und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. — 4) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen.

Bei der Beschäftigung von Männern und Frauen bestehen weiter erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen. Während bei den Männern die Relation der Erwerbstätigen zwischen Dienstleistungsbereich und Produzierendem Gewerbe im vergangenen Jahr mit 57 % zu 41 % nur um 16 Prozentpunkte auseinanderklaffte, arbeiteten bereits 82 % der berufstätigen Frauen im Tertiären Sektor und nur 17 % im Produzierenden Gewerbe.

Außenhandel boomt

Von Januar bis November 2000 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 53,8 Mrd. DM im Ausland absetzen. Damit stieg die **Ausfuhr** gegenüber den ersten elf Monaten des Jahres 1999 um 17,5 %. Deutlich über die Hälfte der Exporte (52,5 %) geht nach wie vor in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU); hier kam es zu einem Anstieg von 12 %. Mehr Waren gelangten aus Hessen nach Irland (+ 37 %), Italien (+ 27 %), Portugal (+ 21 %), Spanien (+ 20 %), Schweden (+ 20 %), Belgien und Frankreich (+ 14 %), Griechenland (+ 13 %), Finnland (+ 10 %), Niederlande (+ 8 %), Dänemark (+ 7 %), Österreich (+ 3 %) und in das Vereinigte Königreich (+ 0,3 %). Dagegen gingen die Ausfuhren nach Luxemburg um 13 %

zurück. In die EFTA-Staaten wurden rund 6 % der hessischen Ausfuhren geliefert; hier kam es zu einer Zunahme von annähernd 19 %.

Insgesamt nahmen die europäischen Staaten 69 % der hessischen Ausfuhren auf; im Vergleich zum Jahr 1999 kam es zu einem Anstieg der Ausfuhr von 15 %. Besonders in die USA wurden von Januar bis November 2000 mit 5,6 Mrd. DM 21 % mehr hessische Waren ausgeführt. Ihr Anteil an der Gesamtausfuhr blieb bei 10 %. Gegenüber Japan konnte der Einbruch des Jahres 1998 — damals verringerten sich die hessischen Ausfuhren dorthin um knapp ein Fünftel — mehr als wettgemacht werden. Bei einem Warenwert von 1,8 Mrd. DM betrug der Zuwachs 32 %.

Unter den wichtigsten Exportgütern konnten nur die Fahrzeuge ihr Vorjahresniveau nicht halten (-0,1 %). Um knapp 29 % stieg im Jahresvergleich der Wert der ausgeführten Eisen- und Metallwaren, bei den chemischen Erzeugnissen war es über ein Viertel, 24 % bei den feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, 22 % bei den elektrotechnischen Erzeugnissen und über 11 % bei Maschinen.

Bei der **Einfuhr**, die sich wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf Länderebene nicht mit der Ausfuhr saldieren lässt, stieg der Wert im Jahresvergleich um etwas über 20 % auf 94,4 Mrd. DM. Hier betrug der Anteil der EU-Staaten mit 46 % wie im Vorjahr wieder weniger als die Hälfte; die Einfuhr aus diesen Staaten insgesamt wuchs im Vergleichszeitraum um 16 %. Besonders starke Zuwächse gab es bei den Einfuhren aus Irland (+ 38 %), Luxemburg und Österreich (jeweils + 31 %), Frankreich (+ 30 %), Finnland (+ 29 %) und den Niederlanden (+ 21 %). Auch aus dem Vereinigten Königreich, Italien, Portugal, Griechenland, Schweden, Belgien und Dänemark wurden mehr Waren eingeführt. Allein aus Spanien (- 13 %) kamen weniger Waren nach Hessen. Dagegen stieg der Wert der Importe aus den EFTA-Staaten um 14 %; ihr Anteil an den gesamten hessischen Einfuhren lag bei 4,5 %. Während die Einfuhr aus Japan um 19 % stieg, kam es bei den USA sogar zu einem Zuwachs von 30 %. Die Anteile dieser Länder an der Einfuhr betragen knapp 7 % für Japan und annähernd 17 % für die USA.

Hauptsächlich wurden Fahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinen und chemische Erzeugnisse aus dem Ausland nach Hessen eingeführt. Bei allen diesen Gruppen wurden zweistellige Zuwachsraten beobachtet: Bei elektrotechnischen Erzeugnissen waren es 47 %, bei Maschinen 25 %, bei chemischen Erzeugnissen 22 % und bei Fahrzeugen 10 %.

Preise ziehen an — starke außenwirtschaftliche Einflüsse

Die Preise sind im Jahr 2000 auf allen in diesem Beitrag zu betrachtenden Wirtschaftsstufen stärker als in den Vorjahren

Ausgewählte Preisindizes für Hessen und Deutschland

Jahr/Monat	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹⁾ (1995 = 100)		Preisindex für Neubauleistungen an Wohngebäuden ¹⁾ (1995 = 100)		Index der Großhandelsverkaufspreise ²⁾ (1995 = 100)		Index der Erzeugerpreise			
							landwirtschaftlicher Produkte ²⁾ (1991 = 100)		gewerblicher Produkte ²⁾ 1995 = 100)	
	in Hessen				in Deutschland ³⁾					
	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾
1997 D	102,8	1,7	99,8	-0,4	101,5	1,9	92,5	1,5	99,9	1,1
1998 D	104,1	1,3	100,0	0,2	99,5	-2,0	87,1	-5,8	99,5	-0,4
1999 D	105,0	0,9	100,2	0,2	98,6	-0,9	82,7	-5,1	98,5	-1,0
2000 D	107,0	1,9	101,4	1,2	104,0	5,5	88,5p	7,0p	101,8	3,4
1999 Oktober	105,3	1,2	.	.	98,9	1,5	82,9	-0,5	99,1	0,2
November	105,5	1,4	100,3	0,2	99,6	2,6	84,0	1,6	99,2	0,7
Dezember	105,7	1,5	.	.	100,6	3,4	84,8	-1,6	99,4	1,1
2000 Januar	106,1	2,0	.	.	101,3	3,8	83,7	0,2	99,8	2,0
Februar	106,4	2,1	101,0	1,1	102,3	5,1	86,4	2,6	100,0	2,4
März	106,6	2,1	.	.	103,1	5,3	88,5	4,5	100,0	2,4
April	106,5	1,6	.	.	102,7	4,4	88,2	5,6	100,4	2,1
Mai	106,4	1,5	101,2	1,1	103,3	4,9	89,0	6,0	101,0	2,7
Juni	106,9	1,9	.	.	103,7	5,4	90,4	5,9	101,3	2,9
Juli	107,4	1,9	.	.	103,7	5,5	90,0	6,6	102,0	3,3
August	107,3	1,7	101,5	1,2	104,1	5,6	90,1	7,3	102,3	3,5
September	107,8	2,4	.	.	106,0	7,2	89,5	6,8	103,2	4,3
Oktober	107,5	2,1	.	.	106,2	7,4	91,2	10,0	103,7	4,6
November	107,7	2,1	101,7	1,4	106,0	6,4	92,1p	9,6p	103,9	4,7
Dezember	107,6	1,8	.	.	105,7	5,1	90,7p	7,0p	103,6	4,2
2001 Januar	108,1	1,9
Februar	108,8	2,3	102,1	1,1
März	108,9	2,2

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 4) Gegenüber dem Vorjahr bzw. dem jeweiligen Vorjahresmonat.

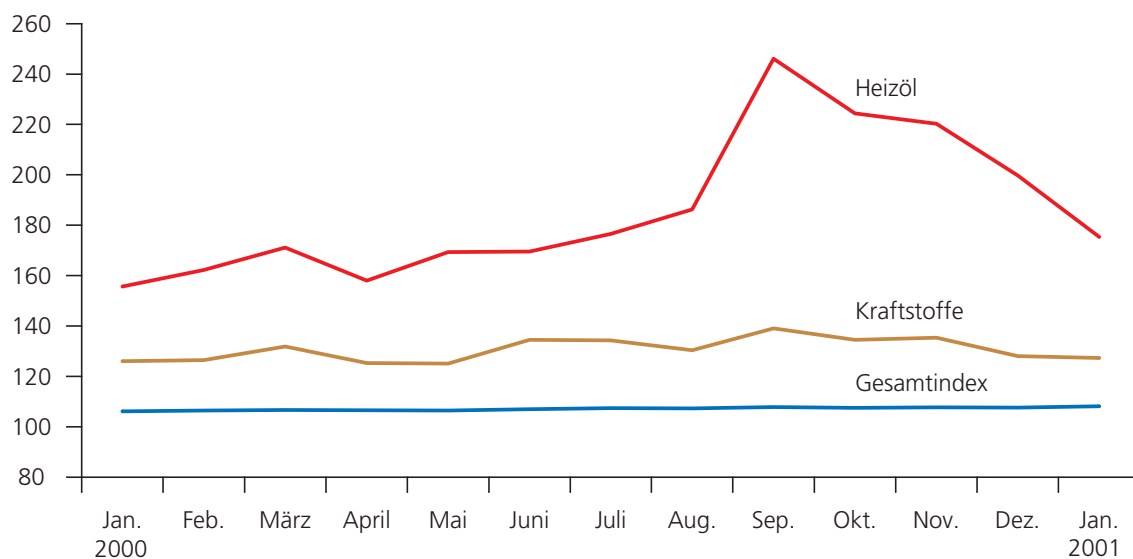
gestiegen. Dabei haben kräftige außenwirtschaftliche Einflüsse eine Rolle gespielt. Der Index der Einfuhrpreise für Deutschland lag im Jahr 2000 um über 11 % höher als 1999; das war der stärkste jahresdurchschnittliche Preisanstieg bei den nach Deutschland importierten Waren seit 1981. Vor allem der drastische Anstieg der Einfuhrpreise für Erdöl und Mineralölprodukte führte zu dieser Entwicklung. Ohne Erdöl und Mineralölprodukte wäre der Einfuhrpreisindex von 1999 auf 2000 nur um 6,5 % gestiegen.

Die **Verbraucherpreise** waren im Jahr 2000 in Hessen um 1,9 % höher als 1999. Das war der stärkste Anstieg seit 1994. Von 1998 auf 1999 hatten sie nur um 0,9 % zugenommen. Hauptursache für das Anziehen der Teuerung war dabei die seit Mitte 1999 anhaltende drastische Verteuerung von Heizöl und Kraftstoffen. Heizöl war im Jahr 2000 im Durchschnitt des Jahres für die Verbraucher um fast 54 % und Kraftstoffe waren um 19 % teurer als 1999. Ohne Heizöl und Kraftstoffe wären die Verbraucherpreise von 1999 auf 2000 nur um 1,0 % (nach 0,6 % von 1998 auf 1999) gestiegen. Die Teuerung hätte sich damit zwar auch leicht beschleunigt, wäre aber deutlich schwächer geblieben. Die Nahrungsmittelpreise lagen im Durchschnitt des Jahres 2000 — wie bereits 1999 — um 0,6 % niedriger als im Vorjahr. Im Jahresverlauf schmolzen die Rückgänge ab und schlugen dann in positive Teuerungsraten um. Im Januar 2000 waren Staat und Wirtschaft in Hessen 4 · 01

Nahrungsmittel noch um 1,5 % billiger als im gleichen Monat des Vorjahres, im Dezember dagegen schon um 0,9 % teurer. Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten) waren 2000 durchschnittlich um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor, nachdem sie von 1997 auf 1998 um ebenfalls 1,2 % und von 1998 auf 1999 um nur 1,1 % gestiegen waren. Auch die Wohnungsnebenkosten waren 2000 nur um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. Dagegen stiegen die Preise für Haushaltsenergie (Heizöl, Strom, Gas, feste Brennstoffe sowie Zentralheizung und Fernwärme) um 12,2 %. Telefon- und Telefaxdienstleistungen waren im Jahr 2000 um 4,9 % billiger als 1999.

Die Teuerung zog auch bei den Bauleistungen an, obwohl außenwirtschaftliche Einflüsse hier kaum wirksam waren. Der Preisindex für **Neubauleistungen an Wohngebäuden** (ohne Fertighäuser) in Hessen war 2000 im Durchschnitt um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor, nachdem er von 1998 auf 1999 nur um 0,2 % gestiegen war. Er hat damit von 1999 auf 2000 stärker als im gesamten Zeitraum von 1995 bis 1999 zugenommen. Von 1996 auf 1997 war er sogar um 0,4 % zurückgegangen. Der Anstieg der Wohnungsbaupreise blieb aber deutlich unter dem der Verbraucherpreise. Auch 2000 sind die Preise für den Ausbau von Wohngebäuden stärker als die für den Rohbau gestiegen. Der Ausbau von Wohngebäuden war 2000 um 1,7 %, der Rohbau um 0,7 % teurer als ein Jahr zuvor.

Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen (1995 = 100)



HSL 22/01

Der Index der **Großhandelsverkaufspreise**²⁾ lag 2000 im Jahresdurchschnitt um 5,5 % über dem Vorjahresniveau. Sowohl 1998 als auch 1999 war er dagegen jeweils niedriger als im Vorjahr gewesen (1998 um 2,0 % und 1999 um 0,9 %). Der hier besonders deutliche Einfluss der Mineralölzeugnisse zeigt sich daran, dass ohne ihre Berücksichtigung die Großhandelspreise im Jahr 2000 nur um 2,5 % höher als im Vorjahr gewesen wären. Hinter dem Durchschnittswert verbirgt sich eine stetige Zunahme der Teuerung im Jahresverlauf: Nachdem der Index der Großhandelsverkaufspreise im September 1999 erstmals wieder höher als im gleichen Monat des Vorjahres gewesen war, stieg diese Rate fast kontinuierlich bis auf 7,4 % im Oktober 2000. Anschließend sank sie dann aber wieder — bei einer Trendwende an den internationalen Ölmärkten — auf schließlich 5,1 % im Dezember. Dabei gab es für den Großhandel mit Mineralölzeugnissen (einschl. Kokereierzeugnissen sowie Spalt- und Brutstoffen) von 1999 auf 2000 mit 32,8 % einen besonders starken Anstieg der Großhandelsverkaufspreise. Aber auch von Roheisen und Stahl, NE-Metallen und -Halbzeug sowie wichtigen landwirtschaftlichen Produkten wie Schlachtschweinen, Äpfeln und Bananen gingen auf der Großhandelsstufe preistreibende Einflüsse aus. Andererseits sanken für Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen die Großhandelsverkaufspreise von 1999 auf 2000 um 5,1 %.

Der Index der **Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte**²⁾ war im Jahr 2000 im Durchschnitt wieder um

7,0 % höher als 1999, nachdem er von 1997 bis 1999 um insgesamt über 10 % abgenommen hatte. Er war damit im Jahr 2000 aber immer noch um 4,3 % niedriger als 1997. Innerhalb des Jahres 2000 nahm die Teuerung zu. Noch im Januar 2000 war der Index nur um 0,2 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres gewesen. Anschließend stieg diese Rate rasant bis auf 10,0 % im Oktober, nahm bis Dezember aber wieder auf 7,0 % ab. Vor allem für tierische Produkte (Schlachtvieh, Milch und Eier) gab es dabei starke Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr. Einen maßgeblichen Anteil hieran hatte der kräftige Anstieg der Preise für Schlachtschweine, die im Dezember 2000 um über 40 % teurer waren als ein Jahr zuvor. Auch für Getreide und Hülsenfrüchte zogen die Preise an. Demgegenüber gingen sie für Hackfrüchte zurück, wobei der Schwerpunkt des Preisrückgangs allerdings bereits im ersten Halbjahr lag. Im Januar 2000 waren Hackfrüchte um rund 21 % und im Mai sogar um knapp 24 % billiger als im jeweils gleichen Monat des Vorjahres; im Dezember lagen ihre Preise nur noch um 7,8 % niedriger.

Die Hersteller von gewerblichen Erzeugnissen konnten 2000 wieder kräftigere Preiserhöhungen auf den Inlandsmärkten durchsetzen als in den Vorjahren. Die **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**²⁾ (Inlandsabsatz) waren im Jahr 2000 durchschnittlich um 3,4 % höher als 1999; damit wurde der stärkste jahresdurchschnittliche Anstieg seit 1982 gemessen. 1998 hatten diese Preise um 0,4 % und 1999 um 1,0 % niedriger als im Vorjahr gelegen. Innerhalb des Jahres 2000 hat sich der Preisauftrieb beschleunigt. Im Januar 2000 waren die gewerblichen Erzeu-

2) Für Deutschland berechnet.

gerpreise um 2,0 % und im Dezember schließlich um 4,2 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Auch hier haben Mineralölzeugnisse eine besondere Rolle gespielt: Ohne sie wären die gewerblichen Erzeugnisse 2000 nur um 2,1 % teurer als im Vorjahr gewesen. Während die Vorleistungsgüterproduzenten, die mit starken Preisanstiegen an den Weltrohstoffmärkten konfrontiert waren, ihre Erzeugerpreise von Dezember 1999 bis Dezember 2000 um 7,0 % anhoben (die Energieproduzenten dabei um 13,1 %), wurde für die Investitionsgüterproduzenten in dieser Zeit ein Preisanstieg um nur 0,6 % und für die Konsumgüterproduzenten um 1,9 % registriert.

Nettoverdienste stärker als Bruttoverdienste gestiegen

Die Nettoverdienste der Arbeitnehmer sind von 1999 auf 2000 stärker als die Bruttoverdienste gestiegen. Die vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten in der hessischen Industrie, im Hoch- und Tiefbau sowie in der Energie- und Wasserversorgung (Produzierendes Gewerbe ohne

Handwerk) verdienten im Jahr 2000 einschl. aller Zulagen und Zuschläge im Durchschnitt 5535 DM **brutto** pro Monat. Einmalige Zahlungen wie Weihnachtsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld oder 13. Monatsgehalt sind hierin nicht enthalten. Dagegen ist das Überstundenentgelt einbezogen. Der Bruttomonatsverdienst war damit im Jahr 2000 um 2,6 % höher als 1999³⁾. Sowohl 1998 als auch 1999 war er um 2,4 % höher als im Vorjahr gewesen. Nach Modellrechnungen hatte ein verheirateter Arbeitnehmer mit nicht berufstätigem Ehepartner und zwei Kindern bei diesem Bruttoverdienst einen **Nettomonatsverdienst** von 3765 DM. Das waren 3,5 % mehr als 1999. Für einen alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder errechnet sich ein Nettoverdienst von 3042 DM (3,3 % mehr als 1999). Bei diesen Modellrechnungen sind Steuern und Sozialversicherungsbeiträge vom Bruttoverdienst abgezogen worden. Das Kindergeld spielt bei der Berechnung der Nettoverdienste keine Rolle mehr. Die unterschiedliche Entwicklung von Brutto- und Nettoverdiensten ist auf die zum 1. Januar 2000 in Kraft getretene Senkung der Rentenversicherungsbeiträge und auf eine leichte Entlastung bei der Lohnsteuer (erhöhte Betreuungsfreibeträge und Tarifänderungen) zurückzuführen. Da die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise im Jahr 2000 um 1,9 % höher als ein Jahr zuvor waren, ergibt sich damit für das erwähnte Ehepaar mit zwei Kindern nach Berücksichtigung dieser Preisentwicklung ein Anstieg des **Netto-Realverdienstes**

3) Wegen eines Berichtskreiswechsels sind die Ergebnisse für das Jahr 2000 nicht mehr unmittelbar mit denen für die Vorjahre vergleichbar. Bei der Ermittlung des Verdienstanstiegs von 1999 auf 2000 sind Störungen durch den Berichtskreiswechsel jedoch rechnerisch ausgeschaltet worden. Dies erfolgte mit Hilfe von Korrekturfaktoren, die aus der Doppelbefragung des alten und neuen Berichtskreises im Oktober 1999 gewonnen worden sind.

Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten

Jahr Monat	Durchschnittlicher Bruttoverdienst der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe				Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Angestellten				
	je Stunde		je Monat		im Produzierenden Gewerbe		im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe ¹⁾		
	DM	Zunahme in % ²⁾	DM	Zunahme in % ²⁾	DM	Zunahme in % ²⁾	DM	Zunahme in % ²⁾	
Männer									
1999	Oktober	29,24	1,1	4 824	1,6	7 222	1,8	6 208	4,3
		29,07	1,8	4 759	2,2	7 176	2,3	6 172	4,6
2000	Januar	29,56	2,6	4 754	2,8	7 252	3,2	6 237	3,4
	April	29,65	2,5	4 870	3,2	7 295	1,7	6 327	2,0
	Juli	29,88	2,6	4 946	3,5	7 368	2,3	6 307	2,1
	Oktober	29,80	1,9	4 920	2,0	7 407	2,6	6 400	3,1
	D ³⁾	29,75	2,3	4 892	2,8	7 349	2,4	6 333	2,6
Frauen									
1999	Oktober	22,31	2,8	3 578	3,2	5 290	2,9	4 813	3,7
		22,09	2,5	3 535	2,6	5 247	3,0	4 800	4,4
2000	Januar	22,28	2,5	3 573	3,2	5 353	4,2	4 799	1,6
	April	22,36	2,0	3 608	3,0	5 394	3,3	4 900	1,9
	Juli	22,60	2,1	3 663	3,4	5 445	3,3	4 924	2,2
	Oktober	22,53	1,0	3 648	2,0	5 483	3,7	4 972	3,3
	D ³⁾	22,48	1,8	3 632	2,7	5 434	3,6	4 917	2,4
Männer und Frauen									
1999	Oktober	28,38	1,2	4 666	1,8	6 718	2,0	5 621	4,0
		28,19	1,9	4 602	2,3	6 670	2,4	5 593	4,5
2000	Januar	28,63	2,7	4 603	2,9	6 755	3,5	5 628	2,7
	April	28,74	2,5	4 710	3,2	6 800	2,1	5 731	2,1
	Juli	28,96	2,6	4 781	3,4	6 859	2,5	5 732	2,2
	Oktober	28,88	1,8	4 755	1,9	6 900	2,7	5 805	3,3
	D ³⁾	28,83	2,3	4 730	2,8	6 845	2,6	5 742	2,7

1) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. — 3) Durchschnitt aus den Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober.

um 1,6 % und für den alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder ein Anstieg um 1,4 %.

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe stieg das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt der männlichen und weiblichen Angestellten von 1999 auf 2000 um 2,4 % auf 6370 DM. Im Handel sowie dem Instandhaltungs- und Reparaturgewerbe (ohne Handwerk) nahm es um 2,6 % auf 4979 DM im Durchschnitt des Jahres 2000 zu. Besonders niedrig lag es dabei wieder bei den weiblichen Angestellten im Einzelhandel mit 3791 DM.

Insolvenzen im dritten Jahr in Folge rückläufig

Die deutsche Wirtschaft befand sich im Jahr 2000 in einem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung, dessen treibende Kraft ein Exportboom war, der auch eine leichte Zunahme der Binnennachfrage und eine rege Investitionstätigkeit förderte. Auf der Schattenseite der Konjunktur stand jedoch weiterhin die Bauwirtschaft. Gegen Ende des Jahres 2000 gab es aber vermehrt Anzeichen dafür, dass sich die Konjunktur in Deutschland, auch unter den dämpfenden Einflüssen aus der drastischen Verteuerung von Mineralöl und Mineralölprodukten, allmählich abkühlt.

Die Zunahmen der **Unternehmenskonkurse** in Hessen ließen im Verlauf des Jahres 2000 (Ende März: + 8 %, Ende Juni: + 5 %, Ende September: + 2%) allerdings keinen direkten Bezug zu dem aktuellen konjunkturellen Gesamtbild erkennen. Erst im vierten Quartal des Jahres 2000 kam es zu einer deutlichen Abnahme der Unternehmensinsolvenzen in Hessen. In den letzten drei Monaten des Jahres 2000 gab es nur noch 411 Insolvenzanträge gegen Unternehmen. Dies waren 60 Anträge oder 12,7 % weniger als im letzten Quartal des Jahres 1999. Dieser Rückgang war stark genug, um

auch die Zahl der Insolvenzen hessischer Unternehmen im Jahr 2000 insgesamt mit 1835 noch um 29 Insolvenzen geringer (- 1,6 %) als im Vorjahr ausfallen zu lassen.

Aus den Verlautbarungen zu den Ergebnissen der Insolvenzstatistik des Jahres 2000 der anderen Statistischen Landesämter zeichnet sich ab, dass es im Bundesgebiet, im Gegensatz zu der Entwicklung in Hessen, insgesamt zu einer Zunahme der Unternehmensinsolvenzen gekommen ist, und dass sich Hessen mit dieser günstigen Entwicklung bei den Unternehmenszusammenbrüchen auch im Süd-Westen der Republik positiv abhebt.

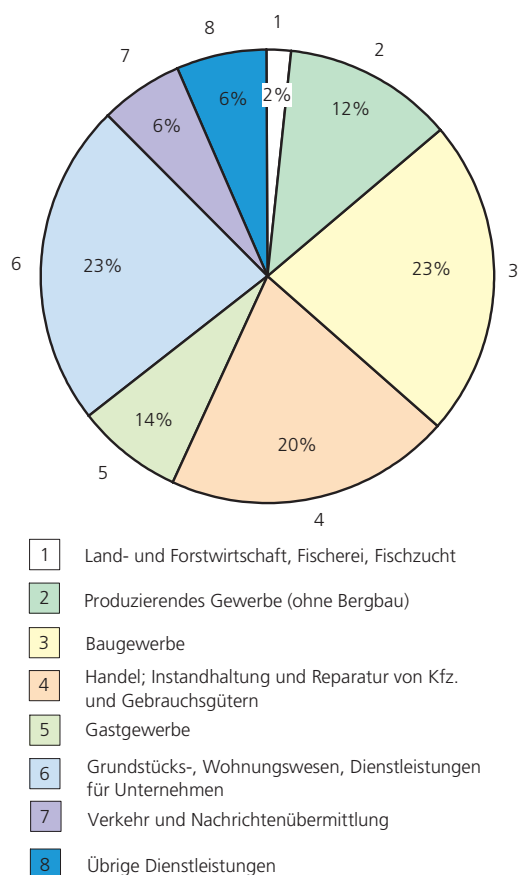
Nach Wirtschaftsbereichen stellte sich der Rückgang im Jahresergebnis der Insolvenzen hessischer Unternehmen differenziert und nur punktuell stimmig zur konjunkturellen Lage der jeweiligen Branche dar. Zu deutlichen Zunahmen kam es insbesondere in den Bereichen „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“ (+ 83 bzw. + 24 %) und im Gastgewerbe (+ 39 bzw. + 39 %). Auch das Kredit- und Versicherungsgewerbe (+ 7 bzw. + 70 %) sowie der Bereich des „Gesundheits-, Veterinär und Sozialwesens“ (+ 9 bzw. + 31 %) wiesen Zuwächse bei den Insolvenzbeantragungen aus. Zu stärkeren Rückgängen in den absoluten Zahlen der Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahr kam es dagegen im Bereich „Handelsvermittlung und Großhandel“ (- 48 bzw. - 30 %), im Baugewerbe (- 55 bzw. - 12 %) und im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (- 23 bzw. -17 %).

Von den 1835 hessische Unternehmen betreffenden Insolvenzanträgen des Jahres 2000 führten 728 oder 40 % zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Wie im langjährigen Durchschnitt der Vorjahre hatte die Eröffnungsquote im Jahr 1998

Insolvenzen

Wirtschaftsbereich	1998	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (-) 2000/1999 in %
Land- und Forstwirtschaft	19	43	32	- 25,6
Fischerei und Fischzucht	—	—	—	—
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	—	2	1	- 50,0
Energie- und Wasserversorgung	—	2	—	—
Verarbeitendes Gewerbe	232	230	222	- 3,5
Baugewerbe	488	471	416	- 11,7
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz. und Gebrauchsgütern darunter	413	443	374	- 15,6
Kfz.-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz., Tankstellen;	37	61	59	- 3,3
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz.)	145	160	112	- 30,0
Einzelhandel (ohne Handel m. Kfz., Tankst.), Reparatur v. Gebrauchsgütern	231	222	203	- 8,6
Gastgewerbe	141	100	139	39,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	129	132	109	- 17,4
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	30	10	17	70,0
Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen	413	341	424	24,3
Erziehung und Unterricht	1	4	8	100,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	28	29	38	31,0
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	73	57	55	- 3,5
Unternehmen und freie Berufe z u s a m m e n	1 967	1 864	1 835	- 1,6
Übrige Gemeinschuldner: (natürliche Personen, Nachlässe und Sonstige)	538	542	989	82,5
I n s g e s a m t	2 505	2 406	2 824	17,4

Insolvenzen hessischer Unternehmen im Jahr 2000 nach Wirtschaftsbereichen



HSL 19/01

nur bei 25 % gelegen. Schon im Jahr 1999, dem Jahr des Inkrafttretens der neuen Insolvenzordnung, war sie auf 33 % gestiegen. Mit der neuerlichen Erhöhung des Anteils der eröffneten Insolvenzverfahren an der Zahl der insgesamt beantragten Unternehmensinsolvenzen hat die Hoffnung, dass es mit der ab dem 1.1.1999 in Kraft getretenen neuen Insolvenzordnung gelingen könnte, die Eröffnungsquote dauerhaft anzuheben, eine erste positive Bestätigung erfahren. Allerdings hatte die Wirkung der neuen Insolvenzordnung in der Statistik des Jahres 1999 noch nicht voll zum Ausdruck gelangen können. Viele der statistisch im Jahr 1999 erfassten Insolvenzverfahren waren noch auf Konkursbeantragungen vor dem 1.1.1999 zurückzuführen, die noch nach der alten Konkurs- und Vergleichsordnung abgewickelt werden mussten.

In den im Jahr 2000 eröffneten Insolvenzverfahren hessischer Unternehmen kamen voraussichtliche Forderungen in Höhe von rund 1,4 Mrd. DM zur Auseinandersetzung, das waren gut 80 Mill. DM oder 6 % mehr als im Vorjahr. Bei diesen 728 Verfahren standen durchschnittlich rund 2,0 Mill. DM an von den Gläubigern angemeldeten Forderungen zur Befriedigung an. Im Vorjahr waren bei den 611 eröffneten Verfahren durchschnittlich 2,2 Mill. DM an Forderungen zur Verhandlung gekommen. Die Forderungsverluste aus den nicht eröffneten Insolvenzverfahren addierten sich im Jahr 2000 auf 653 Mill. DM und lagen damit um 23 Mill. DM oder knapp 4 % über denen des Jahres 1999. Durchschnittlich mussten hier in den 1107 mangels Masse abgewiesenen Insolvenzanträgen die Gläubiger auf Forderungen in Höhe von 590 000 DM verzichten. 1999 hatte der durchschnittliche Forderungsverlust aus 1253 mangels Masse nicht eröffneten Verfahren lediglich bei 502 000 DM gelegen. Herausragende Insolvenzereignisse bei den hessischen Unternehmen waren im Jahr 2000 die Insolvenz eines Unternehmens aus dem Bereich Maschinenbau (Insolvenzgericht Darmstadt; Forderungsvolumen 82 Mill. DM) und eines Unternehmens der Telekommunikationswirtschaft (Insolvenzgericht Frankfurt am Main; Forderungsvolumen: 50 Mill. DM).

Von den Unternehmensinsolvenzen des Jahres 2000 richteten sich 1138 oder 62 % gegen Kapitalgesellschaften; das waren 23 oder 2 % weniger als im Vorjahr. Bei den Unternehmensformen mit persönlichen Schuldverhältnissen, für die die neue Insolvenzordnung durch das Institut der Restschuldbefreiung Vorteile zu bieten vermag, kam es dagegen zu einem Anstieg der Insolvenzen. So hat die Zahl der Insolvenzen nicht im Handelsregister eingetragener Unternehmen und Einzelunternehmen nach 644 im Jahr 1998 und 600 im Jahr 1999 im Jahr 2000 wieder auf 618 zugenommen (+ 3 %).

Stark belebt zeigte sich im Jahr 2000 das Insolvenzgeschehen bei den natürlichen Personen, Nachlässen und anderen, nichtkommerziellen Institutionen, die man, in Abgrenzung zu dem das Insolvenzgeschehen noch dominierenden Unternehmensbereich, zusammenfassend als „**Übrige Gemeinschaftschuldner**“ bezeichnet. So wurden im Jahr 2000 nahezu 1000 Insolvenzen von „Übrigen Gemeinschaftschuldern“ verzeichnet, darunter fast 700 Verbraucherinsolvenzen. Mit 989 waren es genau 447 oder 82 % mehr als im Jahr 1999. Ganz deutlich ist dieser Anstieg auf die Zunahmen der Verbraucherinsolvenzen zurückzuführen. Hatten im Jahr 1999 erst 171 Personen die neue Option des Insolvenzrechts zur formalen Klärung und Bereinigung ihrer Illiquidität genutzt, so waren es im Jahr 2000 mit fast 700 mehr als viermal so viele. Gründe für die starke Zunahme der Verbraucherinsolvenzen sind nicht in besonderen wirtschaftlichen Bedingungen zu suchen, aus denen heraus die Zahl überschuldeter Privathaushalte so sprunghaft angestiegen wäre. Sie finden sich vielmehr in den anfänglichen Umsetzungsschwierigkeiten des neuen Insolvenzrechts (fehlende kompetente Beratungsmöglichkeiten für Privatschuldner, Kostenhürde und Mangel an Prozesskostenhilfe).

Von den 542 Insolvenzanträgen „Übriger Gemeinschaftschuldner“ des Jahres 1999 erreichten immerhin schon 184 die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens; damit war also jeder dritte erfolg-

reich. Im zurückliegenden Jahr wurden von den 989 Insolvenzanträgen „Übriger Gemeinschuldner“ 574 positiv entschieden, führten also 58 % zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Noch günstiger verlief hier die Entwicklung bei den Verbraucherinsolvenzen: Von 698 durch die hessischen Insolvenzgerichte behandelten Anträgen wurden 488 (70 %) zur Verfahrenseröffnung angenommen und in weiteren 47 Fällen (7 %) fanden auch die eingereichten Schuldenbereinigungspläne die Zustimmung der Insolvenzrichter, sodass weniger als ein Viertel der Anträge auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Insolvenzmasse abgelehnt werden musste. Aus wegen unzureichender Masse abgewiesenen Insolvenzanträgen dürfte den Gläubigern — gemessen an den angemeldeten Forderungen — ein Schaden in Höhe von 32 Mill. DM entstanden sein. Durchschnittlich waren die wohl weitgehend mittellosen Haushalte bzw. Personen, deren Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse von den Insolvenzgerichten abgewiesen wurden, mit rund 197 000 DM verschuldet.

In den 574 eröffneten Verfahren „Übriger Gemeinschuldner“ gelangten Forderungen in Höhe von 282 Mill. DM zur Auseinandersetzung. Herausragender Insolvenzfall bei den „Übrigen Schuldner“ war im Jahr 2000 die Insolvenz eines privaten Verbrauchers, gegen den ein Forderungsvolumen in Höhe von 15 Mill. DM vor dem Insolvenzgericht Frankfurt am Main zu verhandeln war. Durchschnittlich beliefen sich die angemeldeten Forderungen in den eröffneten Insolvenzverfahren „Übriger Schuldner“ auf 492 000 DM, während in den mangels Masse zur Eröffnung abgelehnten Verfahren wohl durchschnittliche Forderungsverluste von 259 000 DM bei den Gläubigern entstanden.

Rückgang bei den Gewerbemeldungen im Jahr 2000

Die hessischen Gewerbeämter haben im Jahr 2000 über 135 000 Gewerbeanzeigen (ohne Automatenaufsteller und

Reisegewerbe) an das Statistische Landesamt gemeldet. Dies waren gut 7000 Fälle weniger als 1999, als der Rekordstand des Jahres 1998 nur um 750 verfehlt wurde. Während die Zahl der **Ummeldungen** mit 13 500 fast gleich blieb, waren bei den An- und Abmeldungen teilweise sehr deutliche Rückgänge zu beobachten. Wie schon im vergangenen Jahr ist die Zahl der **Anmeldungen** von Gewerbetreibenden in Hessen gegenüber dem Vorjahr gesunken, und zwar um 1900 Fälle oder 2,8 % auf gut 64 300. Gleichzeitig wurde auch bei den **Abmeldungen** eine deutliche Verringerung um 5100 Anzeigen bzw. 8 % ermittelt. Diese 57 400 Abmeldungen markieren den bisherigen Tiefstand, der seit der Einführung der bundeseinheitlichen Statistik im Jahr 1996 erreicht wurde, während noch 1999 bei den Abmeldungen der Höchststand bei 62 500 gelegen hatte. Die Saldierung der An- und Abmeldungen ergibt damit für das Jahr 2000 rein rechnerisch einen Zugang von fast 7000 Betrieben. Dieser Zugang liegt um 550 über dem Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2000 und ist fast doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Die Struktur der Meldungen ist hinsichtlich ihrer Verteilung auf die Wirtschaftszweige seit vielen Jahren recht stabil und zeigt auch für das Jahr 2000 keine grundsätzlichen Änderungen. Die seit mehreren Jahren zu beobachtende Zunahme der Meldetätigkeiten im Bereich des Dienstleistungsgewerbes hat sich im Berichtsjahr fortgesetzt und dazu geführt, dass nunmehr knapp 34 % der Anmeldungen auf diesen Bereich entfallen. Der Handel einschl. der Reparatur von Gebrauchsgütern konnte seine in der Vergangenheit nahezu unangefochtene Spitzenstellung nicht mehr zurückgewinnen, er liegt mit 29 % aller Anmeldungen auf dem zweiten Platz. Der Vorsprung ist darauf zurückzuführen, dass nur im Dienstleistungsgewerbe die Zahl der Anmeldungen kräftig zugenommen hat, nämlich um immerhin 3 %, während in allen anderen Wirtschaftsabschnitten weniger Anmeldungen als im Vorjahr eingegangen waren, allen voran der Handel (- 1128), gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (- 362) und dem Gastgewerbe (- 359). Insgesamt ist die

An- und Abmeldungen von Gewerbetreibenden¹⁾ 1999 und 2000 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Anmeldungen					Abmeldungen				
	1999		2000		Zu- bzw. Abnahme (-) in %	1999		2000		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Land- und Forstwirtschaft	860	1,3	813	1,3	- 5,5	741	1,2	689	1,2	- 7,0
Verarbeitendes Gewerbe	2 833	4,3	2 471	3,8	- 12,8	3 054	4,9	2 611	4,5	- 14,5
Baugewerbe	4 074	6,2	3 870	6,0	- 5,0	3 983	6,4	3 893	6,8	- 2,3
Handel ²⁾	19 762	29,8	18 634	29,0	- 5,7	20 866	33,4	19 158	33,4	- 8,2
Gastgewerbe	5 074	7,7	4 715	7,3	- 7,1	5 142	8,2	4 677	8,1	- 9,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 848	5,8	3 692	5,7	- 4,1	4 356	7,0	3 477	6,1	- 20,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 145	4,7	3 117	4,8	- 0,9	2 870	4,6	2 645	4,6	- 7,8
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	21 127	31,9	21 751	33,8	3,0	17 235	27,6	16 285	28,4	- 5,5
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	4 072	6,1	3 803	5,9	- 6,6	3 283	5,3	3 057	5,3	- 6,9
Übrige Wirtschaftszweige ⁵⁾	1 421	2,1	1 464	2,3	3,0	958	1,5	906	1,6	- 5,4
Insgesamt	66 216	100	64 330	100	- 2,8	62 488	100	57 398	100	- 8,1

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) So wie Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. — 4) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen. — 5) Zusammenfassung der Abschnitte B Fischerei und Fischzucht, C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, E Energie- und Wasserversorgung, M Erziehung und Unterricht und N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.

**An- und Abmeldungen von
Gewerbetreibenden¹⁾ 2000 nach Rechtsform und
Staatsangehörigkeit des Inhabers**

Rechtsform — Staatsangehörigkeit	Anmeldungen		Abmeldungen		Mehr bzw. weniger (-) An- als Abmel- dungen
	Anzahl	%	Anzahl	%	
OHG	291	0,5	315	0,5	- 24
KG	189	0,3	207	0,4	- 18
GmbH & Co. KG	1 172	1,8	737	1,3	435
GbR	3 479	5,4	3 391	5,9	88
AG, KGaA	637	1,0	248	0,4	389
GmbH	9 707	15,1	7 159	12,5	2 548
Übrige Rechtsformen	647	1,0	612	1,1	35
Einzelunternehmen	48 208	74,9	44 729	77,9	3 479
davon nach Staatsangehörigkeit des Inhabers					
deutsch	40 917	84,9	37 945	84,8	2 972
französisch	109	0,2	109	0,2	0
griechisch	459	1,0	475	1,1	- 16
italienisch	956	2,0	921	2,1	35
niederländisch	97	0,2	74	0,2	23
spanisch	151	0,3	149	0,3	2
türkisch	2 053	4,3	1 861	4,2	192
übriges Europa	1 743	3,6	1 433	3,2	310
Afrika	233	0,5	205	0,5	28
Amerika	203	0,4	209	0,5	- 6
Asien	1 033	2,1	820	1,8	213
fehlende Angaben	229	0,5	495	1,1	- 266
ungeklärte o. sonstige Staatsangehörigkeit	25	0,1	33	0,1	- 8
I n s g e s a m t	64 330	100	57 398	100	6 932

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Rangfolge der vergangenen Jahre erhalten geblieben: Das Gastgewerbe liegt mit 7,3 % an dritter Stelle noch vor dem Baugewerbe mit 6 %. Der Bereich der Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen schließt sich an. Auf den weiteren Plätzen folgen der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, das Kredit- und Versicherungsgewerbe und das Verarbeitenden Gewerbe. Am Ende liegt die Land- und Forstwirtschaft. Die Zahl der Abmeldungen hat die Ergebnisse des Jahres 1999 in allen Bereichen wesentlich unterschritten. Relativ am stärksten waren der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit - 20 % und das Verarbeitende Gewerbe mit - 14,5 % betroffen; durchschnittlich war der Wert für den Handel mit - 8,2 %. Fast auf dem Vorjahresniveau geblieben sind die Abmeldungen im Baugewerbe (- 2,3 %). Daher fällt die rechnerische Bilanz aus An- und Abmeldungen mit 7000 Gewerbetreibenden wiederum positiv aus und liegt um 86 % über dem niedrigen Ergebnis für 1999. Der Saldo des Jahres 2000 knüpft damit an die höheren Salden der Jahre 1997 und 1998 an. Dieses Ergebnis ist zum großen Teil auf die Bilanz des Dienstleistungsbereichs im engeren Sinn (+ 5500) zurückzuführen, die nochmals günstiger als in allen Jahren seit 1996 ausgefallen war. Dabei ergibt sich erstmals für das Baugewerbe ein negativer Saldo (- 23). Für das Verarbeitende Gewerbe errechnet sich mit - 140 Gewerbetreibenden im vierten Jahr Staat und Wirtschaft in Hessen 4 · 01

in Folge ein Rückgang. Auch im Handel einschl. der Reparatur von Gebrauchsgütern (- 524) ist — wenn auch abgeschwächt — ein Rückgang bei den Gewerbetreibenden, wie schon im letzten Jahr, zu melden.

Die seit vielen Jahren relativ stabile Verteilung der Gewerbemeldungen auf die einzelnen Rechtsformen setzte sich auch 2000 fort. Wie im vergangenen Jahr wurden drei Viertel aller Anmeldungen für Einzelunternehmen abgegeben. Da bei den Abmeldungen 10 % weniger Einzelunternehmen als 1999 gezählt wurden, ist deren Anteil geringfügig unter vier Fünftel gefallen. Weiterhin ungebrochen ist der seit 1996 dauernde Bedeutungszuwachs bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, auf die im Berichtsjahr 15 % der Anmeldungen entfielen. Außerdem betrafen knapp 13 % der Abmeldungen diese Rechtsform, für die bei insgesamt geringerer Meldetätigkeit 400 Abmeldungen mehr als im vergangenen Jahr ermittelt wurden. Die Aufgliederung der Einzelunternehmer nach der Staatsangehörigkeit zeigt, dass nach einer vorübergehenden Abschwächung im vergangenen Jahr deutsche Betriebsgründer wieder „gründungsfreudiger“ sind. Per saldo verbuchten sie fast 3000 Betriebe mehr, nachdem sie 1999 mit 170 Fällen ins Minus gerutscht waren.

Wenn die Bilanz aus An- und Abmeldungen 2000 auch bedeutend höher ausfällt als im vergangenen Jahr, so zeigt sich unter dem Blickwinkel der „wirtschaftlichen Nachhaltigkeit“, dass das Berichtsjahr weniger erfolgreich war als das Jahr 1999. Als wirtschaftlich nachhaltig ist ein Betrieb anzu-

Gewerbemeldungen¹⁾ nach Art der Meldung

Art der Meldung	1999		2000		Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Anmeldungen					
Echte Neuerrichtungen	15 771	23,8	15 245	23,7	- 3,3
Kleingewerbetreibende ²⁾	36 789	55,6	35 511	55,2	- 3,5
Verlagerungen	3 622	5,5	4 072	6,3	12,4
Übernahmen	10 034	15,2	9 502	14,8	- 5,3
I n s g e s a m t	66 216	100	64 330	100	- 2,8
Abmeldungen					
Aufgabe echter Betriebe	10 389	16,6	10 377	18,1	- 0,1
Kleingewerbetreibende ³⁾	37 847	60,6	33 256	57,9	- 12,1
Verlagerungen	3 907	6,3	4 138	7,2	5,9
Übergaben ⁴⁾	10 345	16,6	9 627	16,8	- 6,9
I n s g e s a m t	62 488	100	57 398	100	- 8,1
Salden⁵⁾					
Echte Betriebe	5 382	—	4 868	—	—
Kleingewerbetreibende	- 1 058	—	2 255	—	—
Verlagerungen	- 285	—	- 66	—	—
Übernahmen/Übergaben	- 311	—	- 125	—	—
I n s g e s a m t	3 728	—	6 932	—	—

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Neuerrichtung als Nebentätigkeit und sonstige Neuerrichtung. — 3) Aufgabe eines Kleingewerbetreibenden oder einer Nebentätigkeit. — 4) Aufgabe oder teilweise Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes. — 5) Mehr bzw. weniger (-) Anmeldungen als Abmeldungen.

sehen, wenn aus der Kombination verschiedener Merkmale in den Formularen eine nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit angenommen werden kann. Die Statistik weist diese Fälle als „echte Neugründungen“ bzw. als „Aufgabe echter Betriebe“ aus. Der bilanzierte Zugang von damals 5400 derartigen Fällen wurde durch einen Rückgang bei den Kleingewerbetreibenden um 1000 und negative Werte bei Übergaben und Verlagerungen auf 3700 Nettozugänge für alle Gewerbetreibende geschmälert. Im Jahr 2000 ergibt sich bei der Gruppe der wirtschaftlich nachhaltigeren Unternehmungen ein Nettozugang von nur 4900, da den rückläufigen echten Neugründungen nahezu gleich viele Aufgaben echter Betriebe wie im Vorjahr gegenüberstanden. Der Rest der Bilanzgewinne von 2200 entfiel auf Kleingewerbetreibende.

Wirtschaftsbereiche

Glänzendes Auslandsgeschäft im Verarbeitenden Gewerbe — Beschäftigung aber weiter rückläufig

Dank glänzender Auslandsgeschäfte verbuchte das hessische Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2000 erstmals seit Jahren wieder einen deutlichen Umsatzanstieg. Begünstigt durch die Abwertung des Euro gegenüber wichtigen Währungen nahm der Auslandsumsatz um ein Sechstel gegenüber dem Vorjahr zu. Die Exportquote, das heißt der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, erreichte mit 37 % einen historischen Höchststand. Wegen des leicht rückläufigen Inlandsgeschäfts ging die Beschäftigung allerdings nochmals leicht zurück. Im Jahresverlauf hat sich der Rückgang aber abgeschwächt.

Die Zahl der **Beschäftigten** im hessischen Verarbeitenden Gewerbe lag im Durchschnitt des Jahres 2000 mit 459 500

um 1,1 % niedriger als im Vorjahr. Im Dezember 2000 ging die Beschäftigung aber nur noch um 0,2 % zurück, obwohl auch im letzten Jahr weitere Dienstleistungsfunktionen ausgliedert wurden. Die größten Branchen verzeichneten überdurchschnittliche Beschäftigungsrückgänge. Bei der Chemischen Industrie verringerte sich die Mitarbeiterzahl um 3,1 % auf 63 900. Der Maschinenbau verzeichnete einen Rückgang von 1,4 % auf 63 100 Beschäftigte und die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 1,4 % auf 59 900. Dagegen konnte(n) das Ernährungsgewerbe die Beschäftigtenzahl um 1,0 %, das Verlags- und Druckgewerbe um 3,4 %, die Gummi- und Kunststoffverarbeiter um 0,9 % sowie die Hersteller von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung um 1,9 % erhöhen.

Von den insgesamt 459 500 Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes waren 271 100 Arbeiter, womit sich deren Anteil weiter auf 59 % reduzierte. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden — nicht enthalten sind u. a. die für Urlaub und Krankheit bezahlten Stunden — nahm um 1,7 % auf 419,4 Mill. ab. Somit verringerte sich die je Arbeiter im letzten Jahr geleistete Stundenzahl auf 1547. Die Brutto-lohn- und Gehaltssumme hat im Jahr 2000 insgesamt 32,9 Mrd. DM betragen, wobei 15,5 Mrd. DM auf die Lohnsumme und 17,4 Mrd. DM auf die Gehaltssumme entfielen. Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes lag bei 20,4 %.

Erstmals übertraf das hessische Verarbeitende Gewerbe im vergangenen Jahr beim **Umsatz** die Marke von 160 Mrd. DM. Der wertmäßige Umsatz lag mit 161,1 Mrd. DM um 5,1 % höher als im Jahr zuvor. Diese Steigerung ist nur auf den Exporterfolg zurückzuführen. Die Auslandsumsätze nahmen um 17 % auf 60,2 Mrd. DM zu. Dagegen

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾
(Zeitliche Entwicklung 2000)

Zeitraum 2000	Beschäftigte		Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		Volumenindex des Auftragseingangs		
	1000	Abnahme in % ²⁾	1000 DM	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾	1000 DM	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾	insgesamt	Inland	Ausland
Januar	457,6	-2,0	11 472 840	6,0	4 479 323	21,4	7,6	5,9	9,9
Februar	457,5	-2,0	12 643 284	13,0	4 920 840	27,7	12,4	10,9	14,7
März	457,9	-2,1	14 686 621	5,2	5 598 494	15,4	9,3	5,1	16,3
April	457,6	-1,3	11 950 742	-4,2	4 389 657	3,6	-2,9	-3,5	-1,9
Mai	457,9	-1,3	14 419 444	17,1	5 328 370	27,1	13,2	11,1	16,7
Juni	459,7	-0,9	13 528 588	0,6	5 011 437	11,8	2,8	-4,9	15,4
Juli	460,1	-1,2	12 312 986	0,8	4 564 440	12,5	5,2	3,1	8,5
August	462,0	-1,0	12 982 852	10,4	4 612 527	24,8	13,3	11,8	16,4
September	461,9	-0,9	14 542 555	2,9	5 378 271	11,6	6,2	-0,5	17,2
Oktober	461,2	-0,3	14 071 239	4,6	5 270 155	17,9	7,1	2,1	14,8
November	461,1	-0,2	14 702 187	4,1	5 571 490	18,2	1,7	1,2	2,3
Dezember	459,1	-0,2	13 795 392	2,6	5 067 761	16,6	5,4	3,0	9,2
D 1. Vj.	457,7	-2,0	38 802 746	7,9	14 998 657	21,0	9,7	7,2	13,8
D 2. Vj.	458,4	-1,2	39 898 774	4,3	14 729 465	14,0	4,3	0,7	10,1
D 3. Vj.	461,4	-1,1	39 838 393	4,6	14 555 238	15,8	8,1	4,6	14,1
D 4. Vj.	460,4	-0,2	42 568 818	3,8	15 909 406	17,6	4,6	2,0	8,5
2000	459,5	-1,1	161 108 730	5,1	60 192 765	17,1	6,7	3,7	11,4

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Art der Angabe	1999	2000	Zu- bzw. Abn. (-) in %	
			1999	2000
			gegenüber	
			1998	1999
Beschäftigte ²⁾ (in 1000)	464,7	459,5	- 1,1	- 1,1
darunter Arbeiter	275,1	271,1	- 2,2	- 1,4
Geleistete Arbeiterstunden (in Mill. Std.)	426,7	419,4	- 2,5	- 1,7
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mill. DM)	32 536,7	32 868,5	- 0,0	1,0
Umsatz (in Mill. DM)	153 330,0	161 108,7	- 0,5	5,1
davon				
Inlandsumsatz	101 913,8	100 916,0	- 0,7	- 1,0
Auslandsumsatz	51 416,2	60 192,8	- 0,0	17,1
Umsatz nach Bereichen (in Mill. DM)				
Vorleistungsgüterproduzenten	65 514,5	70 258,4	1,8	7,2
Investitionsgüterproduzenten	48 598,9	50 928,8	- 6,2	4,8
Gebrauchsgüterproduzenten	5 081,9	5 292,4	- 12,9	4,1
Verbrauchsgüterproduzenten	34 134,7	34 629,2	6,5	1,4

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten (Industrie und Verarbeitendes Handwerk). — 2) Im Durchschnitt des Jahres.

verringerten sich die Inlandsumsätze um 1,0 % auf 100,9 Mrd. DM. Die Bedeutung des Exportes für das hessische Verarbeitende Gewerbe wird im Fünfjahresvergleich noch deutlicher. Von 1995 bis 2000 nahmen die gesamten Umsätze um 6,6 % zu. Während die Inlandsumsätze um 6,5 % abnahmen, stiegen die Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern um 39 %. Die Exportquote, die im Jahr 2000 bei 37 % lag, hatte im Jahr 1995 erst 29 % betragen.

Von den großen Branchen verzeichnete der Maschinenbau im Jahr 2000 den höchsten Umsatzanstieg. Mit 17,4 Mrd. DM wurde das Vorjahresniveau um 9 % übertroffen. Die Chemische Industrie steigerte ihren Umsatz um 5,5 % auf 35,2 Mrd. DM. Dagegen gingen die Fakturierungen bei den Herstellern von Kraftwagen und -teilen um 6,9 % auf 20,9 Mrd. DM zurück.

Die **Auftragseingänge** signalisieren, dass noch kein Ende des Aufschwungs in Sicht ist. Die preisbereinigten Aufträge lagen im Jahr 2000 um 6,7 % höher als im Jahr zuvor. Nachdem 1999 auch die Auslandsnachfrage schwach war, kam es zu einem glänzenden come back. Die Auslandsorders haben 2000 um gut 11 % zugenommen, die des Inlands immerhin um 3,7 %. Besonders die Investitionsgüternachfrage aus dem Ausland hat mit einem Anstieg von 17 % die Entwicklung maßgeblich getragen. Die Inlandsbestellungen in diesem Sektor erhöhten sich um 4,4 %, sodass es zusammen eine Zuwachsrate von 9,2 % ergab. Bei den Vorleistungsgüterproduzenten lagen die gesamten realen Auftragseingänge um 5,6 % höher als vor Jahresfrist. Die Inlandsaufträge nahmen um 3,8 % und die des Auslands um 8,2 % zu.

Niedrigere Umsätze und weiterer Beschäftigungsabbau im Bauhauptgewerbe

Das hessische Bauhauptgewerbe blieb im Jahr 2000 von der verbesserten konjunkturellen Entwicklung abgekoppelt. Auftragseingänge, Umsätze und Beschäftigung waren rückläufig. Bei den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten lag die Beschäftigtenzahl im Jahresdurchschnitt 2000 um mehr als ein Drittel niedriger als im Jahr 1995. Die Umsätze gingen in diesem Zeitraum um ein Sechstel zurück. Es handelt sich also nicht nur um eine Konjunktur-, sondern auch um eine Strukturkrise am Bau. Lichtblicke gab es im vergangenen Jahr in Hessen beim gewerblichen und industriellen Hochbau sowie beim Straßenbau, wo die baugewerblichen Umsätze zunahmen. Negativ betroffen war u. a. der Wohnungsbau. Beim Geschosswohnungsbau dürften sich leerstehende Wohnungen und verhaltene Renditeerwartungen der Investoren ausgewirkt haben, während beim Eigenheimbau das Auslaufen der günstigeren Bauförderung im Jahr 1999 zum Vorziehen von Bauvorhaben geführt hat. Trotz mehrmaliger Leitzinsanhebung der Europäischen Zentralbank mit entsprechendem Anstieg der kurzfristigen Zinsen, waren die Kapitalmarktzinsen rückläufig, sodass von dieser Seite keine kontraktiven Einflüsse ausgingen.

Die Zahl der **Beschäftigten** in den Betrieben mit 20 oder mehr Mitarbeitern lag im Jahresdurchschnitt mit 35 800 um 5,5 % niedriger als im Jahr zuvor. Nach einer vorübergehenden Dämpfung des Rückgangs hat sich die Abwärtsentwicklung zum Jahresende wieder beschleunigt. Im Dezember 2000 wurde der Vorjahresstand um 7,6 % verfehlt. Überdurchschnittlich von der Baukrise betroffen waren im letzten

Bauhauptgewerbe¹⁾ (Zeitliche Entwicklung 2000)

Zeitraum 2000	Beschäftigte		Baugewerblicher Umsatz		Auftragseingang	
	Anzahl	Abnahme in % ²⁾	1000 DM	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾	Index (1995 = 100)	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾
Januar	36 282	- 4,8	430 087	- 13,7	51,5	- 42,2
Februar	35 832	- 3,6	491 955	- 2,2	61,4	- 0,5
März	35 528	- 4,4	644 361	2,1	93,7	- 5,6
April	35 782	- 4,0	623 670	- 4,2	65,4	- 9,6
Mai	35 914	- 3,4	731 367	5,8	140,4	66,0
Juni	35 764	- 4,3	753 832	- 5,6	84,0	- 21,3
Juli	35 806	- 5,8	719 861	- 13,2	102,4	18,1
August	35 922	- 6,5	760 230	- 6,5	74,6	- 20,8
September	35 878	- 6,6	776 755	- 11,7	110,6	16,6
Oktober	36 072	- 7,4	783 006	- 4,5	85,5	- 14,4
November	35 726	- 7,3	883 278	2,5	76,0	27,8
Dezember	34 930	- 7,6	976 271	2,6	76,3	- 15,7
D 1. Vj.	35 881	- 4,3	1 566 403	- 4,0	68,9	- 17,4
D 2. Vj.	35 820	- 3,9	2 108 869	- 1,5	96,6	9,9
D 3. Vj.	35 869	- 6,3	2 256 846	- 10,5	95,9	4,2
D 4. Vj.	35 576	- 7,4	2 642 555	0,4	79,3	- 4,8
2000	35 786	- 5,5	8 574 673	- 4,0	85,1	- 1,7

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Jahr die Angestellten, deren Zahl im Jahresdurchschnitt um 7,4 % abnahm. Bei den Facharbeitern wurde ein Rückgang von 4,8 % registriert, die Zahl der gewerblich Auszubildenden ging um 6,1 % zurück.

Nachdem der jahrelange Abwärtstrend bei den **baugewerblichen Umsätzen** im Jahr 1999 gestoppt worden war, nahmen sie im Jahr 2000 wieder ab. Mit 8,6 Mrd. DM wurde das Vorjahresniveau um 4 % verfehlt. Nur im vierten Quartal wurde ein Anstieg von 0,4 % verzeichnet. Eine deutliche Einbuße von 15 % auf 1,3 Mrd. DM musste im letzten Jahr der Wohnungsbau hinnehmen. Kaum besser schnitt der gewerbliche Tiefbau mit einer Abnahme von 14 % ab. Dagegen konnten der gewerbliche Hochbau seine Umsätze um 1,5 % auf fast 3,1 Mrd. DM und der Straßenbau um 5,9 % auf 1,2 Mrd. DM steigern.

Der Frühindikator **Auftragseingang** war im letzten Jahr besonders starken Schwankungen unterworfen. Die Volatilität nimmt zu, wenn sich Großaufträge auch zufallsbedingt in einigen Monaten konzentrieren. Die wertmäßigen Auftrags-eingänge lagen im Jahr 2000 mit 7,7 Mrd. DM um 1,7 % niedriger als vor Jahresfrist. Nachdem im zweiten und dritten Quartal Zunahmen verzeichnet wurden, gab es im letzten Quartal wieder einen Rückgang. Im Jahresdurchschnitt nahmen die Auftrags-eingänge im Wohnungsbau um ein Fünftel ab. Das Niveau von 1995 wurde um fast die Hälfte verfehlt. Dagegen legte der gewerbliche und industrielle Hochbau im Jahr 2000 um 19 % im Vergleich zum Vorjahr zu. Der Straßenbau erreichte das ordentliche Vorjahresergebnis nicht mehr und verzeichnete eine Abnahme um 2,7 %.

Die **Auftragsbestände** ergeben sich aus dem Zusammenwirken von Auftragseingängen und Arbeitsleistung. Die Auftragsbestände, die zum Ende des ersten Vierteljahres 2000 den Stand des Vorjahres noch deutlich um 14 % unterschritten hatten, erreichten im dritten und vierten Quartal wieder einen leichten Anstieg. Der Wert der fest akzeptierten, aber noch nicht ausgeführten Bestellungen lag Ende Dezember um 1,6 % höher als vor Jahresfrist.

Auftragsbestand¹⁾ im Bauhauptgewerbe
(Zu- bzw. Abnahme (-) 2000 jeweils gegenüber dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres in %)

Bauart	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Hochbau	- 8,3	7,3	20,6	11,2
Wohnungsbau	- 11,0	- 13,1	- 30,5	- 43,3
Gewerbl. u. industr. Bau ²⁾	6,8	19,3	45,6	36,2
Öffentl. und Verkehrsbau	- 12,0	- 20,2	- 14,4	- 21,1
Tiefbau	- 19,2	- 17,9	- 15,3	- 7,8
Straßenbau	- 2,4	9,8	7,9	8,1
Gewerbl. u. industr. Bau ²⁾	- 39,5	- 41,4	- 32,0	- 11,5
Öffentl. und Verkehrsbau	- 8,0	- 15,5	- 16,1	- 23,0
Bauhauptgewerbe insgesamt	- 14,0	- 5,9	1,3	1,6

1) Jeweils am Quartalsende. — 2) Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

Flaute im Wohnbau erreicht auch Einfamilienhäuser

Im vergangenen Jahr wurden 13 % weniger Baugenehmigungen im Wohnbau erteilt als 1999. Damit verkehrte sich der seit 1997 anhaltende positive Trend ins Negative. Insgesamt ging die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohngebäude um 1600 auf rund 11 000 zurück. Die Negativentwicklung betraf nun auch die Einfamilienhäuser, für die in den letzten fünf Jahren Zuwächse von bis zu 23 % verzeichnet worden waren. Mit 7900 Gebäuden wurden hier 14 % weniger Gebäude als im Vorjahr genehmigt. Auch die Zahl der Baufreigaben für Zwei- und Mehrfamilienhäuser reduzierte sich um 5 bzw. 18 %. Der Anteil der Mehrfamilienhäuser an der Gesamtzahl aller Baugenehmigungen halbierte sich im genannten Fünfjahreszeitraum. 1996 wurden noch 20 % der Baufreigaben für den Geschosswohnbau erteilt. Im Jahr 2000 lag dieser Anteilwert nur noch bei 10 %. Dementsprechend erhöhte sich der Anteil der Genehmigungen von Ein- und Zweifamilienhäusern. Zuletzt lag er für die Einfamilienhäuser bei 72 %.

Da sowohl die Ein- und Zweifamilienhäuser als auch der Geschosswohnbau gleichermaßen rückläufige Genehmigungszahlen aufwiesen, reduzierte sich auch die Anzahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 13 % auf rund 20 000. Dazu kamen noch weitere 3640 Wohnungen, die im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sowie im Nichtwohnbau genehmigt wurden. Damit wurden auch in diesen Segmenten weniger Wohnungen (- 16 %) zum Bau freigegeben als im Jahr 1999. Mit den insgesamt 23 600 geplanten Wohnungen (Neubau und Umbaumaßnahmen) wurde das Vorjahresergebnis um 14 % unterschritten. Während sich die Zahl der freigegebenen Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt nur um 9 % verringerte, fiel der Rückgang in den Regierungsbezirken Kassel mit 18 % und Gießen mit 23 % wesentlich deutlicher aus.

Nichtwohnbau verharrt auf Niveau von 1999

Im Bereich der Nichtwohngebäude wurden im Jahr 2000 fast 2950 Baugenehmigungen für neue Gebäude erteilt. Diese Verminderung um ein Zehntel oder 306 Gebäude hatte auf das geplante Bauvolumen keinen negativen Einfluss. Der beantragte Rauminhalt lag sogar mit 10,5 Mill. m³ um mehr als 8 % über dem des Vergleichsjahres 1999. Die geplanten neuen Nutzflächen reduzierten sich geringfügig um 2 % auf 2,24 Mill. m². Die Investitionsbereitschaft im Nichtwohnbau war in den einzelnen hessischen Regionen unterschiedlich ausgeprägt. Während im Regierungsbezirk Darmstadt 13 % mehr neue Nutzflächen geplant wurden, lagen die in den Bauämtern angefragten Flächen im Regierungsbezirk Kassel um 14,5 % und im Regierungsbezirk Gießen sogar um 29 % unter denen des Vorjahres.

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Art der Angabe	1998	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
				1999	2000
				gegenüber	
				1998	1999
Wohnbau¹⁾					
Gebäude ²⁾	11 934	12 574	10 959	5,4	- 12,8
darunter mit					
1 Wohnung	8 196	9 139	7 877	11,5	- 13,8
2 Wohnungen	2 193	2 045	1 938	- 6,7	- 5,2
3 oder mehr Wohnungen	1 540	1 386	1 144	- 10,0	- 17,5
Rauminhalt (1000 m ³)	13 464	13 809	12 248	2,6	- 11,3
Wohnungen	23 770	22 981	19 980	- 3,3	- 13,1
Wohnfläche (1000 m ²)	2 534	2 553	2 260	0,7	- 11,5
Nichtwohnbau¹⁾					
Gebäude	2 858	3 248	2 942	13,6	- 9,4
Rauminhalt (1000 m ³)	8 206	9 692	10 500	18,1	8,3
Nutzfläche (1000 m ²)	1 964	2 275	2 237	15,8	- 1,7
Wohnungen insgesamt³⁾					
	28 927	27 330	23 618	- 5,5	- 13,6

1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) Einschl. Wohnheime. — 3) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

Zusätzlich wurden noch rund 490 000 m² Nutzfläche bei Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden genehmigt. Damit gaben die hessischen Bauaufsichtsbehörden im Jahr 2000 insgesamt Nutzflächen von 2,73 Mill. m² zum Bau frei. Das Vorjahresergebnis wurde um 4 % übertroffen. Bei Büro- und Verwaltungsgebäuden war gegenüber 1999 ein auffallendes Nachfrageplus von fast 70 % zusätzlichen Nutzflächen zu verzeichnen. Im Jahr 2000 bestand darüber hinaus ein um 20 % größerer Flächenbedarf bei Hotels und Gaststätten. Eine deutlich geringere Flächennachfrage als im Vorjahr war bei Anstaltsgebäuden (- 38 %), landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (- 33 %) sowie sonstigen Nichtwohngebäuden (- 30 %) zu beobachten.

Betrachtet man die Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen im Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt, ergibt sich in Hessen für das Jahr 2000 folgendes Bild: Es wurden 6,30 Mill. m² Wohn- und Nutzflächen zum Bau freigegeben — 370 000 m² oder 5 % weniger als 1999. Um den gleichen Prozentsatz verringerten sich die Baukosten. 1999 waren noch 11,8 Mrd. DM von den Bauherren veranschlagt worden. Ein Jahr später waren es 600 Mill. DM weniger.

Da Baugenehmigungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Baupreise, der Hypothekenzinsen, des Immobilienmarktes sowie staatlicher Förderprogramme nicht immer oder nicht unmittelbar zu Bauaufträgen oder Baumaßnahmen führen, erlaubt die Darstellung der Hochbaugenehmigungen nur teilweise Rückschlüsse auf konjunkturelle Entwicklungen in der Bauwirtschaft. Außerdem ist der Teilbe-
Staat und Wirtschaft in Hessen 4 · 01

reich Tiefbau (Straßen-, Brücken-, Kanalbau u. ä.) nicht Gegenstand der Bautätigkeitsstatistik.

Einzelhandel stagniert

Etwas unter 40 % der Ausgaben der Privathaushalte gelangen in die Kassen des Einzelhandels. So geben die Informationen über die dort getätigten Umsätze einen wichtigen Hinweis auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 2000 stiegen die **Umsätze** der hessischen Einzelhandelsbetriebe im Vergleich zum Vorjahr nominal um knapp 1 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen bedeutete dies real aber Stagnation. Damit hat sich der — wenn auch bescheidene — Aufschwung der letzten drei Jahre nicht mehr fortgesetzt. Betrachtet man den Einzelhandel im engeren Sinn, das heißt ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen sowie ohne Tankstellen — diese schnitten mit einem Umsatzrückgang von nominal 4 und real 5 % besonders schlecht ab —, so hellt sich das Bild etwas auf: Ohne diese Branche stiegen die Einzelhandelsumsätze nominal um annähernd 3 und real um 1,5 %.

Am günstigsten war die Entwicklung beim Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen, medizinischen und ähnlichen Artikeln. Er weitete seinen Umsatz 2000 nominal und real um etwa 6 % aus. Es folgte der Facheinzelhandel ohne Nahrungsmittel, der zu etwas über einem Drittel zum gesamten Einzelhandelsumsatz beiträgt, mit nominal und real etwas über 3 %. Die größte Branche, der Handel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Kaufhäuser und Supermärkte zählen, stagnierte. Der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, mit einem Umsatzanteil von etwa 4 % allerdings von geringerem Gewicht, blieb deutlich im Minus. Nominal betrug die Abnahmerate etwas über 5 %, real waren es annähernd 6 %. Auch der Einzelhandel, der, wie zum Beispiel der Versandhandel, seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, konnte seine Umsätze real nicht ausweiten. Diese Branche trägt zu etwa einem Siebtel zum Gesamtumsatz bei.

Diese Situation führte zu einer weiteren Verminderung der Zahl der **Beschäftigten**. Sie ging im Durchschnitt des Jahres 2000 um etwas über 3 % zurück, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten verglichen mit 1999 deutlich stärker abnahm als diejenige der Vollzeitbeschäftigten (- 5 % zu - 2 %).

So viel Übernachtungsgäste wie noch nie

Im Jahr 2000 wurden die hessischen Beherbergungsstätten (mit neun oder mehr Betten) von 9,8 Mill. Gästen besucht, die 25,7 Mill. Übernachtungen buchten. Gegenüber dem Vorjahr waren das 7 % mehr Gäste und ebenfalls 7 % mehr Übernachtungen. Damit kam die Zahl der Gäste erstmals der Zehn-Millionen-Marke nahe. Die gebuchten Übernachtungen blieben allerdings noch deutlich unter dem bisherigen Höchstwert, der mit 28,3 Mill. im Jahr 1991 erreicht worden

war. Während die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um 5,5 % stieg, erhöhte sich die Zahl ihrer Übernachtungen um 6 %. Bei den Gästen mit ausländischem Wohnsitz stieg die Zahl der Ankünfte sogar um 10 % und die Zahl ihrer Übernachtungen um 10,5 %. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste blieb mit 2,6 Tagen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern schnitten besonders gut ab. Hier stieg die Zahl der Gäste um fast 7 % und die der Übernachtungen um 9 %. Sowohl bei den Ankünften als auch bei den Übernachtungen waren es vor allem die ausländischen Gäste, die zu diesem positiven Ergebnis beitrugen. Sehr unterschiedlich war die Entwicklung in den Fremdenverkehrsgemeinden mit Prädikat: In den Mineral- und Moorbädern kam es zu einem Zuwachs der Ankünfte um 3,5 % und der Übernachtungen um fast 8 %; die heilklimatischen Kurorte hatten 3 % mehr Gäste und annähernd 2 % mehr Übernachtungen. Bei den Kneippkurorten waren es zwar 5,5 % mehr Gäste, aber 1 % weniger Übernachtungen, bei den Luftkurorten jeweils etwa 4 % mehr Gäste und Übernachtungen. Die Erholungsorte verbuchten bei den Gästen ein Plus von 3,5 %, die Zahl der Übernachtungen stieg in dieser Gemeindegruppe um annähernd 3 %.

Unter den einzelnen Betriebsarten konnten sich die Hotels garnis (über 50 % mehr Gäste und Übernachtungen) besonders gut behaupten. Während die Hotels auf dem Stand des Vorjahres verharrten, mussten die Gasthöfe knapp 15 % weniger Gäste und 12 % weniger Übernachtungen verkraften. Zwar hatten die Pensionen knapp 6 % mehr Gäste, das Übernachtungsvolumen verringerte sich aber um annähernd 7 %. Von den übrigen Betriebsarten konnten die Hütten, Jugendherbergen und jugendherbergsähnlichen Einrichtungen ihre Gäste- und Übernachtungszahl merklich ausweiten. Deutlich erholt zeigten sich Vorsorge- und Reha-Kliniken: Sie verbuchten 7 % mehr Ankünfte und knapp 10 % mehr Übernachtungen.

Im vergangenen Jahr fanden außerdem noch 311 000 Gäste auf Campingplätzen vorübergehend Unterkunft, und zwar für 997 000 Übernachtungen. Hier nahm die Zahl der Gäste im Vergleichszeitraum um 2 % ab, bei den Übernachtungen war es ein Minus von 1 %.

Gastgewerbe verspürt Aufwind

Im Jahr 2000 waren die **Umsätze** im hessischen Gastgewerbe über 2 % höher als im Vorjahr. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, verblieb ein Plus von 1 %. Zu diesem Ergebnis trug vor allem das Beherbergungsgewerbe bei: Es hatte nominal 5 und real 4 % mehr Umsatz. Auch die Kantinen und Catering-Unternehmen hatten mit nominal knapp 4 und real annähernd 3 % Umsatzwachstum mehr Geld in den Kassen. Dagegen büßte das Gaststätten-

gewerbe im Jahresvergleich nominal 0,5 % seines Umsatzes ein; real waren es 1,5 %.

Gegenläufig zum Umsatz ging die Zahl der **Beschäftigten** im Vergleichszeitraum um etwas über 3 % zurück, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nur um 0,4 % abnahm, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um über 7 % zurückging.

Mehr Güter auf dem Wasser und in der Luft

In der **Binnenschifffahrt** hat 2000 die umgeschlagene Gütermenge weiter zugenommen. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden im vergangenen Jahr insgesamt 16,2 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, fast 4 % mehr als 1999. Dabei stieg das Volumen des Versands von Gütern um über 10 % auf 2,7 Mill. t, während das Volumen des Empfangs um 2,5 % auf 13,5 Mill. t wuchs. Unter den wichtigsten Massengütern verringerte sich der Umschlag von festen mineralischen Brennstoffen (Steinkohle und -briketts) um 19 % auf 1,9 Mill. t. Dagegen stieg der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen um 3 % auf 4,9 Mill. t sowie von Steinen und Erden (Sand, Kies, Bims und Ton) um 14 % auf 5,7 Mill. t.

Bei der **Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln** (Busse, Straßen- und U-Bahnen, ohne den Regionalverkehr, der von der DB AG bereitgestellt wird — wie zum Beispiel S-Bahnen) war die Tendenz positiv. Im Jahr 2000 wurden mit 475 Mill. Personen 6 % mehr Fahrgäste befördert als 1999. Die dabei zurückgelegten Wagenkilometer summierten sich auf 293 Mill., was 4 % mehr war als im Vorjahr.

Der **Luftverkehr** auf dem international bedeutenden Flughafen Frankfurt (Main) erreichte im Passagierverkehr wiederum neue Höchstmarken. Im Jahr 2000 erfolgten im zivilen Verkehr 459 000 Starts und Landungen, 4,5 % mehr als im Jahr 1999. Die Zahl der Fluggäste erhöhte sich um annähernd 8 % und blieb mit 49,4 Mill. nur knapp unter der 50-Millionen-Marke. Damit blieb Frankfurt der Flughafen mit dem höchsten Passagieraufkommen auf dem europäischen Kontinent. Insbesondere der Privatreiseverkehr sorgte — wie schon in den Vorjahren — für Zuwachs, wobei der Interkontinentalverkehr deutlich zulegen konnte. Im Luftfrachtverkehr — hier ist Frankfurt Nummer 1 in Europa und gehört zu den weltweit wichtigsten Umschlagplätzen — scheint die Asienkrise überwunden. Das Luftfrachtaufkommen stieg um 11 % auf 1,6 Mill. t. Auch bei der beförderten Luftpost gab es wie im Vorjahr ein Plus: Sie erhöhte sich um 1,5 % auf 141 000 t. Dabei nahm die Auslandspost um 8 % zu, während die beförderte Inlandspost um 4 % abnahm. Darin spiegelt sich die Neukonzeption der Transportlogistik der Deutschen Post AG, die zu einer Verlagerung des Posttransports auf die Straße geführt hat, wider.

Krafträder weiterhin der Renner

Zur Jahresmitte 2000 waren in Hessen 267 000 Krafträder zugelassen. Verglichen mit dem Stand am 1. Juli 1999 waren dies 5 % mehr. Wesentlich schwächer hat im gleichen Zeitraum die Zahl der Personenkraftwagen zugenommen, nämlich lediglich um 0,4 % auf annähernd 3,4 Mill. Weit über die Hälfte der Pkw hatte einen Hubraum von 1400 bis unter 2000 cm³, ihre Zahl blieb im Jahresvergleich nahezu unverändert. 16,5 % hatten einen größeren Hubraum; ihre Zahl stieg mit 2 % am stärksten. Etwas darunter lag der Zuwachs der Pkw mit einem Hubraum von 1200 bis 1399 cm³, die einen Anteil von annähernd 16 % am Pkw-Bestand hatten. Dagegen verminderte sich die Zahl der Pkw unter 1200 cm³ im Jahresvergleich um fast 2 %. Sie kamen auf einen Anteil von knapp 11,5 %.

Insgesamt gab es in Hessen am 1. Juli 2000 etwas über 4 Mill. Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, 1 % mehr als ein Jahr zuvor. Mit einem Wert von 663 Kraftfahrzeugen bzw. 558 Personenkraftwagen je 1000 Einwohner nimmt Hessen weiterhin einen Spitzenplatz unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland ein.

Zahl der Verkehrstoten gesunken

Im Jahr 2000 ereigneten sich 27 000 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Das waren etwas über 2 % weniger als vor Jahresfrist. Dabei sank die Zahl derer, die tödliche Verletzungen erlitten, um 30 Personen oder über 5 % auf 540. Bei den Schwerverletzten betrug der Rückgang über 3 % auf nunmehr 6800; bei den Leichtverletzten gab es im Jahresvergleich eine Abnahme um 2 % auf 29 600. Die seit einer Reihe von Jahren zu beobachtende günstige Entwicklung hat sich damit — nach der Unterbrechung im Jahr 1999 — weiter fortgesetzt und führte ähnlich wie im Jahr 1998 zu einer der bisher niedrigsten Zahl an Verkehrstoten seit Einführung der Straßenverkehrsstatistik im Jahr 1950.

Weniger landwirtschaftliche Betriebe

Zum Zeitpunkt der repräsentativen integrierten Erhebung im Mai 2000 gab es in Hessen knapp 28 000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 Hektar (ha). Dies waren 1700 Betriebe weniger als 1999. Von diesen Betrieben wurden 761 900 ha LF bewirtschaftet, sodass sich eine durchschnittliche Betriebsgröße von 27 ha LF ergab. Im Jahr 2000 nahm die LF um 4400 ha gegenüber dem Vorjahr ab und teilte sich in 64 % Ackerflächen, 36 % Dauergrünland und 0,8 % Dauerkulturen auf.

In den ersten drei Quartalen des Jahres wurden knapp 1150 ha LF zu einem *durchschnittlichen Kaufpreis* von rund 26 500 DM je ha LF gehandelt.

Staat und Wirtschaft in Hessen 4 · 01

Getreideanbau wieder normalisiert

Gegenüber dem Ausnahmejahr 1999, welches bedingt durch den nassen Herbst 1998 einen hohen Anteil an Sommergetreide in der Anbaufläche aufwies, entsprachen die Anbauverhältnisse des Jahres 2000 in etwa wieder denen der Vorjahre. Die gesamte Getreideanbaufläche stieg um 10 700 auf 312 200 ha. Winterweizen konnte die führende Position ausbauen und legte um knapp 6 Prozentpunkte auf nunmehr 46 % der Getreideanbaufläche zu. Wie in den Vorjahren ist der Anbau von Triticale ein fester Bestandteil der Fruchtfolge. Wurden im Durchschnitt der Jahre 1994—1999 11 600 ha Triticale angebaut, so waren dies im Jahr 2000 rund 5 % oder 16 100 ha der Getreideanbaufläche. Die Hektarerträge des Getreides insgesamt lagen mit 65,2 Dezitonnen (dt) etwas unterhalb des Vorjahresniveaus, wobei der Ertrag des Winterweizens mit 71,9 dt je ha geringer und der der Wintergerste mit 68,2 dt je ha höher als die jeweiligen Vorjahreserträge ausfielen. Die Getreideernte fiel jedoch auf Grund der gestiegenen Anbaufläche mit gut 2 036 000 t um 49 300 t höher aus als die des Vorjahres.

Hohe Kartoffel- und Zuckerrübenernte — Erträge kompensieren verringerte Anbaufläche

Trotz einer um rund 520 ha auf 5370 ha verringerten Anbaufläche wurde im Jahr 2000 mit 227 000 t lediglich eine geringfügig kleinere Kartoffelernte als im Vorjahr eingebracht. Dies ist auf den stark gestiegenen Ertrag zurückzuführen. Dieser übertraf mit knapp 423 dt je ha den Durchschnitt der Jahre 1994—1999 um knapp 65 dt je ha und das bisherige hessische Rekordjahr 1996 immer noch um 18 dt je ha. Der für den Kartoffelanbau günstige Witterungsverlauf mit einem niederschlagsreichen Sommer bedeutete auch für den Zuckerrübenanbau eine Rekordernte. Hier wurde auf Grund der Marktordnung der Anbau im Frühjahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 % oder 1900 ha eingeschränkt. Der Hektarertrag in Höhe von 653 dt je ha übertraf das Vorjahr jedoch um 57 dt je ha. Damit verringerte sich die Gesamternte lediglich um rund 8500 t gegenüber 1999.

90 % des Gemüseanbaus in Südhessen

Der hessische „Gemüsegarten“ liegt im Regierungsbezirk Darmstadt. Dort wurde im Jahr 2000 auf einer Fläche von 5600 ha Gemüse angebaut, während in den Regierungsbezirken Kassel (640 ha) und Gießen (40 ha) der Anbau von Gemüse eine untergeordnete Rolle spielt. Der Gemüseanbau in Hessen ging gegenüber 1996 um knapp 4 % oder gut 280 ha zurück. Gestiegen war jedoch die Anbaufläche unter Glas und zwar um knapp 6 ha auf 42 ha. Spargel war mit 32 % bzw. 2042 ha der Anbaufläche Spitzenreiter unter den Gemüsearten. Es folgten Speisewiebeln (1135 ha), Weißkohl (500 ha) sowie Möhren und Karotten (335 ha). Die abgeerntete Fläche von Erdbeeren, die nicht zu den Gemüse-

Anbau und Ernte ausgewählter Feldfrüchte

Fruchtart	D 1994/99	1999	2000	Zu- bzw. Abn. (-) in % 2000 gegenüber	
				D 1994/99	1999
Anbaufläche (Grundzahlen in 1000 ha)					
Weizen	137,7	130,9	147,8	7,3	12,9
Winterweizen	133,9	122,3	144,4	7,8	18,1
Sommerweizen	2,7	7,1	2,2	- 18,5	- 69,0
Hartweizen (Durum)	1,0	1,4	1,3	30,0	- 7,1
Roggen ¹⁾	23,8	18,6	21,2	- 10,9	14,0
Gerste	111,4	112,9	105,9	- 4,9	- 6,2
Wintergerste	79,0	76,0	79,1	0,1	4,1
Sommergerste	32,4	36,9	26,8	- 17,3	- 27,4
Hafer	25,6	22,3	18,3	- 28,5	- 17,9
Sommernenggetreide	3,7	3,6	2,9	- 21,6	- 19,4
Triticale	11,6	13,4	16,1	38,8	20,1
Getreide i n s g e s a m t	313,6	301,6	312,2	- 0,4	3,5
Körnermais ²⁾	7,1	6,2	6,4	- 9,9	3,2
Winterraps	47,9	53,7	50,7	5,8	- 5,6
Kartoffeln	5,8	5,9	5,4	- 6,9	- 8,5
Zuckerrüben	20,7	20,6	18,7	- 9,7	- 9,2
Hektarertrag (Grundzahlen in dt)					
Weizen	72,6	76,3	71,5	- 1,5	- 6,3
Winterweizen	73,0	77,3	71,9	- 1,5	- 7,0
Sommerweizen	59,1	63,0	57,2	- 3,2	- 9,2
Hartweizen (Durum)	50,0	47,5	46,9	- 6,2	- 1,3
Roggen ¹⁾	57,3	57,5	58,8	2,6	2,3
Gerste	57,1	59,1	61,9	8,4	4,7
Wintergerste	60,9	64,7	68,2	12,0	5,4
Sommergerste	47,9	47,5	43,1	- 10,0	- 9,3
Hafer	49,2	51,5	48,7	- 1,0	- 5,4
Sommernenggetreide	43,6	47,0	43,7	0,2	- 7,0
Triticale	60,1	63,1	60,9	1,3	- 3,5
Getreide i n s g e s a m t	63,2	65,9	65,2	3,2	- 1,1
Körnermais ²⁾	83,2	92,2	90,5	8,8	- 1,8
Winterraps	29,2	35,8	32,9	12,7	- 8,1
Kartoffeln	358,1	389,0	422,7	18,0	8,7
Zuckerrüben	539,5	596,0	652,6	21,0	9,5
Gesamternte (Grundzahlen in 1000 t)					
Weizen	999,1	997,6	1 056,3	5,7	5,9
Winterweizen	978,1	945,8	1 037,9	6,1	9,7
Sommerweizen	15,9	45,0	12,4	- 22,0	- 72,4
Hartweizen (Durum)	5,2	6,8	6,0	15,4	- 11,8
Roggen ¹⁾	136,3	107,2	124,6	- 8,6	16,2
Gerste	636,2	666,6	655,3	3,0	- 1,7
Wintergerste	480,9	491,2	539,9	12,3	9,9
Sommergerste	155,3	175,4	115,3	- 25,8	- 34,3
Hafer	125,8	114,5	89,2	- 29,1	- 22,1
Sommernenggetreide	15,9	16,7	12,5	- 21,4	- 25,1
Triticale	69,8	84,3	98,4	41,0	16,7
Getreide i n s g e s a m t	1 983,1	1 986,9	2 036,2	2,7	2,5
Körnermais ²⁾	59,3	57,5	58,4	- 1,5	1,6
Winterraps	139,7	192,3	166,8	19,4	- 13,3
Kartoffeln	208,8	229,1	227,0	8,7	- 0,9
Zuckerrüben	1 117,7	1 226,5	1 218,1	9,0	- 0,7

1) Einschl. Wintermenggetreide. — 2) Einschl. Corn-Cob-Mix.

anbauflächen zählt, verringerte sich gegenüber 1996 um gut 70 ha auf rund 400 ha. Ziergehölze und Rosen wurden auf knapp 50 % der Baumschulfläche von 744 ha erzeugt und bildeten damit den Produktionsschwerpunkt in den hessischen **Baumschulen**. Die meisten Obstgehölze wurden im Landkreis Groß-Gerau und die meisten Ziergehölze im Wetteraukreis gezogen.

Weniger Rinder und Schweine

Wie die endgültigen Ergebnisse der repräsentativen Viehzählung im November 2000 zeigten, hat sich insbesondere die Anzahl der **Milchkühe** um gut 7 % gegenüber der Vorjahreszählung verringert. Dies entspricht einem Rückgang um 12 600 auf 158 200 Tiere. Grund hierfür war die zum Milchwirtschaftsjahr 2000/2001 eingeführte Zusatzabgabenverordnung. Demgegenüber steht eine Erhöhung des Ammen- und Mutterkuhbestandes von 14 % auf mittlerweile 42 800 Tiere. Von Januar bis Dezember 2000 wurden von den Milcherzeugern 967 700 t Milch an die Molkereien geliefert, dies waren 19 600 t oder knapp 2 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Mit dem Auftreten des ersten BSE-Falles in Deutschland im November 2000 hatte sich die Zahl der **Schlachtungen von Rindern**, ohne Kälber, im Dezember 2000 nahezu halbiert. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat hatte sich damit die Zahl der Rinderschlachtungen um 4450 Stück auf 4700 Stück reduziert. Die Anzahl der geschlachteten Rinder ohne Kälber fiel, entsprechend dem seit den Siebzigerjahren anhaltenden Trend, im Jahr 2000 mit 87 600 Stück auf den geringsten Stand seit 1950. Noch deutlicher werden die Auswirkungen der BSE-Krise auf die Rinderschlachtungen, wenn man die Dezemberschlachtungen der Bullen seit 1996 betrachtet. Wurden 1996 im Dezember noch 6830 Bullen geschlachtet, so waren dies im Dezember 2000 nur 2420 Stück. Gleichwohl konnte im Bereich der Rinderhaltung festgestellt werden, dass vor allem mehr weibliche Tiere als im Vorjahr zum Schlachten gehalten werden. So erhöhte sich die Zahl der Färsen zum Schlachten, die über zwei Jahre alt waren, um 1020 auf 4260 Stück. Die Zahl der weiblichen Rinder zum Schlachten, im Alter zwischen einem bis unter zwei Jahren, stieg um 1700 auf nunmehr 14 600 Stück Vieh. Die Zahl der männlichen Rinder zum Schlachten veränderte sich nur geringfügig.

Im November 2000 wurden mit 839 200 rund 25 300 **Schweine** weniger als im November 1999 gehalten. Der

Rindvieh- und Schweinehaltung

Art der Angabe	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾	Zu- bzw. Abnahme (-)	
	1000		%	
Rinder i n s g e s a m t	539,4	525,9	- 13,6	- 2,5
darunter				
Milchkühe	170,8	158,2	- 12,6	- 7,4
Schlacht- und Mastrinder ²⁾	55,6	56,8	1,2	2,1
Ammen- und Mutterkühe	37,5	42,8	5,3	14,2
Schweine i n s g e s a m t	864,5	839,2	- 25,3	- 2,9
davon				
Ferkel ³⁾	429,3	408,8	- 20,5	- 4,8
Mastschweine	349,9	352,7	2,9	0,8
Zuchtschweine	85,3	77,6	- 7,7	- 9,0

1) Zum Stichtag 3. November, jeweils Ergebnisse der Repräsentativerhebung. — 2) 1 bis unter 2 Jahre alt. — 3) Einschl. Jungmastschweinen.

Rückgang war fast ausschließlich im Bereich der Zuchtschweinehaltung zu beobachten. So nahm die Zahl der Zuchtschweine um knapp 9 % oder 7700 auf 77 600 Tiere und die der Ferkel, ohne Jungschweine, um knapp 11 % oder 25 800 auf 215 200 Tiere ab. Demgegenüber blieb die Zahl der Mastschweine mit einem Lebendgewicht von 50 bis unter 110 kg mit 323 000 Tieren annähernd konstant. Bei den Jungschweinen mit einem Lebendgewicht bis unter 50 kg war ein Zuwachs um knapp 3 % oder 5300 Stück auf 193 600 Tiere festzustellen.

Für eine eventuelle Neugestaltung der Agrarpolitik hinsichtlich einer stärkeren Flächenbindung der Tierhaltung hat Hessen gute Voraussetzungen. In der Betrachtung der Kennziffer „Intensität der Viehhaltung“ — ausgedrückt durch Großvieheinheiten pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (GV je ha LF) — lag der hessische Durchschnitt zum Mai 1999 bei 0,7 GV je ha LF, wobei die Regierungsbezirke Gießen und Kassel eine intensivere Viehhaltung mit 0,8 GV je ha LF aufwiesen. In Hessen wurden je Betrieb durchschnittlich 23,4 GV gehalten.

Öffentliche Finanzen

Kommunalfinanzen: Drittes gutes Jahr in Folge

Der Deutsche Städtetag erwartete für das Jahr 2000, bei nur annähernd stagnierenden Einnahmen (+ 0,5 %) und einer weiterhin konsequenten Konsolidierungspolitik in den Städten, dass ebenso wie im Vorjahr der *kommunale Finanzierungssaldo* wiederum positiv ausfallen würde⁴⁾. Diese Erwartungen haben sich zumindest in Hessen und den kassenmäßigen Eckzahlen zufolge recht gut bewahrheitet. Die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften konnten nach 1999 und 1998 auch im Jahr 2000 einen positiven Finanzierungssaldo — als Differenz ihrer um haushaltstechnische und besondere Finanzierungsvorgänge bereinigten aggregierten Einnahmen und Ausgaben — ausweisen. Nach den Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik haben die kommunalen Gebietskörperschaften im Jahr 2000 einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von rund 1,3 Mrd. DM erwirtschaftet, nachdem im Vorjahr bereits ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von rund 1,5 Mrd. DM erzielt worden war. Wenn auch zu den aktuellen Haushaltsüberschüssen auf der kommunalen Ebene die Gebietskörperschaften sicher nicht gleichmäßig beitragen konnten, so hat sich die allgemeine Tendenz zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation doch fortgesetzt. Eine nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung zeigt,

4) Vgl. Karrenberg, Hanns und Münstermann, Engelbert; Gemeindefinanzbericht 2000; in: Der Städtetag, Stuttgart, April 2000, zitiert nach Informationen des Hessischen Städtetags, Heft 2, 2000, S. 29 f. Der Finanzierungssaldo ist — dort wie auch hier im Weiteren — als Saldo der um die besonderen Finanzierungsvorgänge (Kreditaufnahmen und Kredit-tilgungen, Rücklagenzuführungen und -entnahmen, Deckung von Fehlbeträgen der Vorjahre) und die haushaltstechnischen Verrechnungen bereinigten Einnahmen und Ausgaben definiert.

Finanzierungssalden hessischer Gebietskörperschaften 1999 und 2000 (Mill. DM)

Gebietskörperschaft(en)	Finanzierungssaldo		Zu- bzw. Abnahme (-)
	1999	2000	
Kreisfreie Städte	1 043	884	- 159
davon			
Darmstadt	- 59	- 53	6
Frankfurt am Main	969	689	- 280
Offenbach am Main	21	71	50
Wiesbaden	141	25	- 116
Kassel	- 28	152	180
Kreisangehörige Gemeinden	448	151	- 297
Kreisverwaltungen	- 62	16	78
Landeswohlfahrtsverband	130	219	89
Kommunale Gebietskörperschaften i n s g e s a m t	1 559	1 270	- 289

dass die Gemeinden — kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden — und die Landkreisverwaltungen jeweils in ihrer Mehrheit positive Finanzierungssalden erreichten.

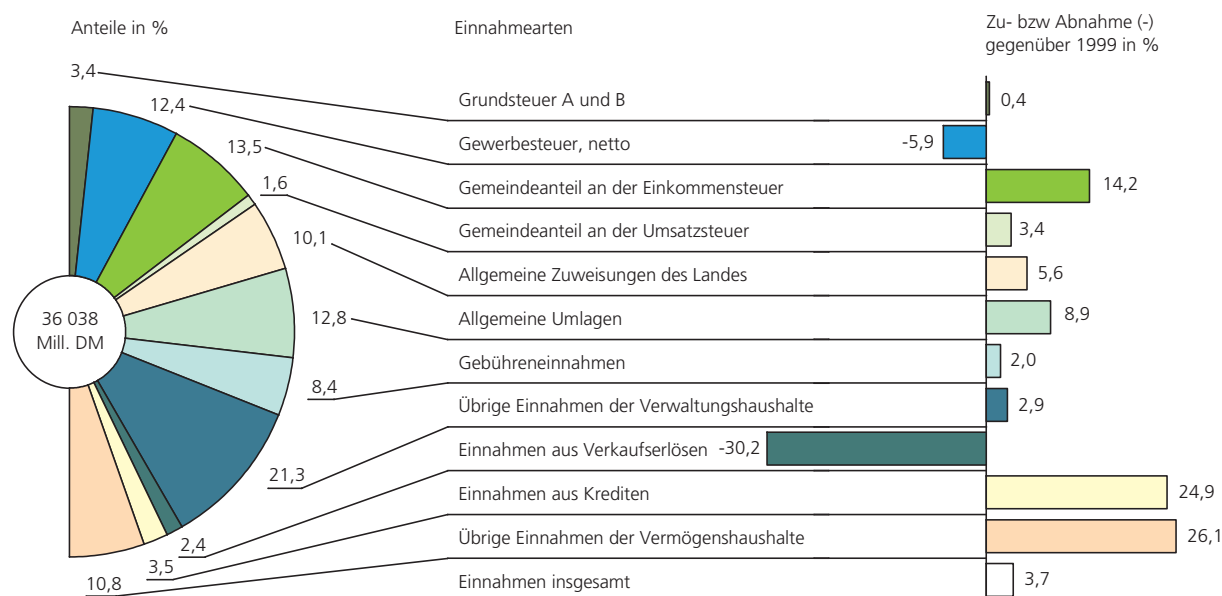
Die Kreisverwaltungen konnten den 62 Mill. DM ausmachenden Ausgabeüberschuss ihrer zusammengefassten Haushalte aus dem Vorjahr in einen positiven Finanzierungssaldo in 2000 umwandeln. So wiesen immerhin 12 der 21 Landkreisverwaltungen einen positiven Finanzierungssaldo aus. Die übrigen neun Kreisverwaltungen brachten, bei allerdings zum Teil weiter deutlich reduzierten Defiziten, ihre Haushalte nur über Kreditaufnahmen bzw. Entnahmen aus den Rücklagen zum Ausgleich.

Der hohe Finanzierungsüberschuss von fast 900 Mill. DM der kreisfreien Städte insgesamt ist, wie auch bereits in den beiden Vorjahren, ganz besonders auf das gute Ergebnis der Stadt Frankfurt am Main (689 Mill. DM) zurückzuführen, das aktuell aber weniger durch erhöhte Steuereinnahmen zu Stande kam, als durch Fortschritte in der Haushaltskonsolidierung. Unter den kreisfreien Städten hatte im Jahr 2000 nur Darmstadt einen negativen Finanzierungssaldo (- 53 Mill. DM).

Bei den Steuereinnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften hat sich — vor dem Hintergrund einer verbesserten Ertragslage der Unternehmen, stärkerer Ausgaben für Konsum auf der Endverbrauchsstufe und einer günstigen Entwicklung der Beschäftigung — insgesamt eine positive Aufkommenstendenz, wenngleich nicht so stark wie im Vorjahr, über das ganze Jahr 2000 fortsetzen können. So sind die *aggregierten Steuereinnahmen* auf der kommunalen Ebene im Jahr 2000 (1999) um mehr als 3 % (8 %) auf über 12,6 Mrd. DM (12,1 Mrd. DM) angestiegen.

Mit dem allmählichen Rückgang der steuerlichen Ausfälle infolge der Investitionsförderung im Beitrittsgebiet und dem In-Kraft-Treten der ersten Stufe der Steuerreform verloren die für die Steuerbemessungsgrundlagen erosiven

Kommunale Einnahmen in Hessen 2000



HSL 20/01

Kräfte fortgesetzt an Wirkung. So wies der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auch im Jahr 2000 deutliche Zuwächse auf. Die Gewerbesteuereinnahmen hingegen verfehlten, bei signifikanten Unterschieden in den Aggregaten der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden, das Niveau des Vorjahres.

Während bei den kreisfreien Städten die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftsteuern insgesamt um knapp 9 % auf 1,5 Mrd. DM kletterten, schafften sie bei den kreisangehörigen Gemeinden einen Zuwachs um fast 15 % auf rund 4 Mrd. DM. Die kreisangehörigen Gemeinden nahmen demgegenüber mit 2,5 Mrd. DM rund 6 % weniger an Gewerbesteuern ein, wohingegen die kreisfreien Städte bei der Gewerbesteuer einen Zuwachs um noch fast 2 % auf 3,3 Mrd. DM verbuchten.

Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verblieben den kommunalen Gebietskörperschaften in Hessen insgesamt Steuereinnahmen (netto) in Höhe von 11,2 Mrd. DM. Dies waren 3,1 % mehr als 1999. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer flossen den hessischen Kommunen, im dritten Jahr ihrer Beteiligung an dem Aufkommen aus der Umsatzsteuer, bereits fast 575 Mill. DM — nach 370 Mill. DM im Jahr 1998 und 556 Mill. DM im Jahr 1999 — zu. Davon entfiel mit 263 Mill. DM ein Anteil von 46 % auf die kreisangehörigen Gemeinden, während unter den kreisfreien Städten allein Frankfurt am Main ein Anteil von 39 % aus dieser für die Kommunen noch recht neuen Steuerquelle zufloss.

Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1999 und 2000

Ausgaben- bzw. Einnahmeart	1999	2000	Zu- bzw. Abn.(-) in %	
	Mill. DM		1999	2000
			gegenüber	
Ausgaben¹⁾				
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	27 623	28 996	1,5	5,0
darunter				
Personalausgaben ²⁾	6 214	6 269	- 0,4	0,9
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3 948	3 999	- 1,2	1,3
Erstattungen, kalkulatorische Kosten	2 493	2 556	- 0,3	2,5
Leistungen der Sozial- u. Jugendhilfe	5 603	5 770	- 1,3	3,0
Zinsausgaben (einschl. innere Darlehen)	1 084	1 065	-11,7	- 1,8
Ausgaben des Vermögenshaushalts	6 102	6 394	2,5	4,8
darunter				
Baumaßnahmen, Vermögenserwerb	3 256	3 555	6,9	9,2
Ausgaben insgesamt	33 725	35 390	1,7	4,9
Einnahmen¹⁾				
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	29 081	30 023	4,8	3,2
darunter				
Gewerbsteuer (netto) ³⁾	4 739	4 461	14,3	- 5,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	4 259	4 863	5,3	14,2
lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	6 847	7 128	-14,0	4,1
Einnahmen an Verwaltung u. Betrieb	5 589	5 792	- 6,2	3,6
Einnahmen des Vermögenshaushalts	5 773	6 014	2,2	4,2
darunter				
Investitionszuweisungen	661	728	- 3,4	10,1
Kredite und innere Darlehen	1 468	1 276	- 9,3	-13,1
Einnahmen insgesamt	34 759	36 038	4,4	3,7

1) Ohne Berücksichtigung der Buchungen von Sollfehlbeträgen und ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Einschl. Vermögensbezüge. — 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Die **Gesamteinnahmen** der hessischen kommunalen Gebietskörperschaften nahmen wieder um 5 % auf 37,4 Mrd. DM zu. Davon verblieben den kommunalen Kassen nach Abführung der mit 1,3 Mrd. DM um fast 17 % erhöhten Gewerbesteuerumlage rund 36 Mrd. DM, 3,7 % mehr als im Vorjahr. Die Gesamteinnahmen stiegen aber nicht nur auf Grund der insgesamt vermehrten Steuereinnahmen. Auch die im Jahr 2000 in den kommunalen Kassen verbuchten Zahlungen aus den Zuweisungen des Landes erhöhten sich um fast 6 % auf 3,6 Mrd. DM. Wie in den Vorjahren trugen auch im Jahr 2000 die Einnahmen aus dem Verkauf von Vermögenswerten zur positiven Gestaltung der kommunalen Einnahmen bei. Bei einem Rückgang dieser Einnahmen im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um fast ein Drittel auf rund 860 Mill. DM deutet sich hier allerdings eine gewisse Normalisierung gegenüber den Vorjahren auf niedrigerem Niveau an.

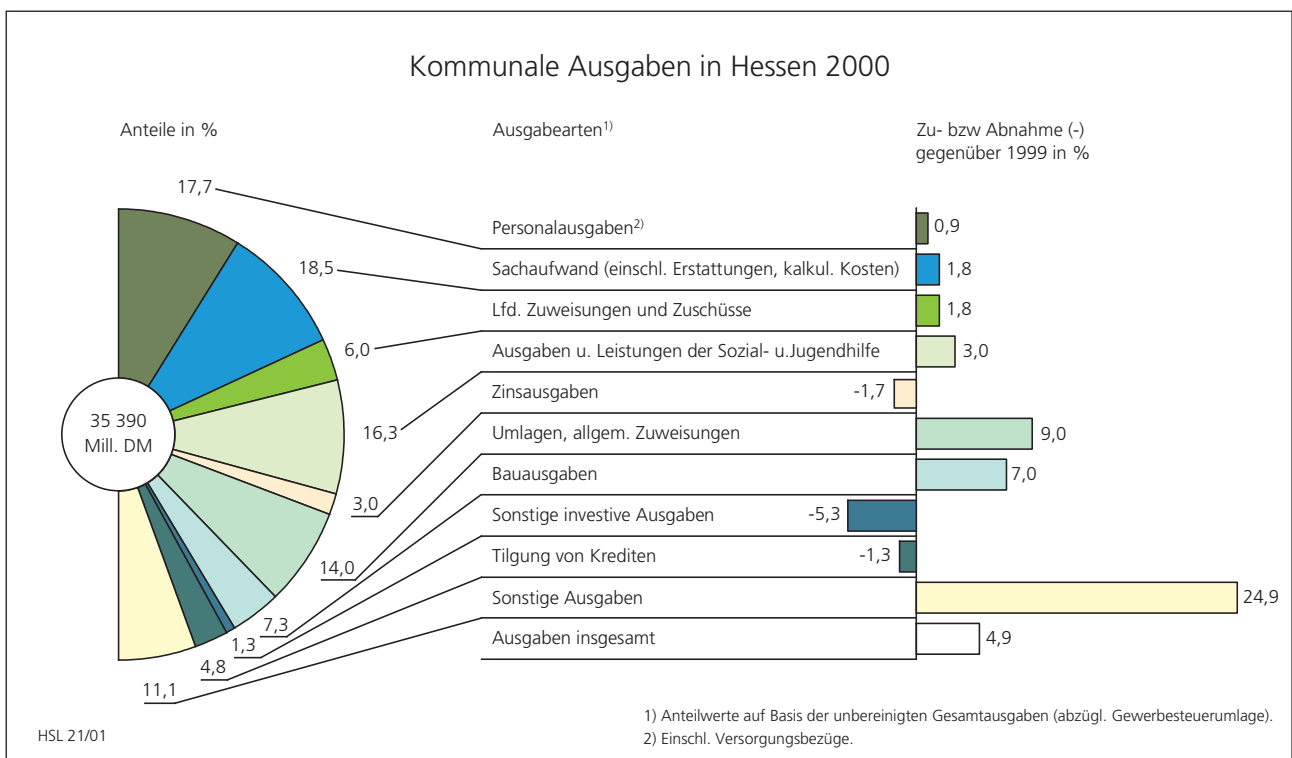
Auf der **Ausgabenseite** wiesen die aggregierten Kassendaten für die kommunalen Haushalte, sowohl in den Verwaltungs- als auch in den Vermögenshaushalten, Steigerungen von rund 5 % aus.

Die kommunalen Belastungen aus dem Bundessozialhilfegesetz (ohne Jugendhilfe) summierten sich 1999 auf 4,28 Mrd. DM; dies waren 63 Mill. DM oder gut 1 % weniger als im Jahr 1998. Zu diesem Break in der Entwicklung der Sozialhilfeausgaben hatten, neben rückläufigen Zahlen der Sozialhilfebedürftigen, vielfältige Maßnahmen der Sozial- und Beschäftigungspolitik („Arbeit statt Sozialhilfe“, gedeckelte Regelsätze, Entlastung der stationären Pflege) und die Niveauabsenkung durch die Pflegeversicherung geführt. Die

Erwartungen auf zukünftig gleichwohl steigende Sozialausgaben haben sich bereits im Jahr 2000 erfüllt. Sie stiegen, bei erhöhten Regelsätzen (für Haushaltsvorstände und Alleinerziehende ab 1.7.1999 um 1,3 %, ab 1.7.2000 um 0,55 %) und insbesondere durch vermehrte Leistungen für Hilfebedürftige in Einrichtungen, um 170 Mill. DM (+ 3 %) auf fast 4,4 Mrd. DM an.

Für den, mit einem Haushaltsanteil von fast einem Fünftel auf der kommunalen Ebene recht bedeutsamen, Ausgabenblock des Sachaufwands (einschl. Erstattungen und kalkulatorischer Kosten) ergab sich im Jahr 2000 eine Zunahme um fast 2 %. In diesem Ausgabensegment werden vielfältige, zumeist kommunal spezifische Faktoren wirksam. Lediglich die allgemeine Preiserhöhung wird sich hier durchgängig ausgabensteigernd ausgewirkt haben. Allerdings lässt sich im Jahr 2000 keine einheitliche Entwicklungslinie bei den kommunalen Gebietskörperschaften für ihre Sachausgaben feststellen. Während bei den kreisfreien Städten der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand um knapp 2 % auf unter 2,1 Mrd. DM absank, erhöhte er sich bei den kreisangehörigen Gemeinden um gut 2 % auf 3,3 Mrd. DM. Für die Kreisverwaltungen ergab das kassenmäßige Ergebnis mit einer Steigerung um nahezu 8 % auf 1,1 Mrd. DM die stärkste Erhöhung der Ausgaben für sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand.

Auch der wiederum moderate Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, der im Kern eine prozentuale Steigerung der Löhne und Gehälter um 2 % für die hier Beschäftigten erst ab August 2000 erbrachte, kam den Konsolidierungsbemühungen der kommunalen Gebietskörperschaften entgegen. Die haushalts-



mäßigen Personalausgaben beliefen sich im Jahr 2000 auf rund 6,3 Mrd. DM und lagen damit — stimmig zur Tarifierhöhung und entgegen den Erwartungen des Deutschen Städtetages (+ 1,7 % in 2000) — nur um 0,9 % über denen des Vorjahres. Bei den kreisfreien Städten nahm das Aggregat der Personalausgaben sogar um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr ab; dies allerdings nur durch einen stärkeren — wohl auf Ausgliederungen von Aufgaben aus dem Haushalt rückführbaren — Rückgang der Personalausgaben in der Stadt Frankfurt am Main. Dort wurden binnen Jahresfrist rund 35 Mill. DM (– 3,5 %) weniger für das Personal verausgabt.

Die Tendenz zu steigenden Personalausgabenquoten setzte sich auf der kommunalen Ebene insgesamt jedenfalls nicht fort. So hatten die kommunalen Haushalte im Jahr 2000 (1999) durchschnittlich noch 21,2 % (21,7 %) ihrer Ausgaben für ihr aktives Personal und für Versorgungsbezüge aufzuwenden. Entsprechend der unterschiedlichen Aufgabenstrukturen und Personalintensitäten der Aufgaben wiesen im Jahr 2000 (1999) unter den Gebietskörperschaften die kreisangehörigen Gemeinden mit 25,3 % (26,2 %) die höchste Personalausgabenquote auf, während sich für die Kreisverwaltungen mit 16,6 % (16,8 %) der geringste Personalkostenanteil errechnete.

Diesen Entwicklungen in den großen kommunalen Ausgabenblöcken der Verwaltungshaushalte standen im Jahr 2000 ebenso zum Teil recht moderat wachsende Ausgabenaggregate in den Vermögenshaushalten gegenüber. So nahmen die vermögenswirksamen Ausgaben der kommunalen Ebene insgesamt um 5,4 % auf 6,4 Mrd. DM zu. Dabei wurde diese Steigerung, anders als im Vorjahr, nicht mehr primär von den kreisfreien Städten (+ 1,1 %) getragen. Vielmehr erhöhten die kreisangehörigen Gemeinden (+ 4,9 %) und noch stärker die Kreisverwaltungen (+ 13,4 %) durch starke Kredittilgungen und Aufgabe ihrer Investitionszurückhaltung die Ausgaben in den Vermögenshaushalten.

Die reinen Baumaßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nahmen nach einer Zunahme um 4,5 % im Vorjahr nochmals um 7 % auf knapp 2,6 Mrd. DM zu. Durchschnittlich wurden aus den kommunalen Haushalten im Jahr 2000 (1999) 10 % (9,7 %) der Ausgaben für unmittelbar investive Zwecke (Bauausgaben und Vermögenserwerb) aufgewendet. Bei den kreisfreien Städten stieg dieser Anteilwert von 6,6 auf 8,3 %, bei den kreisangehörigen Gemeinden stagnierte er bei 14,5 % und bei den Kreisverwaltungen bei 6 %. Spiegelbildlich zu den Einnahmen ist auch die Entwicklung der Ausgaben von den fortgesetzten Ausgliederungen aus den kommunalen Haushalten beeinflusst. Bei Interpretation des Datenmaterials in Hinblick auf die Nachfragewirkungen der öffentlichen Haushalte, etwa für die Baubranche, ist dieser Gesichtspunkt zu berücksichtigen.

5) Die Zins-Steuer-Quote wurde hier als Quotient aus Zinszahlungen und Netto-Steuereinnahmen (Brutto-Steuereinnahmen abzgl. Gewerbesteuerumlagen) berechnet.

Die gestiegenen Investitionen der Kommunalebene wurden nicht über zusätzliche Kredite finanziert. So haben die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften auch im kassenmäßigen Abschluss des Jahres 2000 eine Nettotilgung ihrer Kredite (Tilgung von Krediten abzgl. der Einnahmen aus Krediten) um rund 410 Mill. DM vorzuweisen. Im Vorjahr wurden netto rund 250 Mill. DM an Krediten getilgt. Die nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung zeigt hier, dass die neuerliche Nettotilgung von Krediten (Überschuss der Kredittilgungen über die Kreditaufnahmen) wesentlich auf die Entwicklung bei den kreisfreien Städten zurückzuführen ist, die mehrheitlich einen Konsolidierungskurs einhielten und durch ihre hohen Kredittilgungen einem Zuwachs im Aggregat der kommunalen Neuverschuldung entgegenwirkten. So haben die kreisfreien Städte nach 440 Mill. DM im Jahr 1999 im letzten Jahr nochmals 443 Mill. DM mehr an Krediten getilgt als sie aufgenommen haben. Die Stadt Frankfurt am Main allein leistete netto fast 360 Mill. DM an Kredittilgungen. Die finanzstrategisch positive Auswirkung des Konsolidierungskurses der kreisfreien Städte kann exemplarisch anhand der Zinsbelastung vor Augen geführt werden. So waren die Haushalte der kreisfreien Städte im Jahr 1998 je 100 DM ihrer Steuereinnahmen⁵⁾ noch mit fast 13 DM für Zinszahlungen belastet. 1999 brauchten die Städte hierfür nur noch rund 10 DM je 100 DM ihrer Einnahmen aufzuwenden und im Jahr 2000 lediglich noch rund 9 DM.

Trotz der parallelen Entwicklung der kommunalen Einnahmen und Ausgaben leisteten die kommunalen Gebietskörperschaften auch eine deutliche Steigerung ihrer Zuführungen in die Rücklage. Ihr wurden mit 619 Mill. DM, nochmals rund 67 Mill. DM oder 12 % mehr als 1999, zugeführt. Im Gegenzug wurden aber ebenso die Entnahmen aus den Rücklagen von 389 Mill. DM im Jahr 1999 auf nunmehr 442 Mill. DM im Jahr 2000 deutlich erhöht.

Steuerplus im dritten Jahr in Folge

Das kassenmäßige Steueraufkommen in Hessen erhöhte sich im Jahr 2000 im dritten Jahr in Folge. Mit 89,8 Mrd. DM übertraf es das Niveau des Vorjahres, das bereits um 9,4 % über dem hessischen Steuerergebnis des Jahres 1998 gelegen hatte, nochmals um 6,2 %. Zuletzt war das Steueraufkommen im Jahr 1997 auf 72,0 Mrd. DM um 2 % gegenüber 1996 zurückgegangen. Die Steuerquote — hier die unbereinigten Steuereinnahmen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Jahre in % — stieg im Zuge dieser Entwicklung von 21,1 % im Jahr 1997, über 21,9 % im Jahr 1998, 23,4 % im Jahr 1999 auf nunmehr 25,3 % im zurückliegenden Jahr an.

Die fortgesetzte positive Aufkommensentwicklung findet ihre Ursachen in zahlreichen, unterschiedlichen Faktoren. Insbesondere wirkte sich neben der guten konjunkturellen

Entwicklung weiterhin die Verringerung des aufkommensmindernden Einflusses verschiedener Rechtsänderungen der letzten Jahre positiv auf das Steueraufkommen aus.

So waren im letzten Jahr, unter den bedeutenderen Steuern und abgesehen von den Zöllen und der Mineralölsteuer, nur die kassenmäßigen Einnahmen aus der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuer rückläufig bzw. konstant.

Die Entwicklung des Aufkommens aus der *Mineralölsteuer* ist am Standort Hessen insbesondere von der Dezimierung der Zahl mineralölsteuerpflichtiger Produktions- und Großhandelsunternehmen geprägt. Daher konnte die Anhebung der Steuersätze im Zuge der ökologischen Steuerreform (für die Jahre 2000 bis 2003 um jeweils 6 Pfennige je Liter) — im Gegensatz zum bundesweiten Aufkommen aus dieser Steuer — hier zu keiner Steigerung führen.

Im Jahr 1999 waren die Einnahmen aus der *Kraftfahrzeugsteuer*, als Auswirkung der bereits zum 1. Juli 1997 in Kraft getretenen, emissionsorientierten Umgestaltung der Steuer, deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2000 verharrte das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer, im Zusammenspiel von Erhöhung des Kraftfahrzeugbestandes und dessen Modernisierung, auf dem Niveau des Vorjahres.

Bei der *Vermögensteuer*, die seit dem 1. Januar 1997 nicht mehr erhoben wird, sind im Jahr 2000 nur Beträge für zurückliegende Veranlagungszeiträume kassenwirksam geworden, die das Aufkommen aus dem Vorjahr noch geringfügig übertreffen konnten. So brachte die Vermögensteuer im Jahr 2000 wieder 134 Mill. DM (+ 1 Mill. DM) in die Kasse des Landes Hessen.

Wiederum deutlich ergiebiger als im Vorjahr waren die *Steuern vom Einkommen*. Zu deren Mehraufkommen haben einerseits die — mit der im konjunkturellen Aufwind zunehmend verbesserten Beschäftigungslage und dem gegenüber dem Vorjahr stärkeren Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer aus den Tarifierhöhungen — steigende Lohn- und Gehaltssumme und andererseits die insgesamt positivere Gewinnentwicklung beigetragen. Vor diesem Hintergrund konnte das Aufkommen der *Lohnsteuer* um gut 7 % auf fast 35 Mrd. DM anwachsen. Nachwirkende retardierende Effekte aus den Vorjahren, wie die weitere Anhebung des Grundfreibetrags, die Absenkung des Solidaritätszuschlags, die Kindergeldanhebung und -verrechnung mit der Lohnsteuer, sowie die Anhebung des Grundfreibetrages, die Absenkung des Eingangssteuersatzes und der neue Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren wirkten zwar aufkommensmindernd, konnten aber letztlich deutlich überkompensiert werden. Nachdem 1997 noch 65 Mill. DM über die Einkommensteuerveranlagung von den hessi-

6) Vgl. auch für das Folgende: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Jahrgutachten 1999/2000, Wiesbaden 1999, S.105 – 107.

Kassenmäßiges Aufkommen an Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern nach Steuerarten

Steuerart	1999	2000	Zu- bzw. Abn. (-) 2000 gegenüber 1999
	Mill. DM		%
Gemeinschaftssteuern ¹⁾	68 493	73 448	7,2
darunter			
Lohnsteuer ²⁾	32 521	34 903	7,3
veranlagte Einkommensteuer	1 392	1 796	29,0
Körperschaftsteuer	5 111	5 531	8,2
Umsatzsteuer	17 963	16 824	- 6,3
Einfuhrumsatzsteuer	3 042	3 769	23,9
Bundessteuern ³⁾	5 836	6 165	5,6
darunter			
Zölle	340	309	- 9,1
Mineralölsteuer	1 092	740	- 32,2
Landesteuern	2 907	3 064	5,4
darunter			
Vermögensteuer	133	134	0,8
Kraftfahrzeugsteuer	1 038	1 040	0,2
Gemeindesteuern ⁴⁾	7 344	7 154	- 2,6
darunter			
Gewerbesteuer (brutto)	5 988	5 807	- 3,0
Steueraufkommen insgesamt	84 580	89 831	6,2

1) Ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Ohne Anteile der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern.

schen Finanzbehörden an die Steuerzahler zu erstatten waren, wurde im Jahr 2000 mit einer Einnahme von fast 1,8 Mrd. DM das höchste kassenmäßige Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer seit 1994 erzielt. Erneut leicht rückläufige Erstattungen nach § 46 EStG (Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit) wie auch der Anstieg des Bruttoaufkommens der *veranlagten Einkommensteuer* (kassenmäßiges Aufkommen zuzügl. Investitionszulagen sowie Eigenheimzulagen) deuten darauf hin, dass nun die stark aufkommensmindernde Wirkung der steuerlichen Sonderförderung von Investitionen in Ostdeutschland allmählich nachlässt⁶⁾. Damit verliert ein bedeutender Faktor weiter an Gewicht, der in den vergangenen Jahren wesentlich zu der Erosion der Steuerbemessungsgrundlage beigetragen hatte. Auch das Steuerbereinigungsgesetz 1999 mit dem weiteren Abbau umstrittener Steuerbefreiungen und Ausnahmeregelungen hat sicherlich die Steuerbemessungsgrundlagen gefestigt. Wie im Vorjahr wirkte sich die insgesamt bessere Entwicklung der Unternehmensgewinne aus, die sowohl zu höheren Steuervorauszahlungen als auch zu verstärkten Nachzahlungen für frühere Jahre geführt hat. Hiervon, und unter anderem von der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer, dürfte auch die Entwicklung des Aufkommens aus der *Körperschaftsteuer* geprägt sein, das sich nun deutlich gegenüber dem Vorjahr verbesserte.

Das Absinken der kassenmäßigen Einnahmen aus der *Umsatzsteuer* ist durch das komplexe, steuerrechtliche Gefüge

aus Vorauszahlungen, Zahlungen und Verrechnungen nicht einfach zu interpretieren. Sicherlich ist hier auf Grund des wirtschaftlichen Aufschwungs grundsätzlich mit steigenden Einnahmen zu rechnen⁷⁾. Im kassenmäßigen Ergebnis des Jahres 2000 ergibt sich gleichwohl bei einem Rückgang der Binnen-Umsatzsteuer um gut 6 % und der Zunahme der Umsatzsteuer auf Einfuhren um fast 24 % gegenüber dem Vorjahr immer noch eine rechnerische Aufkommensminderung um 412 Mill. DM oder 2 %. Dieser kassenmäßige Umsatzsteuerrückgang ist vermutlich hohen Umsatzsteuervorabzügen für außerhessische Bezüge von Waren und Diensten, größeren „Umsatzsteuerausfällen“ der stark exportorientierten hessischen Unternehmen und der nichtperiodengerechten Verbuchung von Zahlungen in den Finanzkassen zuzuschreiben.

Die insgesamt deutlich verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen hat sich auf die Bemessungsgrundlagen der **Gewerbesteuer** sicherlich ebenso positiv ausgewirkt, was allerdings in den Zahlungseingängen der Finanzkassen auf Grund der Verrechnungsarithmetik zwischen Vorauszahlungen und Zahlungen zur Gewerbesteuer sowie deren Mangel an Periodengerechtigkeit offenbar keinen Niederschlag gefunden hat. So gingen die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2000 um 3 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Dabei blieben starke Rückgänge der kassenmäßigen Einnahmen auf Grund von Gewerbesteuerrückzahlungen auf einzelne Standorte und große Unternehmen konzentriert.

Bevölkerung

Bevölkerungszunahme auf Vorjahresniveau

Die **Bevölkerung** Hessens dürfte im Jahr 2000 mit 0,2 % etwas weniger stark zugenommen haben als im Jahr zuvor. Aus der Entwicklung im ersten Halbjahr 2000 wurde hier auf das ganze Jahr 2000 hochgerechnet, da wegen einer vollständigen Umstellung der amtlichen Fortschreibung die genauen Zahlen bei Redaktionsschluss erst für die Monate Januar bis Juni 2000 vorlagen. Nach der Hochrechnung dürfte die Einwohnerzahl um 14 000 auf 6,066 Mill. Personen gestiegen sein. Wie fast immer in den zurückliegenden Jahrzehnten, wurde auch diesmal die Bevölkerungsentwicklung überwiegend von der Wanderungsbewegung getragen. Die Bevölkerungszunahme aus dem Wanderungsgewinn von 15 900 mehr Zu- als Fortgezogenen wurde durch ein Geburtendefizit von 1900 mehr Gestorbenen als Geborenen vergleichsweise gering geschmälert.

7) Beispielsweise schätzt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem aktuellen Gutachten, dass das Umsatzsteuereinkommen im Bund gegenüber dem Vorjahr auf Grund des zunehmenden privaten Konsums, durch die Preissteigerungen bei Kraftstoffen und durch die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform um 3,3 % zunehmen wird. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Chancen auf einen höheren Wachstumspfad, Jahresgutachten 2000/01, Wiesbaden 2000, S. 102.

Bevölkerungsbilanz 1999 und 2000

Art der Angabe	Bevölkerung			
	1. Halbjahr 1999	1999	1. Halbjahr 2000	2000 (geschätzt)
Bevölkerung				
am Jahresanfang	6 035 137	6 035 137	6 051 966	6 051 966
Eheschließungen	12 839	32 621	14 350	34 100
Lebend Geborene	27 998	58 996	27 622	58 600
Gestorbene	31 295	61 054	30 730	60 500
Gestorbenenüberschuss (-)	- 3 297	- 2 058	- 3 108	- 1 900
Zugezogene	77 822	169 973	77 017	169 200
davon				
alte Bundesländer ¹⁾	35 264	79 458	36 054	80 300
neue Bundesländer	6 096	14 616	6 461	15 000
Ausland ²⁾	36 462	75 899	34 502	73 900
Fortgezogene	66 755	151 086	68 977	153 300
davon				
alte Bundesländer ¹⁾	33 299	75 520	34 527	76 700
neue Bundesländer	3 761	8 788	3 328	8 400
Ausland ²⁾	29 695	66 778	31 122	68 200
Wanderungsgewinn	11 067	18 887	8 040	15 900
Bevölkerung am 30. Juni				
bzw. am Jahresende	6 042 907	6 051 966	6 056 898	6 066 000
Bevölkerungszunahme	7 770	16 829	4 932	14 000

1) Ab 2000 einschl. Berlin-Ost. — 2) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

Die **Wanderungsbewegung** lag 2000 mit gut 169 000 Zugezogenen nur ganz leicht unter der Zahl des Jahres 1999. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Fortgezogenen mit 153 000 Personen etwas deutlicher, so dass der Wanderungsgewinn Hessens mit 15 900 Menschen um 3000 niedriger ausfiel als 1999. Bei den Zuzügen verminderte sich die Zahl der aus dem Ausland nach Hessen Eingewanderten von 75 900 auf 73 900. Dagegen erhöhten sich die Zuzüge aus dem Bundesgebiet nach Hessen um gut 1200 auf 95 300 Personen. Dabei dürften aus den alten Bundesländern 80 300, aus den neuen Ländern 15 000 Personen nach Hessen gekommen sein; das waren jeweils mehr als im Jahr zuvor. Die Wegzüge aus Hessen ins Ausland stiegen im zurückliegenden Jahr von 66 800 auf 68 200 Personen und damit deutlicher als die Abwanderung in die alten Bundesländer. Diese nahm von 75 500 auf 76 700 Personen zu. Vermindert hat sich dagegen die Zahl der Fortzüge in die neuen Bundesländer, und zwar um 400 auf 8400 Personen. Per saldo ergab dies in Hessen einen Zuwachs aus den anderen Bundesländern um 10 200, aus dem Ausland um etwa 5700 Personen.

Mit 58 600 **lebend Geborenen** dürfte 2000 die Zahl des vorangegangenen Jahres knapp, um 1 %, unterschritten worden sein. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf den „Struktureffekt“ zurückzuführen, da die Zahl der Frauen im „reproduktiven“ Alter von Jahr zu Jahr sinkt. Nach den Ergebnissen der neunten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die für die weitere Entwicklung von konstanten Geburtenziffern Ende der Neunzigerjahre des vorigen Jahrhunderts ausgeht, liegt der prognostizierte Wert für das Jahr 2000 mit 55 600 lebend Geborenen um 3000 unter der sich

aus der Entwicklung im ersten Halbjahr 2000 abzeichnenden Zahl. Bei völlig unverändertem generativem Verhalten hätten demnach deutlich weniger Neugeborene das Licht der Welt erblickt.

Die Zahl der **Gestorbenen** dürfte im abgelaufenen Jahr mit 60 500 Todesfällen erneut leicht unter dem Vorjahreswert zu liegen kommen. Da die Zahl älterer und alter Menschen weiter wächst, ist bei gleich bleibenden Sterblichkeitsverhältnissen mit einem Anstieg der Gestorbenenanzahl zu rechnen. Da dies nicht der Fall war, bestätigt das neueste Ergebnis wiederum den langjährigen Trend einer Erhöhung der Lebenserwartung. Allerdings überrascht das Ausmaß der Verbesserung. Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung wären etwa 2400 mehr Sterbefälle zu erwarten gewesen. Dabei liegt der Prognose bereits eine leicht steigende Lebenserwartung zu Grunde.

Trend zu kleinen Haushalten hält weiter an

Im Mai 2000 gab es in Hessen 2,8 Mill. Privathaushalte, in denen 6,1 Mill. Personen lebten. 35 % der Haushalte bestan-

den aus einer Person, 34 % aus zwei Personen, 15 % aus drei, 12 % aus vier und 4 % aus fünf oder mehr Personen.

Der Trend zu kleinen Haushalten hat sich auch im vergangenen Jahr weiter fortgesetzt. Während die Gesamtzahl der Haushalte gegenüber 1999 nur um gut 1 % zunahm, stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte um gut 3 %. Damit be-

Mehrpersonenhaushalte mit oder ohne Kinder(n) unter 18 Jahren im Mai 2000

Haushaltstyp	Haushalte		Zu- bzw. Abn. (-) 2000 geg. 1999
	1000	%	
Mehrpersonenhaushalte insgesamt	1 813	100	0,2
davon			
ohne Kinder	1 130	62,3	- 0,6
mit Kindern	683	37,7	1,6
davon mit			
1 Kind	342	50,1	2,0
2 Kindern	258	37,8	0,3
3 Kindern	63	9,2	3,3
4 oder mehr Kindern	20	2,9	5,2

Privathaushalte im Mai 2000 nach Haushaltstypen

Haushaltstyp	Haushalte		Zu- bzw. Abn. (-) 2000 geg. 1999	Personen in Privathaushalten	
	1000	%		1000	%
Haushalte insgesamt	2 799	100	1,3	6 103	100
davon					
Einpersonenhaushalte	986	35,2	3,5	986	16,2
Mehrpersonenhaushalte	1 813	64,8	0,2	5 117	83,8
davon mit					
2 Personen	948	33,9	0,3	1 896	31,1
3 Personen	408	14,6	- 0,2	1 225	20,1
4 Personen	334	11,9	0,6	1 336	21,9
5 oder mehr Personen	123	4,4	- 0,8	660	10,8

standen 35 % aller Haushalte aus nur einer Person, in denen 16 % aller hessischen Einwohner lebten. Demgegenüber ging die Zahl der Haushalte mit fünf oder mehr Personen um 1 % zurück.

Der Anteil der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren ist — infolge der geburtenstärkeren Jahrgänge in den Neunzigerjahren im Vergleich zu den Achtzigerjahren — um einen halben Prozentpunkt gegenüber 1999 gestiegen, und zwar auf fast 38 %. Hierbei war die Zunahme bei den Familien mit drei Kindern (+ 3,3 %) und mit vier oder mehr Kindern (+ 5,2 %) deutlich stärker als bei den Haushalten mit einem Kind (+ 2,0 %). Die Zahl der Zwei-Kinder-Familien blieb so gut wie konstant. □

Kommunal Finanzen — auf dem Weg aus der Schuldenfalle?

Nach einer kurzen Betrachtung der schuldenstatistischen Terminologie referiert dieser Beitrag die Entwicklung der kommunalen Verschuldung in den Neunzigerjahren. Ihr stärkstes Kennzeichen, der Anstieg der Verschuldung der Gebietskörperschaften bis zur Mitte des Dezenniums, hat große öffentliche Besorgnis ausgelöst. Folgte dieser Besorgnis auch die Umkehr zu einer Konsolidierungspolitik? Befinden sich die hessischen Gemeinden auf dem Weg aus der Schuldenfalle? Aufbauend auf dem empirischen Befund zu den etatmäßigen Schuldenständen der Kommunen wird untersucht, ob sich aus dem finanzstatistischen Datenmaterial Antworten allgemeiner Art auf diese und weitere damit zusammenhängende Fragen geben lassen. Dabei zeigt sich, dass pauschalisierende Aussagen zur Evaluation der gemeindlichen Kreditpolitik kaum möglich sind. Anhand einer Definition der kommunalen „Schuldenfalle“ — als Verlust an gemeindlicher Investitionsfreiheit — lässt der statistische Befund und seine nähere Erschließung über Kennziffern eine Zunahme der Gemeinden erkennen, für die eine „Fallen“-Situation angenommen werden kann. Es wird aber auch eine hohe Abhängigkeit des investiven Handlungsrahmens der Gemeinden von ihren Steuereinnahmen sichtbar und damit prognostizierbar, dass, ohne Verstärkung der Steuereinnahmen auf hohem Niveau, eine weiter wachsende Zahl von Gemeinden ihre investiven Spielräume verlieren wird.

Statistische Grundlage und Begrifflichkeiten

Auf Grund des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz — FPStatG) sind jährlich, jeweils zum 31. Dezember eines Jahres, die Schuldenstände der Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der so genannten Schuldenstatistik zu erheben¹⁾.

In der amtlichen Finanzstatistik wird als **Schuldenstand** einer Gebietskörperschaft die Summe der Schulden bezeichnet, für die sie Schuldner ist, unabhängig davon, wer den Schuldendienst trägt. Zu den Schulden gehören auch die Schulden des allgemeinen Kapital- und Grundvermögens, die Schulden für die in der Haushaltsrechnung erfassten Unternehmen sowie die Schulden der den Körperschaften unterstehenden rechtlich unselbstständigen Stiftungen und Sondervermögen.

Durch die finanzstatistische Schulddefinition sind dagegen **nicht** die Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen sowie der Krankenanstalten der kommunalen Körperschaften abgedeckt. Im Weiteren gehören nach der amtlichen Definition nicht zu den Schulden der kommunalen Körperschaften

- Gelder, die von Dritten hinterlegt sind (z. B. Kautionen),
- an Dritte (z. B. für Wohnungsbau) ausgezahlte Beträge, für die keine Verpflichtungen (Zinsen und Tilgungen) entstanden sind,
- Kassenreste, Steuerablieferungsrückstände, Kontokorrentkredite, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und ähnliche Verpflichtungen,

1) Der Schuldenstände sind dabei in der Statistik gemäß dem hier zentralen § 5 (Statistik über die Schulden und Bürgschaften) des FPStatG differenziert nach Schuldarten und Fälligkeit der Schulden am Kreditmarkt zu erfassen. Darüber hinaus sind im Rahmen der Schuldenstatistik die Berichtigungen des Schuldenstandes, die Summe der Bürgschaften, die Schuldenaufnahmen im Laufe des Jahres nach Laufzeiten und Schuldarten, die Schuldentilgung im Laufe des Jahres nach Schuldarten sowie die sonstigen Zu- und Abgänge im Laufe des Jahres nach Schuldarten zu erfassen.

- kreditähnliche Rechtsgeschäfte (z. B. beim Erwerb bereits belasteter Grundstücke übernommene Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Leasingverträge u. ä.).

Übersicht 1

Grundlegende rechtliche Bestimmungen zur kommunalen Kreditaufnahme in Hessen

Hessische Gemeindeordnung (HGO)

Sechster Teil: Gemeindegewirtschaft

§ 93 Grundsätze der Einnahmebeschaffung

....

- (3) Die Gemeinde darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzumutbar wäre.

....

§ 103 Kredite

- (1) Kredite dürfen unbeschadet des § 93 Abs. 3 nur im Vermögenshaushalt und nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung aufgenommen werden.
- (2) Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde (Gesamtgenehmigung). ... Die Genehmigung ist in der Regel zu versagen, wenn festgestellt wird, dass die Kreditverpflichtungen nicht mit der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Einklang stehen. ...

II. Hessische Landkreisordnung (HKO)

§ 52 Wirtschaftsführung

Für die Wirtschaftsführung des Landkreises gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung und der dazu erlassenen Übergangs- und Durchführungsbestimmungen mit Ausnahme des § 93 Abs. 2 Nr. 2 und der §§ 119 und 129 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend. ...

Die Schuldenstatistik trägt damit den grundlegenden Unterschieden der kommunalen und der privatwirtschaftlichen Verschuldung Rechnung: Das kommunale Haushaltsrecht kennt, von dem Bereich der so genannten kostendeckenden Einrichtungen einmal abgesehen, nicht die in der Privatwirtschaft gebräuchliche Differenzierung zwischen Eigen- und Fremdkapital. So bleiben bei der kommunalen Kreditfinanzierung die wesentlichen Gesichtspunkte des privaten Kreditgeschäfts — Bonität des Kreditnehmers, Seriosität der mit der Finanzierung beabsichtigten Maßnahme — außer Betracht. Dies ist sinnvoll, da zum einen bei einer Kommune das Konkursrisiko rechtlich ausgeschlossen ist, zum anderen aber die demokratisch legitimierten, exekutiven Maßnahmen durch keine postponierte „vierte Gewalt“ der Ökonomie behindert werden sollen.

Auch muss ein Privatunternehmen die Kosten einer Fremdfinanzierung durch entsprechende Erträge erwirtschaften. Dagegen wird der Schuldendienst einer Kommune, ohne unmittelbaren Bezug zu der Finanzierungsmaßnahme, aus ihren laufenden Einnahmen bestritten. Ein Zusammenhang zwischen Verschuldung und Wirtschaftlichkeit besteht für eine Kommune bestenfalls mittelbar. Weder rechtlich noch inhaltlich ist die Refinanzierung einer Investition eine Vorbedingung für die kommunale Kreditaufnahme.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied der kommunalen Kreditaufnahme zur privaten Verschuldung erwächst aus ihrer Investitionsbindung: die kommunalen Gebietskörperschaften dürfen Kredite nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und für Umschuldungen aufnehmen (siehe Übersicht 1, § 103 (1) HGO).

Die formal stringente Bindung der Kreditaufnahme an das Investitionsvolumen begründet auch die Unterschiedlichkeit der kommunalen zu der staatlichen Verschuldung. Das staatliche Haushaltsrecht weist gegenüber dem kommunalen die in der Praxis weit ausgelegte gesamtwirtschaftliche Ausnahmeregelung des Art. 115 Abs. 1 Satz 2 GG²⁾ für den Bund und die noch nachgiebigere Kautel des Art. 114 der Verfassung des Landes Hessen³⁾ auf.

Das kommunale Haushaltsrecht Hessens definiert im Übrigen keine allgemein verbindliche Limitierung für die Verschuldung einer Gemeinde. Ob und inwieweit eine Kommune sich verschulden kann, richtet sich gemäß Art. 103, Abs. 2 HGO danach, ob die Lasten der Verschuldung in Einklang mit der dau-

2) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 115, Absatz 1: „... Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts...“

3) Verfassung des Landes Hessen, Artikel 141: „Im Wege des Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden. Eine solche Beschaffung sowie die Übernahme einer Sicherheitsleistung zu Lasten des Staates dürfen nur durch förmliches Gesetz erfolgen.“

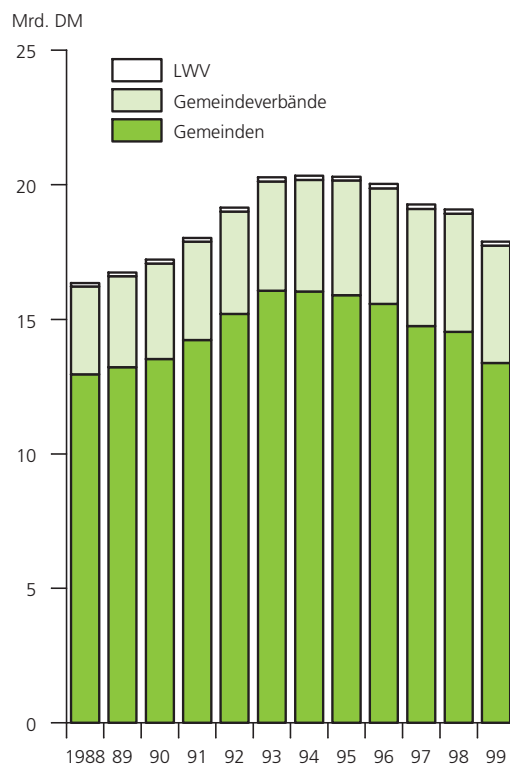
4) Vgl. Amerkamp, Kurt; Hessisches Gemeindefinanzrecht, 1. Aufl., Mainz 1999, Kommentar zur Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), S. 9.

5) Vgl. Schwarting, Dr. Gunnar; Kommunales Kreditwesen; 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin, 2000, S. 22.

erhaften Leistungsfähigkeit der Kommunen stehen⁴⁾, d. h. ob die Kommune in der Lage ist, die aus der Finanzierung über Kredite resultierenden finanziellen Verpflichtungen voll zu tragen. In der finanzwissenschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Literatur wird daher als Kennzeichen der kommunalen Kreditaufnahme auch deren einzelwirtschaftlicher Bezug genannt, da sich vergleichbare Bindungen an hauswirtschaftliche Voraussetzungen für die staatliche Kreditaufnahme im globalen, gesamtwirtschaftlich orientierten staatlichen Haushaltsrecht nicht finden⁵⁾.

Zu den hier im Weiteren verwendeten Begrifflichkeiten ist noch anzumerken, dass mit „*Schulden/Verschuldung der Kommunalebene*“ oder „*kommunale Schulden/Verschuldung*“ jeweils die zusammengefassten Schulden von Gemeinden — kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten —, Landkreisen (Gemeindeverbände) und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen bezeichnet werden. Die „*Schulden der Gemeinden*“ oder „*gemeindliche Schulden/Verschuldung*“, die zentraler Gegenstand dieser Betrachtung sind, umfassen dagegen nur die Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und der kreisfreien Städte und zwar — dies sei nochmals ausdrücklich betont —, nur die etatmäßigen Schulden, *ohne Berücksichtigung der Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe*.

1. Verschuldung der Gemeinden, Gemeindeverbände und des Landeswohlfahrtsverbands in Hessen 1992 bis 1999 (jeweils am Jahresende)



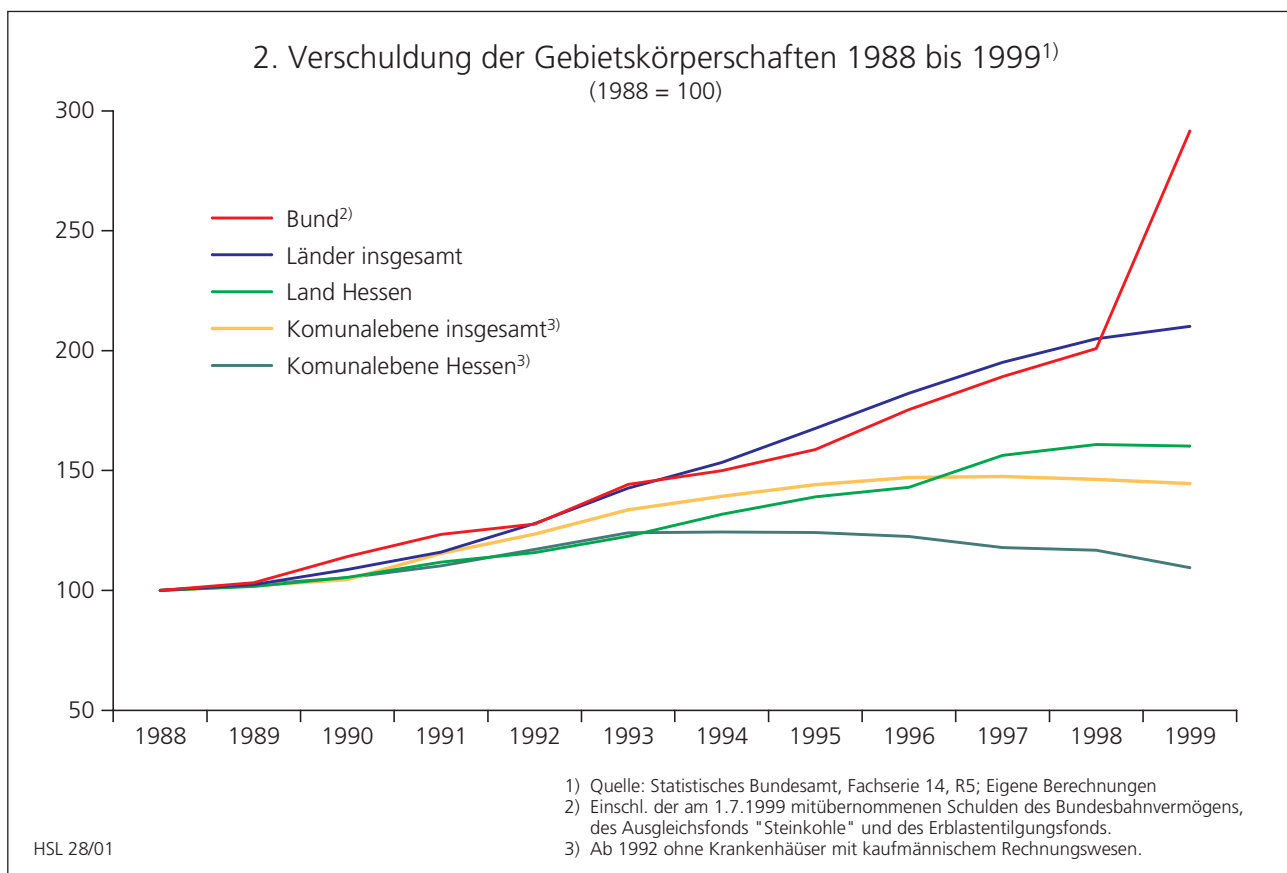
HSL 27/01

Kommunale Verschuldung

Schaubild 1 zeigt die Entwicklung der kommunalen Verschuldung in Hessen in den Jahren 1988 bis 1999. Das Aggregat der Schulden der hessischen Kommunalebene stieg 1993 erstmals auf mehr als 20 Mrd. DM an, um dann 1994 mit über 20,3 Mrd. DM den bisherigen Höhepunkt der kommunalen Verschuldung zu erreichen. Die Verschuldung der hessischen Gemeinden hatte allerdings bereits ein Jahr zuvor ihren Zenit bei 16,1 Mrd. DM erreicht und war in den weiteren Jahren des Beobachtungszeitraums rückläufig, während die Verschuldung der Gemeindeverbände noch bis zum Jahr 1998 Zuwächse aufwies. Infolge dieser Entwicklung stieg der Anteil der Gemeindeverbände an der Gesamtverschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften von einem

gen Bedeutung und um die Darstellung nicht zu überfrachten, im Rahmen der weiteren, auf die Analyse der Entwicklung der *Verschuldung der Gemeinden* konzentrierten Untersuchung außer Betracht.

Ohne dies im Einzelnen mit Daten zu belegen, ist zu dem mit Schaubild 1 wiedergegebenen globalen Verlauf der kommunalen Verschuldung in Hessen anzumerken, dass sich die Kommunalebene Hessens mit dieser Entwicklung — zumindest bis Mitte der Neunzigerjahre — nicht nur im gleichen Fahrwasser mit praktisch allen anderen Bundesländern bewegte, sondern sich auch darüber hinaus in unguter Gesellschaft befand, denn die staatlichen Schulden von Bund und Ländern nahmen in diesem Zeitraum ebenfalls deutlich zu (Schaubild 2).



Fünftel zu Anfang der Neunzigerjahre auf ein Viertel im Jahr 1999.

Die Schulden des Landeswohlfahrtsverbandes, die den Landkreisen und kreisfreien Städten zuzurechnen sind, nahmen im Beobachtungszeitraum maximale Anteile an der Kommunalverschuldung von gut 0,8 % ein. Im Jahr 1996 erreichten die haushaltmäßigen Schulden des Landeswohlfahrtsverbandes mit 167 Mill. DM einen Höhepunkt. 1999 waren sie mit knapp 147 Mill. DM auf einen niedrigeren Stand als am Ende des Jahres 1993 zurückgeführt. Die Verschuldung des Landeswohlfahrtsverbandes bleibt, wegen ihrer relativ gerin-

Verschuldung der Gemeinden

Die Gesamtsumme der etatmäßigen Schulden der hessischen Gemeinden belief sich Ende des Jahres 1999 nur noch auf 13,4 Mrd. DM. Dies war der niedrigste Stand seit 1989. Die Schuldensumme lag um 2,7 Mrd. DM (– 17 %) unter der Rekordverschuldung von 1993. In Hinblick auf die Themenstellung „Auf dem Weg aus der Schuldenfalle“ lassen die globalen Zahlen Positives erwarten. Doch wo sind bestimmende Momente für den aktuellen Rückgang der kommunalen Verschuldung auszumachen? Diese Fragestellung umfasst *strukturelle, finanzwirtschaftliche und regionale*

Ansatzpunkte für die Analyse, die — gestützt auf die Daten des Hessischen Planungs- und Analysesystems (HEPAS-Fachdatei HSL) — für die Jahre 1992 bis 1999 durchgeführt werden kann⁶⁾.

Unter strukturellen Gesichtspunkten sind insbesondere die Abhängigkeiten der Verschuldung einer Gemeinde von ihrer Größe, ihren (funktionalen) Aufgaben und von ihren wirtschaftlichen Besonderheiten (Gewerbeausstattung, Standort von Hochschulen, Militäreinrichtungen etc.) von vordergründigem Interesse. Während die kommunalen Funktionen auf Grund der Regelungen der Gemeindeverfassung unmittelbar an die Gemeindegröße anknüpfen (§§ 4a und 146a HGO — Sonderstatusstädte, kreisfreie Städte), wirken sich die wirtschaftsstrukturellen Besonderheiten unmittelbar auf die gemeindlichen (Gewerbesteuer-)Einnahmen aus. Die finanzwirtschaftlichen Größen können somit auch als Indikatoren der Wirtschaftsstruktur angesehen werden, sodass für die ökonomischen Strukturunterschiede hier auf eine gesonderte Betrachtung verzichtet werden kann. Hinsichtlich der strukturellen Aspekte kann daher die Untersuchung auf den Zusammenhang zwischen Verschuldung und Größe der Gemeinden beschränkt werden.

Bei den finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten stehen auf Grund der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen die Einnahmen der Gemeinden und ihre investiven Ausgaben mit Blick auf die gemeindliche Kreditpolitik im Vordergrund des Interesses.

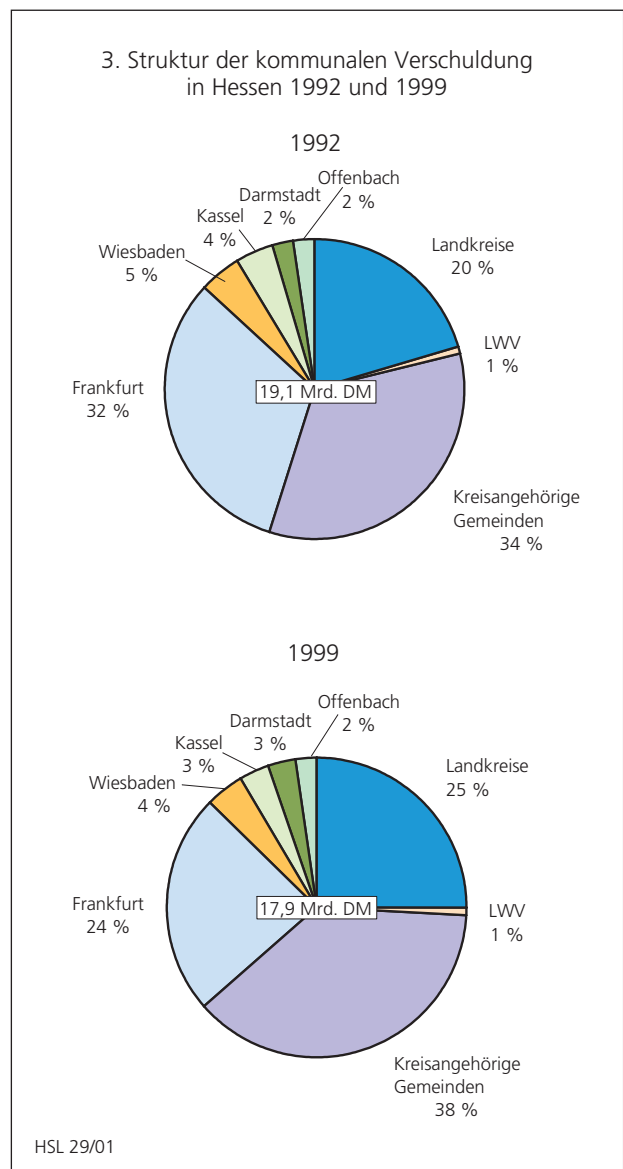
Eine Analyse der Auswirkungen der regionalen Lage — Zentralität, Konglomeration, Topographie, Verkehrsinfrastruktur — auf die gemeindliche Verschuldung soll hier nicht geleistet werden. Zwei kartografische Darstellungen — der Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Gemeinden (Karte 1) und ihrer Veränderungen 1999 gegenüber 1992 (Karte 2) — vermitteln aber einen Eindruck von der regionalen Verteilung der gemeindlichen Verschuldung, die Ansatzpunkte für weitergehende Überlegungen bieten kann.

Gemeindegröße und Verschuldung

Die großen, kreisfreien Städte Hessens wiesen zum Ende des Jahres 1999 für ihre Kernhaushalte einen Schuldenstand von zusammen 6,6 Mrd. DM auf. Seit 1993, als ihre zusammengefassten Verbindlichkeiten noch 9,4 Mrd. DM ausmachten, entschuldeten sich die kreisfreien Städte damit in ihren Haushalten um nahezu 3 Mrd. DM. Mit Ausnahme der Stadt Darmstadt haben alle kreisfreien Städte zu diesem Ergebnis positiv beigetragen, wobei allein Frankfurt am Main seine etatmäßigen Schulden um 2,4 Mrd. DM auf 4,3 Mrd. DM reduzierte. Bereits hier wird deutlich, welche Bedeutung der Entwicklung in der Stadt Frankfurt am Main in Hinblick auf

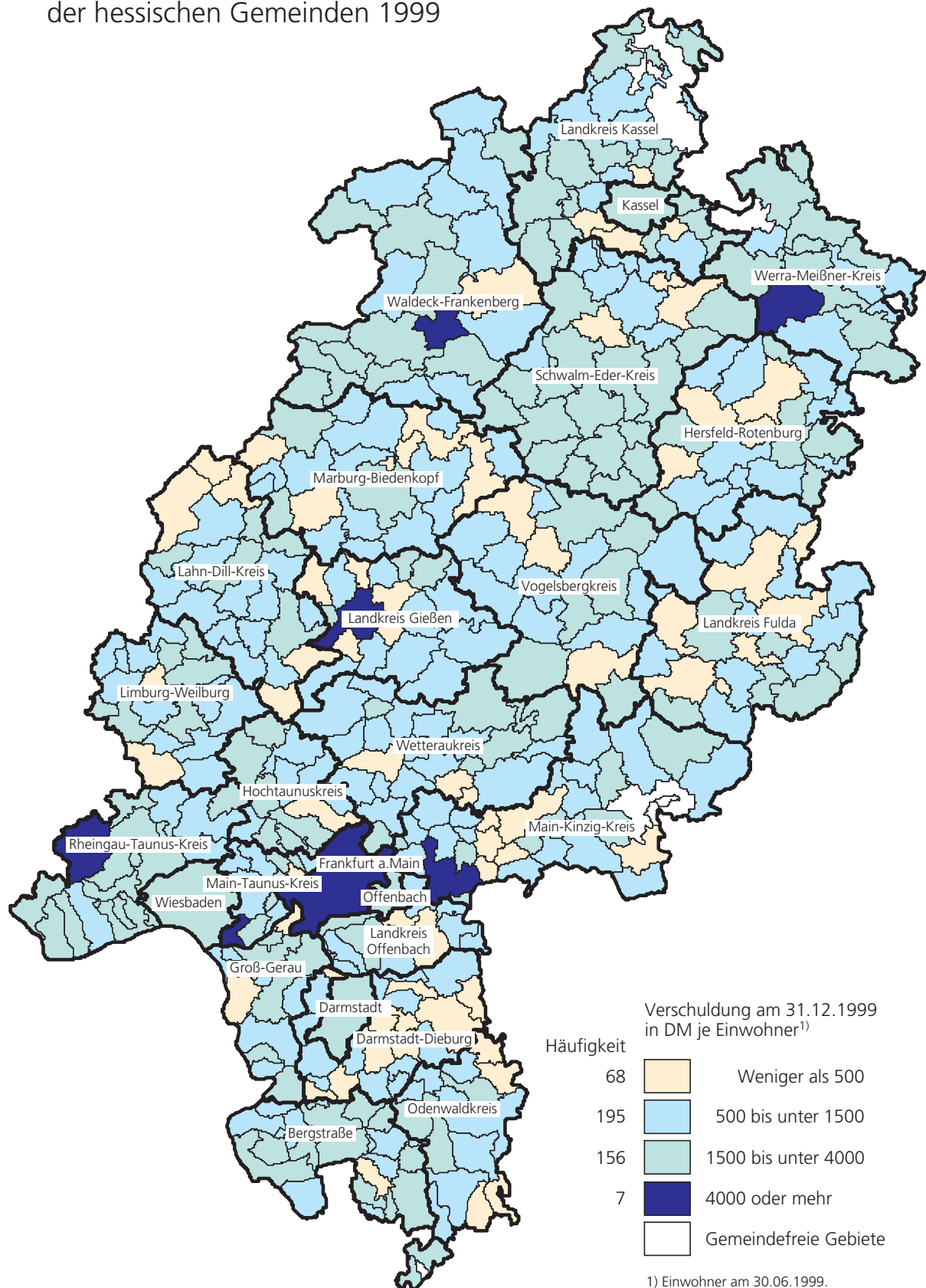
die Gesamtaggregate der Verschuldung der Gemeinden und der Kommunalebene in Hessen zukommt. Im Spitzenjahr 1993 nahm die hessische Metropole einen Anteil von 42 % an der Verschuldung der Gemeinden und von einem Drittel an der kommunalen Verschuldung insgesamt ein. Ende 1999 tragen die Frankfurter Verbindlichkeiten noch zu einem Drittel zum Gesamtschuldenstand der hessischen Gemeinden und zu einem Viertel zum Gesamtschuldenstand auf der Kommunalebene bei (Schaubild 3).

Den fünf kreisfreien Städten zusammen waren 1992 mit ihren Schulden in Höhe von 9,4 Mrd. DM 59 % der gemeindlichen und 46 % der kommunalen Schulden anzulasten, 1999 — bei mit 6,6 Mrd. DM 2,8 Mrd. DM weniger Schulden (– 30 %) — nur knapp die Hälfte der gemeindlichen und 37 % der kommunalen Schulden. Ist nun der Rückgang der gemeindlichen Verschuldung — wie dies der erste Augenschein nahe legt — gänzlich auf die Veränderungen bei den größten hessischen, den kreisfreien Städten zurückzuführen?

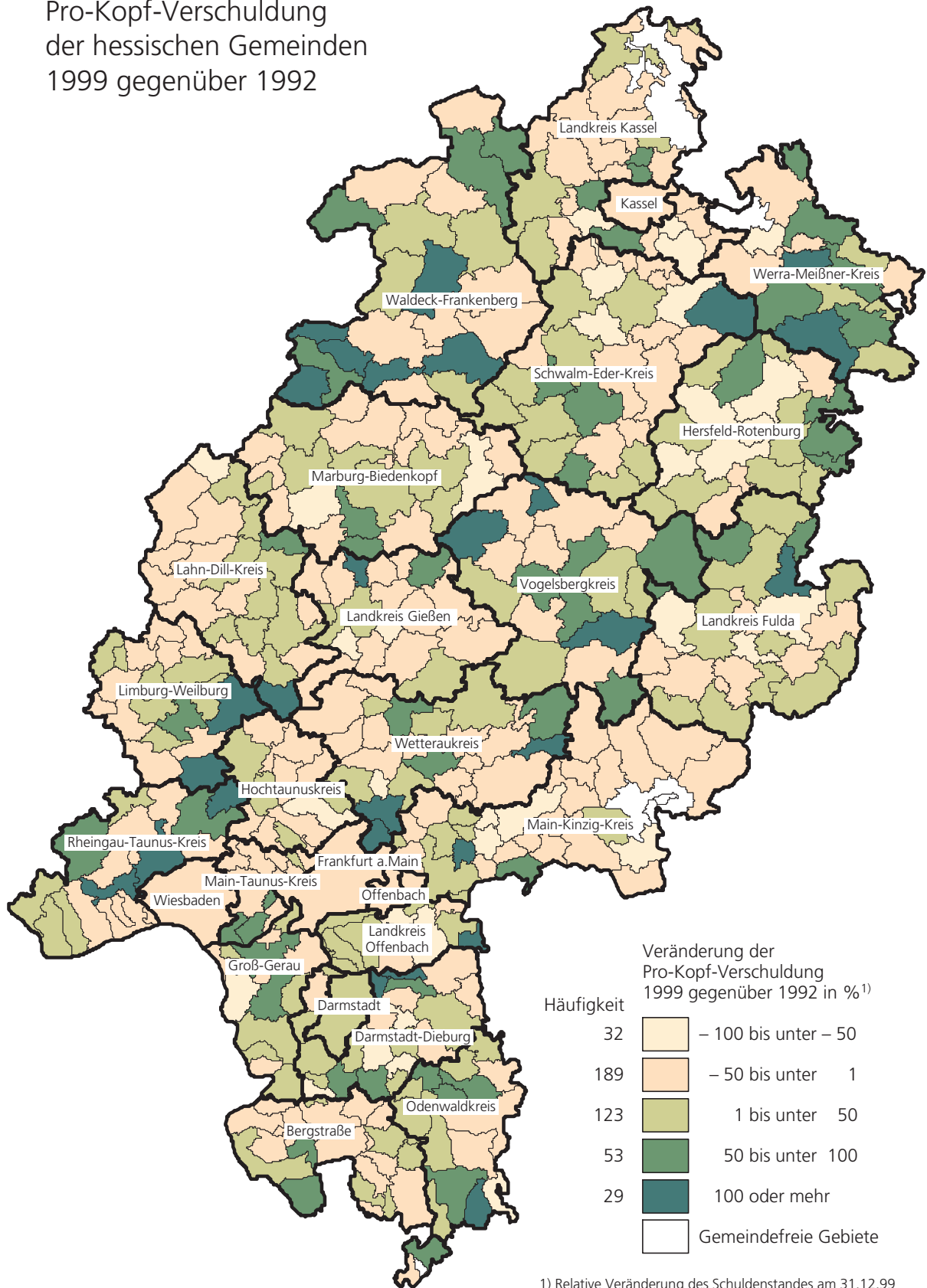


6) Daten der Vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik (Kassenergebnisse) sind ab dem Jahr 1992 umfassend, mit vollständiger Gruppierung in der HEPAS-Fachdatei HSL abgebildet.

1. Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Gemeinden 1999

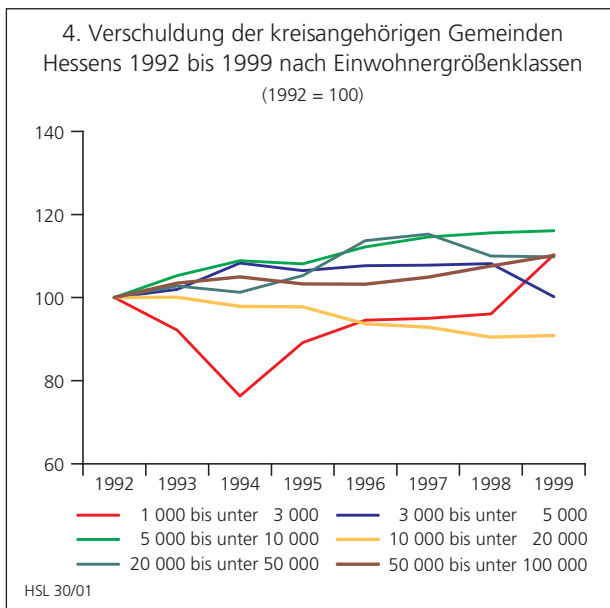


2. Veränderung der Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Gemeinden 1999 gegenüber 1992



1) Relative Veränderung des Schuldenstandes am 31.12.99 je Einwohner am 30.06.99 gegenüber dem Schuldenstand am 31.12.92 je Einwohner am 30.06.92.

Tatsächlich hat sich der Schuldenstand der kreisangehörigen Gemeinden Hessens im Beobachtungszeitraum noch erhöht. Er stieg gegenüber dem Ausgangsjahr 1992 um rund 300 Mill. DM oder 4,4 % auf 6,8 Mrd. DM zum Ende des Jahres 1999 an. Selbst gegenüber dem Rekordjahr der gemeindlichen Verschuldung, also gegenüber 1993, sind die Schulden der kreisangehörigen Gemeinden bis Ende 1999 noch um rund 150 Mill. DM (+ 2,2 %) angewachsen, sodass am Ende des Untersuchungszeitraums ihre Schuldensumme erstmals wieder größer war als die der kreisfreien Städte.



Die Menge der kreisangehörigen Gemeinden erweist sich in Hinblick auf die Zunahme der Verschuldung allerdings keineswegs als homogen (Schaubild 4). [Zu diesem Schaubild ist der Vollständigkeit wegen anzumerken, dass Hessens einzige Gemeinde mit weniger als 1000 Einwohnern — die Gemeinde Hesseneck im Odenwaldkreis — ihre Schulden von 1992 bis 1999 um 269 000 DM auf 4000 DM reduziert hat.] Das Schaubild darf jedoch nicht vorschnell interpretiert werden, denn in dem hier gewählten Beobachtungszeitraum sind Veränderungen in der Größenstruktur der Gemeinden eingetreten, die bei ihrer Deutung natürlich zu berücksichtigen sind. Unverändert blieben nämlich in ihrer Besetzung nur die unterste Größenklasse (weniger als 1000 Einwohner) und die obersten Größenklassen der Gemeinden ab 50 000 Einwohner.

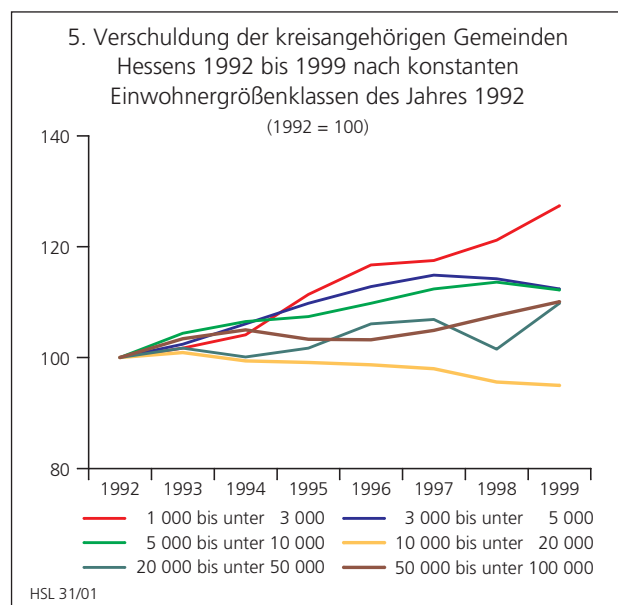
Die Wirtschaftstheorie bietet, um die Analyse von störenden Einflüssen und Faktoren — wie beispielsweise der durch Veränderungen in den Besetzungszahlen der Größenklassen hervorgerufene Strukturbrüche — freizuhalten, die Einführung einer Annahme *ceteris paribus*⁷⁾ an, d. h. einer Fixierung der Bedingungen der gegebenen Untersuchungssituation. Wir treffen die *ceteris-paribus*-Annahme, dass sich die Einwohnerzahlen und damit die Einwoh-

7) *Ceteris paribus* [lat.]: unter (sonst) gleichen Umständen/Bedingungen.

nergrößenklassen der Gemeinden von Beginn bis zum Ende des Untersuchungszeitraums nicht geändert haben. Eine Annahme die, angesichts eines festen Bestands an Gemeinden und nur leichter Änderungen der Einwohnerzahlen, durchaus vertretbar ist und methodisch keine neuen Probleme aufwirft.

Bei konstanter Zuordnung der Gemeinden zu den Einwohnergrößenklassen des Jahres 1992 für alle Jahre des Beobachtungszeitraums ergibt sich nunmehr folgendes Bild der Entwicklung der Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden (Schaubild 5): Im Größenbereich zwischen 10 000 und 20 000 Einwohnern konnte die Summe der Verbindlichkeiten reduziert werden, im Bereich der Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern wurde das Verschuldungsniveau weitgehend gehalten, wohingegen in den Größenklassen von 1000 bis unter 10 000 Einwohnern und 50 000 bis unter 100 000 die Verschuldung erheblich zunahm. Auch bei Ausschluss der Änderungen in der Größenklassenstruktur nach Einwohnern lassen sich somit keine allgemeinen Aussagen über die Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden treffen.

Doch auch innerhalb der einzelnen Größenklassen waren die Entwicklungen keineswegs einheitlich. So standen, wie Tabelle 1 (nach konstanten Einwohnergrößenklassen) entnommen werden kann, Ende 1999 lediglich bei 66 (58 %) der 114 Gemeinden der Größenklasse mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern niedrigere Schuldenstände als Ende 1992 zu Buche. Interessanterweise sind die Anteile der kreisangehörigen Gemeinden, die ihre Schuldenstände reduzierten, in Richtung der Ränder der Größenklassengliederung abnehmend. So haben in den Größenklassen von 5000 bis unter 10 000 Einwohnern bzw. von 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern immerhin noch 44 bzw. 46 % der Gemeinden ihre Schulden reduziert, wohingegen bei den Gemeinden



1. Verschuldung der hessischen Gemeinden und ihre Veränderungen 1992 und 1999¹⁾ nach Einwohnergrößenklassen

Einwohnergrößenklasse	Gemeinden	Gemeinden 1999 mit Schuldenzu- bzw. -abnahme gegenüber 1992		Schuldenstand jeweils am 31.12. (in 1000 DM)		Veränderung des Schuldenstands 1999 gegenüber 1992		Maximale Veränderung im Schuldenstand von Gemeinden 1999 gegenüber 1992 in %	
		1992	Zunahme	Abnahme	1992	1999	1000 DM	%	Zunahme
unter 1 000	1	—	1	273	4	- 269	- 98,5	—	- 98,5
1 000 bis unter 3 000	32	23	9	93 764	119 460	25 696	27,4	397,1	- 38,4
3 000 bis unter 5 000	84	51	33	429 497	482 924	53 427	12,4	627,1	- 100
5 000 bis unter 10 000	144	80	64	1 215 324	1 363 827	148 503	12,2	619,7	- 100
10 000 bis unter 20 000	114	48	66	1 981 827	1 882 611	- 99 216	- 5,0	196,2	- 100
20 000 bis unter 50 000	39	21	18	1 493 119	1 537 075	43 956	2,9	369,0	- 79,8
50 000 bis unter 100 000	7	6	1	1 286 982	1 416 602	129 620	10,1	63,0	- 69,5
100 000 bis unter 200 000	3	1	2	1 671 194	1 530 333	- 140 861	- 8,4	25,2	- 26,9
200 000 oder mehr	2	—	2	7 034 113	5 043 501	- 1 990 612	- 28,3	—	- 30,4
Insgesamt	426	230	196	15 206 093	13 376 337	- 1 829 756	- 12,0	—	—

1) Unter Zugrundelegung der Größenklassenstruktur des Jahres 1992.

mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern nur eine der sieben Gemeinden (14 %), bei den Gemeinden mit 1000 bis unter 3000 Einwohnern 9 von 32 Gemeinden (28 %) Ende 1999 niedrigere Schulden als am Ende des Jahres 1992 ausweisen.

Die Betrachtung der extremen Veränderungen in den Größenklassen zeigt darüber hinaus sehr hohe relative Zuwächse und Abnahmen bei den Gemeinden mit 3000 bis unter 10000 Einwohnern. Hier haben sich Gemeinden einerseits völlig entschuldet, andererseits weisen hier Gemeinden am aktuellen Rand des Betrachtungszeitraums bis zum Siebenfachen des Schuldenstandes des Jahres 1992 auf.

Obwohl auf Grund der Aufgabenstellung der Gemeinden und der formalen Investitionsgebundenheit der Kreditaufnahme ein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl einer Gemeinde und der Höhe ihrer Verschuldung anzunehmen ist⁸⁾, erweist sich der Ansatz, die Gemeinden in der Gruppierung nach Einwohnergrößenklassen zu betrachten, als wenig ergiebig. Zum einen ist es der Mangel an Homogenität in den Entwicklungen der Verschuldung der Gemeinden innerhalb der Größenklassen, zum anderen sind es die kräftigen relativen Veränderungen in den Schuldenaggregaten der Einwohnergrößenklassen, die die Darstellung nach Einwohnergrößenklassen in Hinblick auf ihre Aussagekraft nicht günstig erscheinen lassen.

Verschuldung je Einwohner

Dem inneren Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und absoluter Höhe der Verschuldung einer Gemeinde wird für vergleichende Untersuchungen gerne durch die Relativierung der Verschuldungsgrößen über die Einwohnerzahlen,

2. Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Gemeinden 1992 und 1999¹⁾ nach Einwohnergrößenklassen

Einwohnergrößenklasse	Gemeinden	1992				1999 ¹⁾			
		Minimum	Maximum	Mittelwert	s ²⁾	Minimum	Maximum	Mittelwert	s ²⁾
		DM							
unter 1 000	1	347	347	347	0	5	5	5	0
1 000 bis unter 3 000	32	93	4 034	1 234	841	185	3 811	1 550	699
3 000 bis unter 5 000	84	176	5 027	1 313	850	0	4 286	1 442	908
5 000 bis unter 10 000	144	85	3 525	1 232	728	0	6 147	1 331	950
10 000 bis unter 20 000	114	57	3 383	1 285	719	0	4 344	1 168	773
20 000 bis unter 50 000	39	316	2 719	1 324	639	114	2 871	1 343	606
50 000 bis unter 100 000	7	1 026	5 931	2 538	1 541	385	6 016	2 767	1 719
100 000 bis unter 200 000	3	3 059	4 003	3 635	413	2 943	3 916	3 468	401
200 000 und mehr	2	3 277	9 327	6 302	3 025	2 799	6 658	4 729	1 930
Insgesamt	165	57	9 327	1 331	904	0	6 658	1 378	957

1) Unter Zugrundelegung der Einwohnergrößenklassenzuordnung des Jahres 1992. — 2) s (Standardabweichung): durchschnittliche Abweichung der Pro-Kopf-Verschuldung von dem jeweiligen Mittelwert.

d. h. die Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden, Rechnung getragen. Lassen sich für die hessischen Gemeinden bei Betrachtung dieser Kennziffer eher zusammenfassende Aussagen treffen?

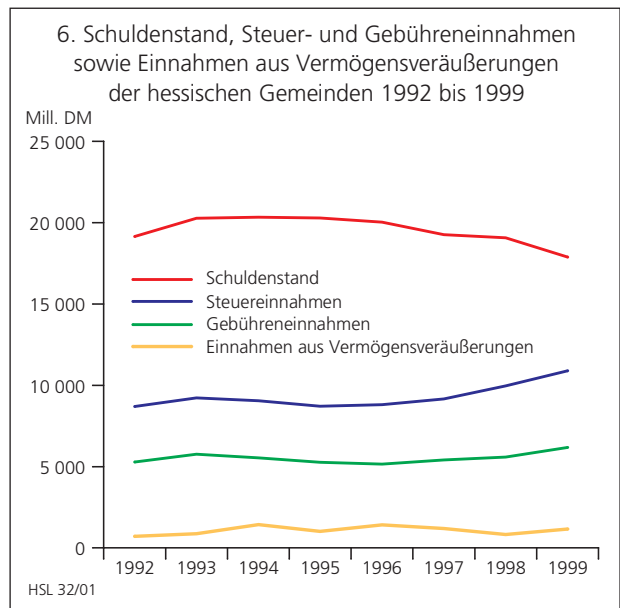
Wie Tabelle 2 zeigt, war die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Gemeinden mit 1378 DM im Jahr 1999 um fast 50 DM je Einwohner höher als im Jahr 1992 und die gesamte Spannweite in der Verschuldung je Einwohner der hessischen Gemeinden ist in den Jahren zwischen 1992 und 1999 — wesentlich durch den starken Schuldenabbau bei der Stadt Frankfurt am Main — deutlich kleiner geworden. Unter den kreisangehörigen Gemeinden weisen die sieben Sonderstatusstädte die geringste Homogenität bzw. die höchste Standardabweichung hinsichtlich ihrer Pro-Kopf-Verschuldung aus, und auch bei den Gemeinden zwischen 3000 und 20 000 Einwohnern hat die Heterogenität in den betrachteten Jahren noch zugenommen. Für die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden insgesamt als auch nach Einwohnergrößenklassen gibt es keine Durchschnitts- oder Sockelwerte, denen repräsentativer Wert beizumessen wäre.

Auch dieser Befund macht deutlich, dass sich pauschalisierende Aussagen zur Entwicklung der gemeindlichen Verschuldung nach Einwohnergrößenklassen nicht treffen lassen. Die einzelwirtschaftliche Bestimmtheit der kommunalen Investitionen und ihrer Finanzierung über Kredite legt dieses Ergebnis auch nahe.

Da jedoch für die Schuldenaggregate der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden signifikante Entwicklungsunterschiede bestehen, werden in der weiteren Untersuchung zumindest auch noch diese beiden Gebietskörperschaftsgruppen getrennt betrachtet. Wegen ihrer besonderen Quantitäten wird dabei punktuell auch der Einfluss der Stadt Frankfurt am Main eliminiert.

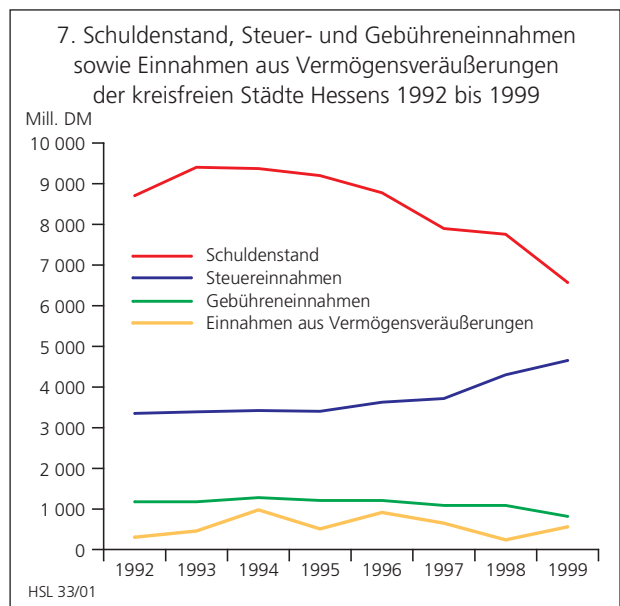
Einnahmen und Verschuldung

Welchen Einfluss hatte im Untersuchungszeitraum die Entwicklung der Einnahmen der Gemeinden auf ihre Verschuldungspolitik? Da die Gemeinden Kredite nur für investive Zwecke aufnehmen dürfen, werden hier nur die Einnahmen der Gemeinden in die Untersuchung einbezogen, für die eine unmittelbar determinierende Wirkung auf die gemeindliche Schuldenpolitik angenommen werden kann. Dies sind zum einen die **Steuereinnahmen**, zum anderen die **Gebühreneinnahmen** (Gruppierungsnummer (Gr.-Nr.) 10 und 11). Für Einnahmen aus den Veräußerungen von Beteiligungen (Gr.-Nr. 33) und von Sachen des Anlagevermögens (Gr.-Nr. 34) ist sicherlich auch ein engerer Zusammenhang mit der Bewegung der kommunalen Schulden anzunehmen. Schaubild 6 zeigt hierzu den statistischen Befund, demzufolge von der Entwicklung der gemeindlichen Steuereinnahmen der größte Einfluss auf die Bewegung der Schuldenstände ausging. Im Gegenzug zu den seit

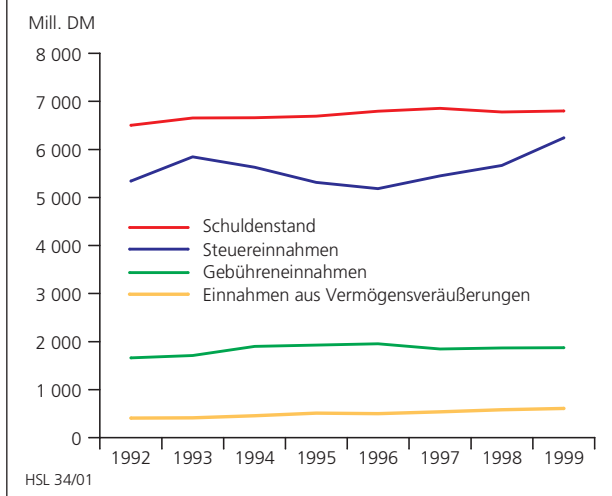


Mitte der Neunzigerjahre steigenden Steuereinnahmen sind die Schulden der Gemeinden zurückgegangen. Beide Zeitreihen sind recht stark negativ korreliert ($r = -0,79$). Der Erklärungswert der Gebühreneinnahmen bleibt dahinter zurück ($r = -0,59$). Den Einnahmen aus den Veräußerungen von Vermögenswerten kommt für die Erklärung der Entwicklung des gemeindlichen Schuldenaggregats keine Signifikanz zu ($r = 0,21$).

Für die Entschuldung der kreisfreien Städte ist die positive Entwicklung der Steuereinnahmen zum Ende des Untersuchungszeitraums herausragendes Erklärungsmoment (Schaubild 7): Schuldenstand und Steuereinnahmen der kreisfreien Städte sind hoch negativ korreliert ($r = -0,93$). Mit jeder mehringenommenen Steuermillion wurden im statistischen Durchschnitt rechnerisch nahezu eine halbe Million DM an Schulden abgebaut. Ohne Berücksichtigung der Finanzdaten der Stadt Frankfurt am Main sinkt dieser



8. Schuldenstand, Steuer- und Gebühreneinnahmen sowie Einnahmen aus Vermögensveräußerungen der kreisangehörigen Gemeinden Hessens 1992 bis 1999



Wert für die kreisfreien Städte allerdings stark ab. Wird die Metropole aus den Aggregaten der kreisfreien Städte eliminiert, so zeigt sich, dass die vier übrigen kreisfreien Städte von jeder mehringenommenen Steuermillion durchschnittlich nur etwa ein Fünftel zur Reduzierung der Verschuldung eingesetzt haben. Deutlich wird bei Eliminierung der Frankfurter Größen auch, dass der Verwertung von Vermögenswerten zum Schuldenabbau nur dort größere Bedeutung zukam und dass es zwischen 1995 und 1997 zu einer Rückführung der Verschuldung der kreisfreien Städte gekommen ist, die sich nicht aus den betrachteten Einnahmen speisen konnte. Dieser „Bruch“ in der Entwicklungslinie des Schuldenaggregats der kreisfreien Städte ist auf **Ausgliederungen aus den Haushalten** der Städte Kassel und Wiesbaden in Eigenbetriebe in dreistelliger Millionenhöhe zurückzuführen. Hier wird augenfällig, dass die „Budgetflucht“ die einfache Interpretation finanzstatistischer Daten im klassischen Indikatorenkontext nicht nur erschwert, sondern sogar verhindert⁹⁾.

Für den 1999 gegenüber 1992 erhöhten, kumulierten Schuldenstand der kreisangehörigen Gemeinden zeichnet sich bei Betrachtung des Verlaufs ihrer Steuereinnahmen eine Erklärung ab (Schaubild 8). Die Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden waren von 1994 bis 1996 rückläufig, haben dann bis 1999 zwar auch zugenommen, aber erst 1998 das 1992 erreichte Niveau wieder überschritten. So zeigen die Gesamtschulden der kreisangehörigen Gemeinden für die Jahre 1998 und 1999 bereits einen leicht rückläufigen Verlauf. Die Veräußerungen von Vermögenswerten führten auch bei den kreisangehörigen Gemeinden nicht zu

9) Noch weitgehend ohne Resonanz der Öffentlichkeit findet in den Zirkeln der Finanzstatistik eine intensive Diskussion darüber statt, wie die notwendigen Informationen für ein vollständiges Abbild der öffentlichen Finanzen bereitgestellt werden können. Die Vorschläge reichen dabei von der Einführung ergänzender Metadaten bis zu einer Darstellung der Gesamthaushalte („Konzern Stadt“), der sich allerdings derzeit noch an den unterschiedlichen Rechnungssystemen (Kameralistik, Doppik) der Kernhaushalte und ihrer Parafisci reibt.

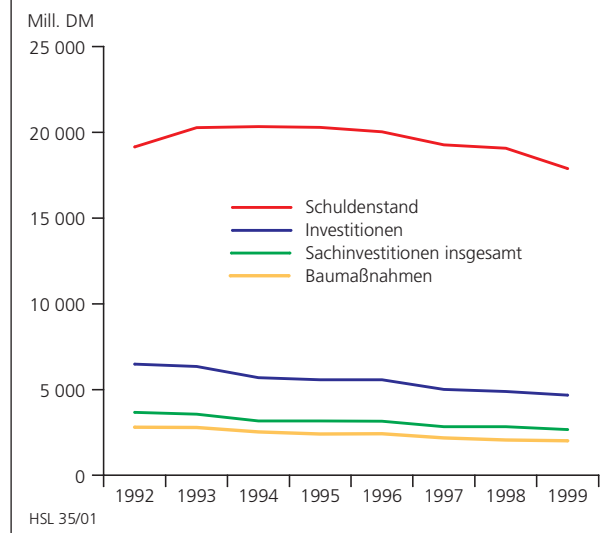
einer Reduzierung ihres schuldenstatistischen Aggregats, sie haben aber auf Grund ihrer Quantität sicherlich seiner stärkeren Erhöhung entgegenwirkt.

Ausgaben und Verschuldung

Die Kommunen können, wie bereits mehrfach erwähnt, durch die Beschränkungen des Haushaltsrechts nur ihre investiven Ausgaben über Kredite finanzieren. Somit stehen allein die Ausgaben der Gemeinden für Vermögenserwerb (Erwerb von Beteiligungen und Kapitaleinlagen, Erwerb von Grundstücken und Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens) und ihre Ausgaben für Baumaßnahmen im Blickpunkt des Interesses dieser Betrachtung.

Die Investitionen der hessischen Gemeinden sind zwischen 1992 und 1998 von 6,5 Mrd. DM auf 4,7 Mrd. DM zurückgegangen (Schaubild 9). Ausgaben für Sachinvestitionen und Baumaßnahmen haben sich in ihren Aggregaten bei abnehmenden Trend weitgehend parallel und kontinuierlich entwickelt. Schuldenstand und Investitionen der Gemeinden zeigen dabei in ihrer Entwicklung den von der formalen, haushaltsrechtlichen Grundlegung her zu erwartenden Verlauf: Die Verschuldung folgt den investiven Ausgaben mit gewissen time-lags. Für die kreisfreien Städte stellt sich, bei einem Rückgang der investiven Ausgaben von 1,8 Mrd. DM im Jahr 1992 auf 1,0 Mrd. DM im Jahr 1999, dieser Zusammenhang im Beobachtungszeitraum noch ausgeprägter dar. Bei den kreisangehörigen Gemeinden jedoch führte das hier ebenfalls rückläufige Investitionsvolumen — von 4,7 Mrd. DM im Jahr 1992 auf 3,6 Mrd. DM im Jahr 1998 — noch zu keiner sichtbaren Entlastung in der Beanspruchung des Kreditmarkts. — Deutlicher wird dies bei Betrachtung der Nettokreditaufnahmen bzw. -tilgungen der Gebietskörperschaften (Tabelle 3). Während die kreisfreien Städte, wiederum unter dem Einfluss der dominierenden Entwicklung bei der

9. Schuldenstand und investive Ausgaben der hessischen Gemeinden 1992 bis 1999



3. Nettokreditaufnahme bzw. Nettokreditilgung (–) der hessischen Gemeinden 1992 bis 1999 (Beträge in Mill. DM)

Gebietskörperschaften	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Kreisangehörige Gemeinden	99,1	193,4	76,7	104,3	149,9	145,2	47,7	131,2
Kreisfreie Städte	1 007,9	724,4	– 43,8	– 162,1	– 137,5	– 602,2	– 165,1	– 439,2
davon								
Darmstadt	10,5	27,7	19,4	9,3	– 2,8	– 2,4	16,9	24,9
Frankfurt am Main	840,3	539,6	– 230,6	– 192,6	– 133,8	– 505,7	– 157,7	– 412,8
Offenbach am Main	24,4	– 21,6	4,0	– 2,6	8,3	– 27,1	– 1,8	– 6,8
Wiesbaden	89,2	106,0	147,1	2,9	– 35,3	– 43,7	7,9	1,5
Kassel	43,5	72,7	16,2	20,9	26,1	– 23,3	– 30,4	– 46,0
Gemeinden insgesamt	1 107,0	917,8	32,8	– 57,8	12,4	– 457,0	– 117,4	– 307,9

Stadt Frankfurt am Main, ab dem Jahr 1994 mehr Kredite tilgen konnten als sie aufnehmen mussten, weist der aggregierte Saldo aus Kreditaufnahmen und -tilgungen für die kreisangehörigen Gemeinden über den gesamten Betrachtungszeitraum positive Werte aus.

Ein Zwischenresümee des bisherigen Gangs der Untersuchung kann dahingehend gezogen werden, dass bei den kreisangehörigen Gemeinden aktuell die kreditpolitische Lage eher bedenklich erscheint, als bei den kreisfreien Städten. Die günstige Steuer- und Einnahmeentwicklung der letzten Jahre des Betrachtungszeitraums und die, durchgängig in den rückläufigen Investitionsausgaben zum Ausdruck kommenden, Konsolidierungsbemühungen haben bislang offenbar nur bei den kreisfreien Städten zu einer Trendwende in der Verschuldung führen können. Sitzen die kreisangehörigen Gemeinden aber in einer Schuldenfalle oder sind sie auf einem Wege dorthin?

Die Schuldenfalle

Eine Falle ist eine ausweglose Situation, aus der es ohne externe Hilfe für den in die Falle Geratenen kein Entrinnen gibt. Während die Metapher der „Falle“ auf die Verschuldungssituation eines Privathaushalts oder eines privaten Unternehmens bezogen verständlich wirkt, fordert ihre Anwendung auf die öffentlichen Haushalte eine etwas größere Vorstellungskraft. Angesichts der teilweise besorgniserregenden Zunahmen der Verschuldung der öffentlichen Haushalte erschien die Verwendung der Metapher in der öffentlichen Diskussion gleichwohl nachvollziehbar. Insbesondere für die staatlichen Haushalte: Ein vehementer Kritiker der finanzpolitischen Entwicklung der letzten Jahre¹⁰⁾ schreibt beispiels-

10) Meyer, Dieter; Die Schuldenfalle — eine Untersuchung der Staatsverschuldung ab 1965 bis 2025; Schriftenreihe des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes; Bd. 58; Hannover 2000.

11) Meyer, Dieter; zitiert aus www.staatsverschuldung-online.de.

12) So haben aktuell die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, gestützt auf das Interesse der Hochschulrektorenkonferenz, des Wissenschaftsrates und des Ausschusses für die Hochschulstatistik, die neue Publikation „Hochschulstatistische Kennzahlen – Teil A: Monetäre Kennzahlen“ (CD-ROM, Einzelpreis: 49,-DM), nach recht intensiven inhaltlichen Diskussionen der Fachgremien, herausgegeben. In der Entwicklung und Publikation kommunaler, finanzstatistischer Kennziffern ist seit der Veröffentlichung von Dr. Hartmut Essig „Zur Abgrenzung und Aussagefähigkeit finanzstatistischer Kennzahlen“, in: Staat und Wirtschaft, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1984, Heft 9, S. 798 ff., dagegen kein Fortschritt mehr festzustellen.

weise, die staatliche Kreditfinanzierung diene nur noch der Finanzierung des von ihr selbst verursachten wachsenden Schuldendienstes (Zins- und Tilgungsausgaben). „Die Staatsverschuldung nährt sich selbst und ist damit zum sinnlosen und gefährlichen Selbstzweck entartet.“¹¹⁾ Demgegenüber würde eine kommunale Gebietskörperschaft, auf Grund der Gebundenheit ihrer Kreditaufnahme an investive Maßnahmen, in eine „Schuldenfalle“ geraten, wenn ihre finanziellen Belastungen aus den aufgelaufenen Verbindlichkeiten keinen Spielraum mehr für weitere, notwendige Investitionen ließen.

So kann auch bei den Gemeinden, die in den letzten Jahren ihre Verschuldung deutlich zurückgeführt haben, nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass sie sich auf einem Weg befinden, der sie von jeder „Schuldenfalle“ fernhält. Um beurteilen zu können, ob eine „Fallensituation“ droht oder eventuell bereits vorliegt, ist neben der Höhe der Schuldenstände also die Belastungssituation in die Betrachtung einzubeziehen.

Indikatoren: Zu den investiven Spielräumen . . .

Während auf der staatlichen Ebene, hier insbesondere für den Bereich der Hochschulen, in gewisser Weise eine Renaissance finanzstatistischer Indikatoren auszumachen ist, stagniert die Diskussion und Entwicklung finanzstatistischer Indikatoren für die Kommunalebene schon geraume Zeit¹²⁾. In die HEPAS-Fachdatei HSL wurden im Zuge des Aufbaus eines vollständigen finanzstatistischen Datenbanksegments die vom Statistischen Bundesamt durch Dr. Hartmut Essig vorgeschlagenen Kennziffern als standardmäßiges Angebot aufgenommen. Zur Untersuchung der Belastungssituation der Gemeinden werden Daten ausgewählter Indikatoren (Übersicht 2) herangezogen.

Zur Beurteilung der den Gemeinden verbliebenen Spielräume für Investitionen werden hier die *Gesamtdeckungsquoten*, die *Freie Spitze*, die *Freie Investitionsspitze* und die *Investitionsquoten* betrachtet.

In allen Jahren des Untersuchungszeitraums waren die — durch die Absetzung der besonderen Finanzierungsvor-

Übersicht 2

Finanzstatistische Indikatoren zu investiven Spielräumen und zur schuldenmäßigen Belastung der Gemeinden

Indikator	Berechnungsgrößen
(Gesamt-)Deckungsquote	Einnahmen / Ausgaben Einnahmen: s. Fußnote 1) Ausgaben: s. Fußnote 2)
Freie Spitze	Nettozuführung zum Vermögenshaushalt Darstellung nach der Gruppierung: (30 – 90) – (970, 971 bis 974, 977, 979, 990)
Freie Investitionsspitze	Freie Spitze abzgl. Zuführungen an die Rücklagen, Kredittilgungen (ohne Umschuldungen), Kreditbeschaffungskosten Darstellung nach der Gruppierung: (30 – 90) – (91, 970 bis 979, 990)
Investitionsquote	Investive Ausgaben / Ausgaben Darstellung nach der Gruppierung: (92, 930, 932, 935, 94, 98) : Ausgaben lt. Fußnote 2)
Zins(ausgaben)quote	Zinsausgaben / Ausgaben mit Zinsausgaben = Gr.-Nr. 800 bis 808 Ausgaben: s. Fußnote 2)
Zinslastquote	Zinsausgaben / Einnahmen mit Zinsausgaben = Gr.-Nr. 800 bis 808 Einnahmen: s. Fußnote 1)
Zins-Steuer-Quote	Zinsausgaben / Steuereinnahmen mit Zinsausgaben = Gr.-Nr. 800 bis 808 Steuereinnahmen = Summe (00, 01,02,03) – 810
Schuldendienstlastquote	Zins- und Tilgungsausgaben / Einnahmen Zins- und Tilgungsausgaben (ohne Umschuldungen) = Gr.-Nr. 800 bis 808, 970 bis 978 Einnahmen: s. Fußnote 1)

1) Einnahmen = Einnahmensumme ./. (besondere Finanzierungsvorgänge + haushaltstechnische Verrechnungen); Darstellung nach der Gruppierung: (899+998) – (892, 91, 974 bis 979, 992, 679, 680, 685, 809, 810, 86, 90). — 2) Ausgaben = Ausgabensumme ./. (besondere Finanzierungsvorgänge + haushaltstechnische Verrechnungen); Darstellung nach der Gruppierung: (899+998) – (892, 91, 974 bis 979, 992, 679, 680, 685, 809, 810, 86, 90).

gänge (Kreditaufnahmen und -tilgungen, Rücklagenbewegungen, Deckung der Fehlbeträge der Vorjahre) auf die jeweiligen Jahre bezogenen — Einnahmen der Gemeinden insgesamt stets höher als ihre Ausgaben. Die durchschnittliche **Gesamtdeckungsquote** der hessischen Gemeinden erreichte 1995 mit 100,2 v.H. ihren niedrigsten Wert, d.h. im Jahr 1995 reichten die Einnahmen der Gemeinden gerade noch aus, um ihre Ausgaben zu decken. Am aktuellen Rand des Betrachtungszeitraums dagegen lagen die Einnahmen der hessischen Gemeinden durchschnittlich um 6 % über ihren Ausgaben. Bei den kreisfreien Städten sind schon seit 1996 steigende Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben zu beobachten. 1999 lagen die Einnahmen der fünf kreisfreien Städte durch die kräftiger sprudelnden Steuerquellen um fast 10 % über der Summe ihrer Ausgaben. Auch hier ist das Aggregat allerdings durch die Entwicklung bei der Stadt Frankfurt am Main kein repräsentativer Wert (Tabelle 4). Die Kennziffern zur Einnahmendeckung der Ausgaben lassen aber insgesamt erwarten, dass sich die Belastungssituation der hessischen Gemeinden etwas gebessert haben könnte.

Während die **Freie Spitze** den theoretisch für investive Ausgaben im Vermögenshaushalt zur Verfügung stehenden Betrag ausweist, zeigt die **Freie Investitionsspitze** die Beträge, die, nach Abzug der Zuführungen an die Rücklage und der Ausgaben für Umschuldungen, aus der Freien Spitze, tatsächlich für Investitionen hätten aufgewendet werden können. Weist die Freie Spitze ein negatives Vorzeichen auf, so waren die Nettozuführungen an den Vermögenshaushalt einer Gemeinde geringer als ihre Ausgaben für Kredittilgung und -beschaffung. Bei negativer Freier Investitionsspitze übersteigt also die Summe der Ausgaben der Gemeinde für Kredittilgung, -beschaffung und -umschuldung sowie der Rücklagenzuführungen die Summe der Zuführungen des Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt. Während den kreisangehörigen Gemeinden im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 1999 noch eine geringe Freie Spitze und damit ein theoretischer Investitionsspielraum verblieben war, zeigt die Freie Investitionsspitze, dass in ihrer Gesamtheit weder die hessischen kreisfreien Städte noch die kreisangehörigen Gemeinden in Höhe der Zuführungen an den Vermögenshaushalt Investitionen tätigen konnten (Tabelle 4). Dabei lässt die

4. Finanzstatistische Kennziffern zu den investiven Spielräumen der Gemeinden in Hessen 1992 und 1999¹⁾

Gebietskörperschaften	Gesamtdeckungsquote			Freie Spitze			Freie Investitionsspitze			Investitionsquote		
	1992	1999	Durchschnitt 1992 bis 1999	1992	1999	Durchschnitt 1992 bis 1999	1992	1999	Durchschnitt 1992 bis 1999	1992	1999	Durchschnitt 1992 bis 1999
	%			1000 DM						%		
Kreisangehörige Gemeinden	104,0	106,3	103,1	2 191	1 305	1 392	848	- 275	- 56	28,9	21,5	24,9
Kreisfreie Städte	96,4	109,5	101,2	- 43 135	- 31 962	- 79 398	- 79 816	- 128 933	- 143 421	16,5	9,4	11,6
davon												
Darmstadt	98,9	93,9	100,0	- 4 531	- 16 413	- 12 383	- 26 574	- 20 856	- 27 937	17,5	9,6	12,0
Frankfurt am Main	87,8	127,9	109,7	- 186 123	- 163 858	- 348 528	- 228 889	- 448 183	- 477 315	16,7	8,2	12,0
Offenbach am Main	104,8	109,7	100,4	2 497	15 928	- 10 956	- 44 180	- 27 917	- 43 761	10,0	9,5	10,4
Wiesbaden	96,1	115,9	101,1	- 21 472	9 973	- 11 360	- 85 088	- 75 075	- 114 493	21,3	10,9	13,1
Kassel	94,9	100,3	94,9	- 6 048	- 5 442	- 13 766	- 14 351	- 72 633	- 53 597	17,1	8,9	10,6
Gemeinden insgesamt	103,9	106,3	103,1	1 659	915	444	- 99	- 1 785	- 1 739	28,8	21,4	24,7

1) Definition und Berechnung der Kennziffern: siehe Übersicht 2.

Freie Investitionsspitze auch deutlich werden, dass sich der haushaltsarithmetische Dispositionsrahmen für Investitionen der Gemeinden im Betrachtungszeitraum sogar verringert hat. 1992 hatten lediglich 142 (33 %) der hessischen Gemeinden keine Freie Investitionsspitze und immerhin 169 (40 %) verfügten über eine Freie Investitionsspitze von über 1 Mill. DM. 1999 hatten 204 (48 %) der Gemeinden keine Freie Investitionsspitze mehr und lediglich 85 (20 %) von ihnen konnten haushaltstheoretisch noch frei über mehr als 1 Mill. DM für Investitionen verfügen. Im direkten Vergleich der Randjahre des Untersuchungszeitraums ist für 278 oder fast zwei Drittel der hessischen Gemeinden ein Verlust an Investitionsspielräumen festzustellen, wobei 163 dieser Gemeinden dann auch 1999 eine negative Freie Investitionsspitze aufwiesen. Beim Vergleich des Jahres 1999 mit dem Jahr 1992 — damals hatten erst 46 der 278 „Verlust-Gemeinden“ bereits eine negative Freie Investitionsspitze — zeigt dies aber einen bemerkenswerten Zuwachs an Gemeinden in der „Schuldenfalle“: 117 mehr (oder weitere 27 %) der hessischen Gemeinden haben ihre etatgemäße Investitionsfreiheit eingebüßt.

Eine deutliche Bestätigung findet dieser Befund in der Entwicklung der *Investitionsquote*. Wurden 1992 noch nahezu 30 % der gemeindlichen Ausgaben für investive Zwecke aufgewendet, so waren dies 1999 nunmehr knapp über 20 %. Diese Aussage kann unmodifiziert auch für die kreisangehörigen Gemeinden allein getroffen werden, während bei den kreisfreien Städten die Investitionsquote im Untersuchungszeitraum von rund 17 auf gut 9 % heruntergefahren wurde. Während also die Gesamtdeckung der gemeindlichen Haushalte sich durch steigende Steuereinnahmen in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums durchaus besserte, konnten und mussten die Mehreinnahmen offensichtlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus der Verschuldung und dem kommunalen Haushaltsrecht (Rücklagenbildung) verwendet werden.

... und den Belastungen aus der Verschuldung

Die Belastungen aus der Verschuldung resultieren für die Gemeinden aus den notwendigen Aufwendungen für die Kreditfinanzierung, also für Zins, Tilgung und Kreditbeschaf-

5. Finanzstatistische Kennziffern zu den Belastungen aus der Verschuldung der Gemeinden in Hessen 1992 und 1999¹⁾ (Angaben in %)

Gebietskörperschaften	Zinsausgabequote			Zins-Steuer-Quote			Schuldendienstlastquote		
	1992	1999	Durchschnitt 1992 — 1999	1992	1999	Durchschnitt 1992 — 1999	1992	1999	Durchschnitt 1992 — 1999
Kreisangehörige Gemeinden	3,8	2,9	3,3	9,0	7,0	8,4	8,9	7,7	8,5
Kreisfreie Städte	6,0	5,5	6,1	15,1	12,0	15,4	11,2	12,6	12,9
davon									
Darmstadt	3,6	4,1	4,1	10,1	10,5	10,8	6,9	8,4	8,3
Frankfurt am Main	8,6	6,4	8,6	19,8	9,5	18,2	14,4	13,1	14,8
Offenbach am Main	7,8	6,6	7,0	18,1	12,5	16,3	16,4	14,7	15,8
Wiesbaden	4,2	3,2	4,2	9,6	5,9	9,8	7,7	9,8	11,7
Kassel	5,7	7,1	6,6	17,6	21,8	22,0	10,7	16,9	14,2
Gemeinden insgesamt	3,9	2,9	3,4	9,1	7,1	8,5	8,9	7,8	8,5

1) Definition und Berechnung der Kennziffern: siehe Übersicht 2.

fung. Um die „Fallensituation“ zu beschreiben sind daher auch Indikatoren wie die *Zinsausgabenquote*, die *Zins-Steuer-Quote* und die *Schuldendienstlastquote* in die Betrachtung einzubeziehen (Tabelle 5).

Hier zeigt sich, dass — trotz rückläufigen gemeindlichen Kreditvolumens und sinkender Kreditmarktzinsen — zwischen 1992 und 1999 nur eine geringfügige Entlastung bei den Zinsausgaben erfolgt ist. Immer noch müssen die Gemeinden fast 3 v.H. ihrer Ausgaben für Zinszahlungen aufwenden. Für die kreisfreien Städte allein errechnet sich eine Zinsausgabenquote am aktuellen Rand des Untersuchungszeitraums von 5,5 v.H., also nur 0,5 Prozentpunkte weniger als 1992, sodass davon auszugehen ist, dass trotz tendenziell sinkender Investitionen die Gemeinden mit wachsenden Zinsausgaben zu kämpfen haben. Die steigenden Steuereinnahmen haben hier im Gegenzug den Gemeinden allerdings Entlastung gebracht. Auf Grund der Asymmetrie der Steuermehreinnahmen zu Gunsten der kreisfreien Städte fielen dort die Entlastungseffekte kräftiger aus. So mussten die kreisfreien Städte 1999 nur noch 12 gegenüber gut 15 von 100 DM im Jahr 1992 aus Steuern eingenommenen Beträgen für Zinsen aufwenden. Die „neue Stärke“ der Frankfurter Steuereinnahmen wird in der um über 10 Prozentpunkte reduzierten Zins-Steuer-Quote der Metropole augenfällig.

Die Schuldendienstlastquote, als Gesamtbelastungsindikator aus Zins-, Tilgungs- und Kreditbeschaffungskosten verdeutlicht nochmals die schwierige Situation in der die Gemeinden stehen:

Trotz der ausgabenseitigen Konsolidierungsanstrengungen und positiver Einnahmenentwicklung ist es den hessischen Gemeinden in ihrer Mehrheit nicht gelungen, die Schuldendienstlast deutlich zu senken. Die kreisfreien Städte müssen im Gegenteil aktuell rund 13 von 100 DM aus ihren Einnahmen für den Schuldendienst aufbringen, fast 2 DM mehr als 1992.

Auch aus den Zeitreihen dieser Belastungsindikatoren ist ablesbar, dass sich die Gemeinden, ohne systematische, fundierte „Hilfe von außen“, im besten Fall nur sehr langsam aus der „Schuldenfalle“ werden befreien können. Darüber kann auch die zuletzt so positive Entwicklung der Steuereinnahmen nicht hinwegtäuschen, nicht im vorliegenden Datenmaterial und auch nicht mit Blick in die Zukunft, der mit den Folgen der Steuerreformgesetzgebung gewiss keine ungetrübten Aussichten für die kommunale Ebene bietet.

Resümee und Ausblick

Die hessischen Gemeinden befanden sich mit ihrem kumulierten Schuldenstand nur bis zum Jahr 1993 in dem gleichen

Fahrwasser wie Bund und Länder: Die Verschuldung wuchs bis dahin und erreichte zuvor nicht erreichte Höhen. Doch während in den staatlichen Haushalten auch laufende Ausgaben der Verwaltung über Kredite finanziert werden können, ist den Gemeinden eine Kreditaufnahme nur für investive Zwecke möglich. Die Situation in einen *circulus vitiosus* aus Verschuldung, Zins- und Tilgungsbelastung und deren Deckung durch Aufnahme weiterer Kredite und weiter wachsende, schließlich die Handlungsfähigkeit strangulierenden Kreditbelastungen zu geraten, scheint daher für die gemeindliche Ebene *prima facie* nicht zu bestehen. Tatsächlich erfordert aber das kommunale Aufgabenspektrum, der umfassenden lokalen Daseinsversorgung und -vorsorge, fortlaufende Investitionen von den Gemeinden. Ein stetiger Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit kann daher auf der kommunalen Ebene durchaus Ausdruck des Verlusts der finanzwirtschaftlichen Handlungsfähigkeit, des Rutschens in eine Schuldenfalle, sein. Die Analyse des finanzstatistischen Datenmaterials macht deutlich, dass sich allgemeine, pauschalierende Aussagen zur Evaluation der gemeindlichen Kreditpolitik kaum treffen lassen. Die haushaltsrechtliche Grundlegung, die Bindung der Kreditaufnahme an die Investition, lässt auch nur dieses Ergebnis, das grundsätzlich eine einzelwirtschaftliche Betrachtung der gemeindlichen Verschuldung nahe legt, erwarten. Dafür macht das Datenmaterial aber augenfällig, in welcher starker Abhängigkeit sich das Investitionsverhalten und damit die Verschuldungspolitik und -entwicklung der gemeindlichen Ebene von den Steuereinnahmen befindet. So haben die starken Steuermehreinnahmen in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre viele Gemeinden zunächst vor dem Verlust ihrer „Investitionsfreiheit“ gerettet. Doch die im Datenmaterial ebenfalls sichtbar werdenden, relativ geringen Erfolge der Konsolidierungspolitik, geben auch eine Antwort auf die Frage, was geschehen wird, wenn die Steuereinnahmen weniger stark ausfallen oder wieder wegbrechen. Der Weg in die „Schuldenfalle“, der Verlust der investiven Handlungsfähigkeit, scheint für viele Gemeinden vorgezeichnet. Damit kann auch diese Untersuchung einen Hinweis darauf geben, dass die Zeit für eine Reform der gemeindlichen Finanzausstattung gekommen ist. Würde sie auf eine stetige, kalkulierbare — von den starken konjunkturellen und lokalen Schwankungen durch das Aufkommen aus der Gewerbesteuer befreite — Grundlage gestellt, könnte dies den Gemeinden eine „Hilfe von außen“ bei der Überwindung und Vermeidung von „Schuldenfallen“ bieten. Über die Schaffung einer soliden finanziellen Basis auf der unteren Ebene der Gebietskörperschaften hinaus, wäre dabei — durch die Verstetigung des Großteils der öffentlichen Investitionen und des öffentlichen Investitionsvolumens — auch eine nachhaltige Verbesserung in den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erzielen. □

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftrageingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrageingangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preisindex für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹⁰⁾
	insgesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen ¹¹⁾											
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,3	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
1999 4. Vj. D	101,2	95,5	115,3	461 584	83,3	38 432	113,4	105,5
2000 Januar	93,1	82,7	112,1	457 591	51,5	36 282	91,1	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711
Februar	101,6	91,7	119,9	457 454	61,4	35 832	96,5	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916
März	118,0	108,8	135,1	457 904	93,7	35 528	111,2	106,6	228 878	8,9	39 531	6 424
1. Vj. D	104,2	94,4	122,4	457 650	68,9	35 881	99,6	106,4
April	96,8	90,7	108,0	457 630	65,4	35 782	103,5	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841
Mai	110,9	103,5	124,4	457 890	140,4	35 914	112,6	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606
Juni	105,7	93,2	128,8	459 745	84,0	35 764	96,0	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047
2. Vj. D	104,5	95,8	120,4	458 422	96,6	35 820	104,0	106,6
Juli	100,4	93,9	112,3	460 138	102,4	35 806	96,5	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096
August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	101,2	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,8	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,5	107,5
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	103,0	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,4	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,8	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	110,0	107,6
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	96,9	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118
Februar	107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	90,8	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1998 D	3,0	7,1	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	0,5	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
1999 4. Vj.	2,7	- 0,5	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	3,4	1,3
2000 Januar	7,6	5,9	9,9	- 2,0	- 42,2	- 4,8	1,3	2,0	- 8,1	.	21,6	- 27,8
Februar	12,4	10,9	14,7	- 2,0	- 0,5	- 3,6	8,7	2,1	- 8,9	.	21,2	- 22,4
März	9,3	5,1	16,3	- 2,1	- 5,6	- 4,4	- 4,0	2,1	- 8,6	.	21,1	- 37,7
1. Vj.	9,7	7,2	13,8	- 2,0	- 17,4	- 4,3	1,4	2,1
April	- 2,9	- 3,5	- 1,9	- 1,3	- 9,6	- 4,0	1,1	1,6	- 9,4	.	23,4	- 21,7
Mai	13,2	11,1	16,7	- 1,3	66,0	- 3,4	13,3	1,5	- 10,1	.	27,9	- 11,4
Juni	2,8	- 4,9	15,4	- 0,9	- 21,3	- 4,3	- 6,1	1,9	- 8,7	.	27,1	- 41,8
2. Vj.	4,3	0,7	10,1	- 1,2	9,9	- 3,9	2,6	1,7
Juli	5,2	3,1	8,5	- 1,2	18,1	- 5,8	- 4,6	1,9	- 10,4	.	23,6	- 32,9
August	13,3	11,8	16,4	- 1,0	- 20,8	- 6,5	6,8	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7
September	6,2	- 0,5	17,2	- 0,9	16,6	- 6,6	2,4	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj.	8,1	4,6	14,1	- 1,1	1,4	- 6,6	1,4	2,0
Oktober	7,1	2,1	14,8	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 2,2	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5
November	1,7	1,2	2,3	- 0,2	27,8	- 7,3	- 0,5	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1
Dezember	5,4	3,0	9,2	- 0,2	- 15,7	- 7,6	- 5,8	1,8	- 12,8	.	15,3	3,9
4. Vj.	4,6	2,0	8,5	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 3,0	2,0
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	- 0,1	25,6	- 7,3	6,4	1,9	- 11,4	.	16,6	7,1
Februar	5,4	0,3	12,4	- 0,3	1,7	- 7,2	- 5,9	2,3	- 10,9	.	12,2	21,9
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1999 4. Vj.	- 4,7	- 5,7	- 3,2	- 1,0	- 9,5	0,4	15,6	0,1
2000 Januar	- 1,4	- 5,6	4,9	- 0,5	- 43,1	- 4,0	- 26,5	0,4	4,1	.	6,3	31,1
Februar	9,1	10,9	7,0	- 0,0	19,4	- 1,2	5,9	0,3	- 1,0	.	14,7	21,1
März	16,1	18,6	12,7	0,1	52,5	- 0,8	15,2	0,2	- 3,2	.	6,8	- 7,1
1. Vj.	3,0	0,9	6,2	- 0,8	- 17,3	- 6,6	- 12,2	0,9
April	- 18,0	- 16,6	- 20,1	- 0,1	- 30,3	0,7	- 6,9	- 0,1	- 3,1	.	4,3	6,5
Mai	14,6	14,1	15,2	0,1	114,8	0,4	8,8	- 0,1	- 4,5	.	- 1,9	- 18,1
Juni	- 4,7	- 10,0	3,5	0,4	- 40,2	- 0,4	- 14,7	0,5	0,6	.	- 1,5	- 27,8
2. Vj.	0,3	1,5	- 1,6	0,2	40,2	- 0,2	4,4	0,2
Juli	- 5,0	0,8	- 12,8	0,1	21,9	0,1	0,5	0,5	0,1	.	0,2	- 23,5
August	5,0	9,4	- 1,6	0,4	- 27,1	0,3	4,9	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9
September	7,1	- 1,4	21,6	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,4	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8
3. Vj.	1,6	3,7	- 1,1	0,6	- 0,7	0,1	- 4,3	0,8
Oktober	- 4,2	- 4,7	- 3,4	- 0,2	- 22,7	0,5	2,2	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9
November	1,7	3,5	- 0,8	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,2	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5
Dezember	- 9,5	- 9,7	- 9,3	- 0,4	0,3	- 2,2	5,8	- 0,1	2,6	.	0,2	0,1
4. Vj.	- 0,3	- 3,8	5,0	- 0,2	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	- 0,4	- 15,3	- 3,7	- 17,0	0,5	5,7	.	7,5	35,3
Februar	1,9	- 2,7	8,3	- 0,2	- 3,3	- 1,1	- 6,3	0,6	- 0,5	.	10,3	37,8

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 043,6	6 046,3	6 048,8	6 056,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	3 643	3 859	5 021	4 159
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	7,1	7,5	10,1	8,4
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	5 236	5 216	5 539	5 517
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	10,2	10,2	11,1	11,1
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 608	4 813	4 588	5 178
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	9,0	9,4	9,2	10,4
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	21	24	27	21
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	4,0	4,6	4,9	3,8
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	628	403	951	339
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	1,2	0,8	1,9	0,7
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	15 364	17 000	16 079	13 179	15 746
darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	6 693	7 221	7 115	6 060	6 745
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	15 265	14 708	14 542	11 630	14 174
darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	7 235	6 364	6 358	4 937	6 241
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	99	2 292	1 537	1 549	1 572
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	20 325	21 283	19 543	17 438	19 606
		1999	2000	2000				2001		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	238 900	236 497	228 878	200 261	211 728	210 709	204 313
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	104 070	102 187	99 808	89 588	92 608	91 633	89 548
Männer	"	134 071	118 356	134 830	134 310	129 070	110 673	119 120	119 076	114 765
Ausländer	"	51 080	45 177	49 959	49 664	48 534	42 699	44 307	44 234	43 475
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	5 661	5 868	5 574	4 893	5 034	4 964	4 729
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	9,3	9,2	8,9	7,5	7,9	7,9	7,6
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	9,0	8,8	8,6	7,3	7,5	7,4	7,3
Männer	"	9,6	8,3	9,6	9,6	9,2	7,7	8,2	8,2	7,9
Ausländer	"	17,2	14,8	16,9	16,8	16,4	13,9	14,4	14,4	14,1
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	7,8	8,1	7,7	4,7	4,9	4,8	4,6
* Offene Stellen am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	30 650	37 527	32 285	37 020	39 531	35 012	37 651	41 524	43 155
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	"	6 396	5 156	5 711	6 916	6 424	4 523	6 118	8 431	8 160
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
* Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	.	307,7	310,9	315,1	316,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	272,5	.	271,1	273,4	275,0	274,7	.	.	.
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :										
* Bergbau	"	.	.	.	9,2	8,8	8,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	0,9	0,9	0,9	.	.	.
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	.	.	543,0	535,8	530,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	142,6	139,9	138,2	.	.	.
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	.	.	17,0	17,0	17,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	3,0	2,9	3,2	.	.	.
* Baugewerbe	"	.	.	.	136,0	129,7	125,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	16,0	15,8	15,4	.	.	.
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	.	.	388,6	384,4	382,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	188,0	186,1	185,4	.	.	.
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	.	.	144,2	144,1	144,5	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	47,8	47,8	48,2	.	.	.
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	.	.	139,3	138,9	139,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	68,7	68,4	68,4	.	.	.
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	.	.	249,2	250,9	253,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	111,1	111,5	113,2	.	.	.
* öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	.	.	130,7	130,3	129,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	74,9	74,9	74,6	.	.	.
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	.	.	356,6	358,0	357,9	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	254,2	254,8	254,7	.	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999	2000				2001	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	9 189	8 243	8 302	10 265	4 742	4 576	5 470
Kälber	"	341	350	756	289	389	446	394	155	206
Schweine	"	108 303	102 959	114 129	108 663	101 840	112 175	95 912	100 835	90 178
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	12 995	11 986	10 580	14 379	10 694	11 360	9 942
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	12 331	11 312	10 823	12 017	9 487	9 711	9 099
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	2 483	2 145	2 168	2 541	1 171	1 115	1 354
* Kälbern	"	30	33	83	28	30	47	46	14	18
* Schweinen	"	9 099	8 686	9 330	8 933	8 399	9 039	7 855	8 309	7 390
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumeier ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	29 147	29 689	31 045	32 911	33 737	32 589	29 070
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	84 985	87 339	82 354	77 177	82 484	84 990	79 827
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	80 149	82 503	77 830	73 721	78 721	81 227	76 428
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	15,7	16,0	16,2	14,6	15,1	15,6	18,0
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	459,7	457,6	457,5	461,1	459,1	457,3	456,1
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	275,0	271,1	270,8	269,7	269,6	272,2	270,5	269,9	269,4
* Geleistete Arbeiterstunden	"	35 589	34 952	32 811	34 412	35 953	37 645	30 506	35 342	34 142
* Bruttolohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 283,4	1 177,2	1 184,8	1 643,5	1 282,4	1 247,3	1 195,5
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 457,7	1 376,7	1 358,0	1 864,5	1 471,8	1 406,6	1 349,7
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 425,7	13 429,3	11 472,8	12 643,3	14 702,2	13 795,4	12 785,6	12 741,0
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	4 335,5	4 479,3	4 920,8	5 571,5	5 067,8	5 025,9	4 958,6
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	32,3	39,0	38,9	37,9	36,7	39,3	38,9
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
insgesamt	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
insgesamt	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 6,8	6,7	1,9	7,6	12,4	1,7	5,4	12,9	5,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	5,6	2,1	11,1	14,8	- 1,1	1,3	16,1	- 0,5
Investitionsgüterproduzenten	"	- 14,3	9,2	3,2	2,9	18,1	7,7	9,9	8,8	17,6
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	10,5	- 10,7	2,7	15,7	- 2,1	- 6,8	10,3	9,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	2,9	4,6	- 2,6	- 12,2	0,4	18,9	13,2	- 3,9
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 2,3	6,7	2,6	7,5	4,6	- 0,3	8,1	12,7	- 6,1
Maschinenbau	"	- 5,9	15,8	- 12,9	11,9	22,3	14,4	4,1	15,1	4,8
Kraftwagen und -teile	"	- 20,0	- 9,3	- 8,9	- 7,1	4,4	- 7,3	- 8,8	- 1,5	- 2,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	- 1,4	5,5	9,4	7,1	15,7	4,7	- 6,0	27,9	- 3,3
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	2 949,5	2 901,0	2 721,6	1 781,4	1 974,3
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	3 012,8	3 157,2	3 440,4	3 038,8	3 246,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999	2000				2001	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	62,1	60,7	63,6	61,1	60,4	61,8	60,5	58,3	57,7
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	32,6	32,0	33,6	32,4	31,9	32,5	31,8	30,4	30,0
Fachwerker und Werker	"	9,8	9,5	10,0	9,1	9,0	9,5	9,2	8,9	8,7
gewerblich Auszubildende	"	3,1	2,9	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8	2,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	5 923	5 756	5 059	4 081	5 047	6 503	4 627	3 766	4 475
darunter für den										
Wohnungsbau	"	2 262	2 214	2 008	1 596	1 949	2 541	1 787	1 523	1 768
* gewerblichen und industriellen Bau	"	1 812	1 716	1 552	1 380	1 663	1 935	1 430	1 222	1 379
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 817	1 798	1 475	1 092	1 415	1 988	1 392	998	1 310
* Bruttolohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	199,0	162,3	155,1	233,1	179,1	158,7	142,1
* Bruttogehaltssumme	"	80,9	78,2	80,2	79,5	74,8	96,8	77,1	70,7	69,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 039,2	1 001,1	1 320,3	620,4	707,2	1 242,3	1 338,7	630,8	794,9
* Index des Auftragseingangs ⁴⁾	1995 = 100	86,6	85,1	90,5	51,5	61,4	76,0	76,3	64,6	62,5
darunter										
Wohnungsbau	"	66,5	53,2	66,2	36,2	50,5	34,1	49,6	30,7	43,1
* gewerblicher und industrieller Bau	"	90,9	99,6	84,6	68,6	75,3	100,5	96,8	86,8	59,8
* öffentlicher und Verkehrsbau	"	92,4	84,9	111,1	38,6	50,3	68,7	65,5	55,7	76,5
A u s b a u g e w e r b e⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	24,9	.	.	.	24,5	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	"	7 316	7 148	7 516,0	.	.	.	7 198,0	.	.
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	330,5	337,4	368,7	.	.	.	361,6	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 036,3	1 203,3	1 551,7	.	.	.	1 493,9	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	1 048	913	827	734	926	859	615	543	697
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	932	818	716	657	846	774	554	487	607
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	934	828	1 031	951	697	636	831
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	180	148	184	174	130	113	154
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	487 416	430 313	504 971	488 852	362 452	330 147	441 010
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	271	245	266	195	191	280	180	167	175
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	808	875	711	578	618	1 846	1 112	1 015	676
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	169	122	121	330	182	189	135
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	298 938	240 935	228 927	789 168	499 153	447 588	351 101
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 968	2 046	1 495	1 943	1 694	1 443	1 158	1 707
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 744	10 306	10 142	8 180	10 016	9 514	6 959	6 099	8 210
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
E i n z e l h a n d e l										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	100,8	100,1	121,3	89,0	94,1	106,5	112,9	93,6	87,5
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	102,8	103,3	124,0	91,1	96,5	110,4	116,8	96,9	90,8
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	115,7	111,2	108,9	92,1	105,5	112,0	98,5	95,5	99,9
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	101,7	101,4	132,3	93,5	94,5	108,5	126,8	101,2	90,1
Apotheken ¹²⁾	"	118,4	126,0	143,5	116,7	117,6	133,4	147,7	130,8	118,2
Bekleidung	"	86,4	86,7	115,9	78,2	73,1	97,7	116,9	82,5	71,8
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	95,6	88,0	119,3	77,9	85,6	100,9	104,4	82,6	77,6
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	97,7	111,0	96,7	81,8	91,9	110,5	104,0	84,1	89,5
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	90,7	87,3	90,1	87,6	87,5	87,4	87,7	86,3	86,1
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	90,8	91,4	92,6	81,8	83,0	89,3	92,6	81,5	80,2
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	95,2	96,9	96,9	85,5	87,3	93,8	98,0	86,3	85,0
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	101,8	107,0	97,8	90,5	97,2	105,3	96,9	94,4	91,2
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	90,4	89,9	99,0	80,9	81,4	84,7	99,5	77,9	78,5
Kantinen und Caterer	"	105,6	107,9	99,7	97,2	94,6	109,7	108,8	102,8	101,6
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	88,2	84,7	84,2	80,7	81,6	84,6	86,1	80,7	84,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteilen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999	2000				2001	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	4 768,8	3 868,1	4 969,8	5 621,5	5 002,7
davon	"									
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,7	117,6	110,5	117,7	90,5	125,5	107,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 107,4	4 780,0	4 658,3	3 750,4	4 879,2	5 496,0	4 895,6
davon	"									
* Rohstoffe	"	36,6	42,6	42,7	35,1	47,9	46,3	35,4
* Halbwaren	"	322,2	383,4	337,3	317,6	395,5	429,0	323,6
* Fertigwaren	"	3 748,5	4 354,0	4 278,3	3 397,7	4 435,9	5 020,7	4 536,6
davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	745,9	922,3	845,6	622,1	1 013,4	933,8	811,2
* Enderzeugnisse	"	3 002,7	3 431,8	3 432,7	2 775,6	3 422,5	4 086,9	3 725,4
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 047,3	1 293,5	1 134,9	807,1	1 519,7	1 444,7	1 183,8
Maschinen	"	666,2	739,8	809,0	595,8	734,4	857,3	875,3
Fahrzeuge	"	587,4	585,9	615,1	620,5	586,8	688,3	603,1
elektrotechnische Erzeugnisse	"	472,3	566,8	578,0	470,5	525,6	660,1	618,8
Eisen- und Metallwaren	"	302,8	382,4	365,7	279,3	332,4	406,4	379,3
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 300,1	2 562,6	2 467,8	2 044,1	2 845,1	2 853,2	2 534,7
darunter	"									
Vereinigtes Königreich	"	364,3	365,9	361,5	314,2	451,0	363,0	367,1
Frankreich	"	417,0	479,9	433,8	325,7	567,0	559,5	541,9
Italien	"	298,8	370,8	349,7	259,7	431,4	407,2	333,4
Niederlande	"	266,7	285,4	289,1	262,3	295,8	319,5	271,4
Belgien-Luxemburg	"	221,4	242,5	255,3	200,8	271,0	256,7	247,2
Österreich	"	236,4	244,4	229,4	211,0	239,2	261,9	249,6
EFTA-Länder ³⁾	"	234,9	275,6	258,6	203,7	228,1	328,7	269,3
darunter	"									
Schweiz	"	199,1	240,0	215,0	171,5	195,2	288,2	232,3
Norwegen	"	32,5	30,9	38,0	29,1	28,8	34,3	31,7
USA	"	429,1	509,5	527,1	412,1	524,1	612,0	527,1
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	7 173,5	8 764,2	7 690,2	7 311,6	7 271,2	10 170,7	10 790,3
davon	"									
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,2	346,1	407,9	373,5	313,8	326,0	359,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 851,3	8 418,1	7 282,3	6 938,1	6 957,4	9 844,7	10 431,2
davon	"									
* Rohstoffe	"	77,0	102,5	84,7	53,0	93,6	138,2	116,9
* Halbwaren	"	699,3	790,5	525,1	555,9	592,5	1 062,3	940,3
* Fertigwaren	"	6 074,9	7 525,1	6 672,5	6 329,2	6 271,3	8 644,2	9 374,1
davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	669,5	869,3	623,6	756,8	724,7	920,7	958,0
* Enderzeugnisse	"	5 405,5	6 655,8	6 048,8	5 572,4	5 546,6	7 723,6	8 416,0
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 372,3	4 049,7	3 369,4	3 642,0	3 319,0	5 005,3	5 433,3
FREMDENERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	578	623	684	803	596	672	674
* darunter von Auslands Gästen	"	191	211	121	165	174	169	138	180	172
* Gästeübernachtungen	"	2 000	2 138	1 495	1 662	1 787	1 953	1 581	1 802	1 787
darunter von Auslands Gästen	"	370	409	235	366	386	322	266	400	370
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindeguppen:										
Heilbäder	"	600	644	467	493	534	586	504	535	557
Luftkurorte	"	133	131	92	77	83	97	96	79	81
Erholungsorte	"	94	98	60	59	61	52	69	54	62
Sonstige Gemeinden	"	1 173	1 265	875	1 034	1 108	1 218	912	1 133	1 087
darunter Großstädte	"	526	575	425	529	566	594	436	590	538
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 331	1 052	1 339	1 383	1 188	1 179	...
davon	"									
* Güterversand	"	205	226	215	183	212	254	223	236	...
* Gütereingang	"	1 096	1 124	1 116	870	1 127	1 130	965	942	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausführergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz).

4) Alle Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindeguppe zugeordnet. Die Gemeindeguppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999	2000				2001	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	34 124	30 577	28 822	25 824	30 281	27 212	24 527	25 610	...
darunter										
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 759	26 145	25 262	23 464	26 381	24 225	21 276	22 922	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 877	1 868	1 866	1 466	1 735	2 000	1 521	1 325	...
Krafträder (einschl. Kraftrollern)	"	2 073	1 998	1 132	550	1 634	571	1 143	873	...
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	297	287	404	213	290	252	387	302	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 310	2 252	2 182	1 827	1 967	2 349	2 186	1 936	1 662
* Getötete Personen ²⁾	"	47	45	52	34	44	45	60	41	39
* Verletzte Personen	"	3 111	3 031	2 961	2 520	2 621	3 192	2 941	2 647	2 271
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	119 614	.	.	.	130 334	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	36 883	39 083	118 230	.	.	.	128 906	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	469	478	1 384	.	.	.	1 428	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	69 638	.	.	.	71 078	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 640	19 432	56 452	.	.	.	57 228	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	4 908	4 970	13 186	.	.	.	13 850	.	.
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	235 020	.	.	.	259 737	.	.
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	"	61 015	64 443	197 593	.	.	.	217 589	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	14 511	16 055	37 427	.	.	.	42 148	.	.
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾	Mill. DM	920 746	319 593	920 746	.	.	.	981 465	.	.
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	"	764 951	260 199	764 951	.	.	.	784 749	.	.
davon										
kurzfristige Kredite	"	120 360	43 486	120 360	.	.	.	126 208	.	.
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	644 591	216 713	644 591	.	.	.	658 542	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾	Mill. DM	685 448	246 770	685 448	.	.	.	758 796	.	.
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	239	207	203	226	224	321	...
davon										
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	"	155	153	176	158	140	127	140	209	...
von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	45	82	63	49	63	99	84	112	...
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	201	235	239	207	203	226	224	321	...
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	133	123	136	129	100	97	113	180	...
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	105,7	106,1	106,4	107,7	107,6	108,1	108,8
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	102,1	101,4	100,7	101,3	101,9	101,0	101,4	102,7	103,2
Bekleidung, Schuhe	"	103,4	104,0	103,9	103,9	104,0	103,9	104,2	104,1	104,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	107,4	110,7	108,0	108,9	109,1	112,7	112,5	112,5	112,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	102,2	102,1	102,1	102,2	102,1	102,1	102,1	102,2	102,5
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	107,9	113,9	111,2	111,9	112,2	115,2	113,6	115,2	117,5
Nachrichtenübermittlung	"	88,0	84,3	87,2	87,2	85,6	83,7	83,6	83,4	83,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	103,4	104,9	104,2	103,8	105,2	104,7	105,4	105,6	107,4
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	103,0	103,7	102,7	102,5	103,1	102,6	103,1	103,0	103,4
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	105,4	105,8	106,1	107,1	107,0	107,5	108,2
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,21 ⁴⁾	100,21 ⁴⁾	.	.	101,0	101,7	.	.	102,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschuldnern“. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999	2000				2001	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
		Durchschnitt ⁴⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	10 401,3	7 712,7	6 141,5	5 202,4	11 276,8	7 922,2	6 676,9
davon	"	5 707,7	6 120,7	9 233,2	7 129,3	5 094,3	4 560,1	10 018,5	7 173,6	5 786,0
davon	"	2 710,1	2 908,6	4 825,9	2 816,3	2 468,7	2 560,4	4 734,0	3 229,4	2 731,3
Lohnsteuer ²⁾	"	116,0	149,7	934,0	- 127,0	- 120,4	- 213,2	1 015,9	- 80,3	- 136,2
veranlagte Einkommensteuer	"	344,9	445,6	182,9	1 183,1	168,6	86,6	161,8	823,5	249,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	360,5	439,9	464,6	843,3	565,6	454,6	529,5	1 295,7	681,6
Zinsabschlag ²⁾	"	425,9	461,0	860,6	313,8	49,5	- 167,0	1 803,9	219,8	- 29,6
Körperschaftsteuer ²⁾	"	1 496,9	1 402,0	1 675,7	1 869,3	1 666,7	1 447,2	1 372,9	1 423,4	1 981,6
Umsatzsteuer	"	253,5	314,1	289,5	230,5	295,6	391,4	400,5	262,1	308,4
Einfuhrumsatzsteuer	"	458,0	488,0	722,1	325,0	701,5	366,3	826,5	410,1	590,4
Bundessteuern	"	91,0	61,7	149,9	- 1,0	43,2	61,9	129,1	16,6	44,4
darunter	"	112,0	112,2	50,7	66,2	493,6	74,7	42,0	75,8	364,6
Mineralölsteuer	"	28,3	25,8	30,5	24,7	22,7	28,1	29,5	26,0	24,2
Versicherungsteuer	"	242,3	255,3	244,7	263,1	257,3	234,0	220,7	358,0	269,6
Zölle ³⁾	"	11,1	11,1	10,3	2,5	3,8	7,2	9,9	12,2	3,4
Landesteuern	"	36,3	42,5	41,5	33,8	46,2	28,0	42,6	109,6	34,2
darunter	"	77,3	84,4	90,6	99,3	77,8	88,2	77,1	74,1	92,7
Vermögensteuer	"	86,5	86,7	72,2	100,0	82,2	77,5	70,2	127,5	93,0
Erbchaftsteuer	"	49,8	59,7	170,8	- 29,4	65,6	13,9	181,6	- 45,8	6,7
Grundwerbsteuer	"									
Kraftfahrzeugsteuer	"									
Gewerbsteuerumlage	"									
		1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt ⁴⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1
davon	"	8,4	8,5	8,4	10,1	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9
Grundsteuer A	"	293,7	294,9	336,8	334,3	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0
Grundsteuer B	"	1 497,0	1 451,6	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 064,7	1 215,8	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	36,8	33,6	40,5	37,4	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2
andere Steuern ⁵⁾	"									
		1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
LÖHNE UND GEHÄLTER										
Arbeiterverdienste										
im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 579	4 637	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755
* Männliche Arbeiter	"	4 781	4 892	4 741	4 800	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920
darunter Facharbeiter	"	5 085	5 195	5 058	5 105	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225
* Weibliche Arbeiter	"	3 516	3 632	3 485	3 525	3 559	3 573	3 608	3 663	3 648
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 229	3 392	3 194	3 238	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	28,20	28,83	28,05	28,25	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88
* Männliche Arbeiter	"	29,10	29,75	28,96	29,14	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80
darunter Facharbeiter	"	31,27	31,99	31,13	31,27	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98
* Weibliche Arbeiter	"	21,99	22,48	21,82	22,04	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,98	20,77	19,80	20,02	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 715	6 845	6 705	6 738	6 763	6 755	6 800	6 859	6 900
* kaufmännische Angestellte	"	6 329	6 504	6 312	6 343	6 383	6 407	6 472	6 512	6 560
männliche Angestellte	"	7 222	7 428	7 217	7 227	7 281	7 336	7 392	7 434	7 486
weibliche Angestellte	"	5 252	5 355	5 228	5 280	5 291	5 262	5 318	5 370	5 404
* technische Angestellte	"	7 052	7 151	7 047	7 086	7 095	7 064	7 094	7 173	7 205
männliche Angestellte	"	7 204	7 304	7 202	7 240	7 242	7 206	7 242	7 331	7 364
weibliche Angestellte	"	5 590	5 753	5 560	5 606	5 655	5 729	5 706	5 751	5 795
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾	"	5 588	5 742	5 606	5 601	5 616	5 628	5 731	5 732	5 805
insgesamt	"	5 613	5 770	5 634	5 627	5 634	5 657	5 766	5 760	5 829
kaufmännische Angestellte	"	6 254	6 422	6 293	6 262	6 280	6 332	6 424	6 393	6 482
männliche Angestellte	"	4 808	4 931	4 817	4 825	4 820	4 811	4 919	4 937	4 985
weibliche Angestellte	"									

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Allgemeines Statistisches Archiv

Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 85. Jg. (2001); Heft 1, ca. 105 Seiten, kartoniert; Einzelheft 64,20 DM, Jahresband (4 Hefte) 214,00 DM; Physica-Verlag, Heidelberg, 2001.

Das Heft enthält folgende Beiträge: Testing for unit roots in time series with level shifts (P. Saikkonen u. H. Lütkepohl); Posterior mode estimation in dynamic generalized linear mixed models (C. Biller); Das Verhalten von Interviewern — Darstellung und ausgewählte Analysen am Beispiel des „interviewer Panels“ des Sozio-ökonomischen Panels (J.-P. Schräpler u. G. Wagner); Schiefemessung ordinalskalierter Merkmale mittels Rangordnungsstatistiken (I. Klein); Messung von Dienstleistungen mit Hilfe von Haushaltsbefragungen (J. Schupp u. G. Wagner). 4659/81

Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft 2000

50. Ausgabe, XXIV und 1472 Seiten, gebunden, 345,00 DM, Verlag Hoppenstedt, Darmstadt, 2000.

Dieses jährlich erscheinende Handbuch enthält in seiner neuesten Auflage Namen und Anschriften sowie führende Persönlichkeiten von rund 27 000 nationalen und internationalen Verbänden, Behörden und Organisationen aus Wirtschaft und Technik, der Wissenschaft, der Kultur und des Sozialwesens. Gegliedert ist das Handbuch in zwei Abschnitte. Im ersten Abschnitt verzeichnet das Handbuch die wirtschaftswichtigen Behörden des Bundes und der Länder, die deutschen Botschaften und Vertretungen im Ausland und bei zwischen- und überstaatlichen Organisationen sowie die ausländischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland. Die anschließend aufgeführten Verbände und Organisationen der Wirtschaft sind wie folgt untergliedert: „Kommunale Verbände“, „Handelskammern und Ländervereine“, „Industrie“, „Handwerk“, „Handel“, „Banken und Börsen“, „Versicherungswesen“, „Energiewirtschaft“, „Verkehrsgewerbe“, „Gastronomie und Fremdenverkehr“, „Kultur und Kommunikation“, „Genossenschaften“, „Landwirtschaft und Umweltschutz“, „Sozialpolitische Organisationen“, „Freie Berufe und andere Berufsverbände“, „Technisch-wissenschaftliche Vereinigungen“ sowie „Interessengemeinschaften und sonstige Zentralstellen und Organisationen“. Im zweiten Abschnitt sind die internationalen und europäischen Organisationen enthalten. Wie schon im ersten Abschnitt werden zunächst die staatlichen Organisationen in Europa, insbesondere der Europäischen Union aufgeführt, gefolgt von den Organisationen und Verbänden der Wirtschaft sowie supranationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und weiteren internationalen und interregionalen staatlichen Zusammenschlüssen, Ämtern und Behörden. Zur schnellen und sicheren Informationssuche verfügt das Werk über ein Suchwortverzeichnis, ein Personenregister sowie zwei Abkürzungsverzeichnisse. 6996

Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus

Hrsg. von P. Lüttinger, Band 6 der Reihe „ZUMA-Nachrichten Spezial“, 402 Seiten, kartoniert, 25,00 DM, ZUMA, Mannheim, 1999.

In dem vorliegenden Band werden Forschungsarbeiten vorgestellt, die sich mit der Analyse von Strukturen des Arbeitsmarktes, von Haushalten und Familien und sozialer Ungleichheit beschäftigen. Das Besondere daran ist, dass in sämtlichen Arbeiten amtliche Individualdaten als Datenbasis verwendet werden, nämlich die von den Statistischen Ämtern jährlich durchgeführte Mikrozensus-Erhebung. Mit dem Start eines von der GESIS und dem Statistischen Bundesamt initiierten Pilotprojektes (www.zuma-mannheim.de/data/microdata/), in dem der Mikrozensus 1995 — und mittlerweile auch andere amtliche Daten — als Scientific-Use-File der Forschung zu günstigen Konditionen bereitgestellt wird, war es möglich, die amtlichen Individualdaten zu Forschungszwecken zu verwenden. Im Oktober 1998 wurde von der ZUMA-Abteilung Mikrodaten eine Konferenz durchgeführt, die sich vorwiegend an die Nutzer von Mikrozensusdaten richtete und einen Informationsaustausch sowohl der Nutzer untereinander als auch mit den statistischen Ämtern ermöglichen sollte. Die mehr als 20 Vorträge, die auf der Konferenz gehalten wurden, sind zu einem Großteil hier abgedruckt und belegen eindrucksvoll die reichhaltigen Nutzungsmöglichkeiten der Mikrozensusdaten. Viele der vorgetragenen Fragestellungen wären mit den verfügbaren kleinen Stichproben der Umfrageforschung nur bedingt zu bearbeiten gewesen. Nicht zuletzt dokumentieren diese Vorträge auch die verbesserte Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und empirischer Sozialforschung. 6999

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Berufsbildungsgesetz (BBiG) / Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG)

vom 14. August 1969 in der Fassung vom 23. Dezember 1981 mit Kommentar und Nebengesetzen sowie Landesrecht. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. E. Oestreicher, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 152. Erg.-Lfg. vom Januar 2000, ca. 4500 Seiten, in 2 Plastikordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2000. 3922/41

Vermögensbildungsgesetz — Kommentar

Fünftes Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Kommentar mit Einleitung, Erläuterungen, den Ausführungsbestimmungen der Länder und Nebengesetzen. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. G. Brandmüller, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 104. Erg.-Lfg. vom April 2000, 2900 Seiten, in 3 Leinenordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2000. 2871/40

Arbeitsförderungsgesetz (AFG)

vom 25. Juni 1969 mit Kommentar. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. H. Gründer und D. Dalichau, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 174. Erg.-Lfg. vom Juni 2000, ca. 4000 Seiten, in 4 Plastikordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2000. 3900/49

Beamtenrecht des Bundes und der Länder, Richterrecht und Wehrrecht

Kommentar zum Bundesbeamtengesetz und Beamtenversorgungsgesetz unter Einbeziehung des Beamtenrechts der Länder, Deutsches Richterrecht sowie Wehrgesetze mit Erläuterungen. Ergänzbare Kommentar. Von Prof. Dr. W. Fürst, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts a. D., Band I der Reihe „Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)“, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 9/00 vom September 2000; 8838 Seiten, in 7 Spezialordnern) 486,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2000. 5189/39

Autofahrer-Typen auf Deutschlands Straßen

Sicher Direct Studie '97. Von P. J. Adelt, W. Grimmer und E. R. Stephan, aus der Reihe Werkstattberichte aus Wissenschaft + Technik, 180 Seiten, kartoniert, 32,00 DM, Wirtschaftsverlag NW, Bremerhaven, 1999.

Hervorgegangen aus dem Vorhaben einer Versicherung, die Tarife rund um das Auto — auch auf Grund der Wünsche der Versicherten — individueller zu gestalten, befasst sich die Studie mit der Bildung von Typen von Autofahrern. Dazu wurden gut 1600 repräsentativ ausgewählte deutsche Autofahrer zu Fahrmotiven und Fahrstilen, Einstellungen zum Auto und zum Autofahren, Fahrmentalitäten sowie Merkmalen der Fahrerfahrung und des Fahrverhaltens befragt. Herausgebildet haben sich sechs Typen: 1. die „Raser“, überwiegend jugendlich und männlich und 2. die „Frustrierten“, überwiegend etwas älter und schwächer motorisiert, die beide stark durch Risikolust und Selbstbestätigung motiviert und mit einem Anteil von zusammen fast einem Drittel vertreten sind. Aus diesen rekrutiert sich die mit 4 % vertretene Gruppe der „Rowdys“, die durch besonders aggressives und rücksichtsloses, das eigene Können überschätzendes Fahrverhalten gekennzeichnet sind. Die dritte Gruppe bilden die „Ängstlichen“ — verstärkt unter Rentnern und Hausfrauen zu findende unsichere Wenigfahrer mit einem Anteil von 17 %. Ferner werden die „Funktionalisten“, die das Auto als reinen Gebrauchsgegenstand sehen (19 %), die „Gelassenen“, die das Autofahren bei sanftem und angstfreiem Dahingleiten genießen (16 %) sowie die „Vorsichtigen“, die etwas besorgter und regelkonformer als die Gelassenen unterwegs sind (16 %), unterschieden. Die Studie gibt zunächst einen Überblick über die zu Grunde liegende Methodik der Befragung und stellt danach die Autofahrer-Mentalität in Deutschland dar. Anschließend erfolgt die Beschreibung der genannten sechs Autofahrer-Typen. Nachdem in der Vergangenheit vor allem technische Lösungen zur Verringerung der Unfallzahlen im Straßenverkehr entwickelt wurden, soll die Studie dazu dienen, gezielt verkehrspolitische und verkehrserzieherische Maßnahmen einzusetzen — als besonders gefährdete Zielgruppen wären vor allem die Raser, die Frustrierten und die Ängstlichen anzusprechen — und die Öffentlichkeit noch stärker für ein verantwortungsbewusstes Verhalten im Straßenverkehr zu sensibilisieren. 6995

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM MÄRZ 2001

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen
 □ = auf Diskette lieferbar, ● = auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berichte

Erwerbstätige in Hessen und in Deutschland 1991 bis 2000; (A VI 6/S - j/1999 - 2000)	8,00 DM
□, Excel	8,00 DM
Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 30. Juni 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (A I 1 mit A I 2, A I 4, A II 1, A III 1, A V 1, A V 2 - hj 1/00); (G)	12,00 DM
Landwirtschaftszählung 1999 zugleich Agrarstrukturerhebung 1999 (Betriebssysteme und Standardbetriebs-einkommen (StBE) der landwirtschaftlichen Betriebe und der Forstbetriebe 1999); (C IV 9/1999 - 4); (K)	10,00 DM
Die Weinmosternte in Hessen 2000; (C II 4 - j/00)	5,00 DM
Die Pflanzenbestände in den Baumschulen Hessens 1996 und 2000; (C II 5 - 4j/00)	6,00 DM
Die Weinerzeugung 2000; (C IV 8 - j/00)	5,00 DM
Gewerbeanzeigen in Hessen im 4. Vierteljahr 2000; (D I 2 - 4/00), (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Dezember 2000; (E I 1 - 12/00); (K)	8,00 DM

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Januar 2001; (E I 1 - m 1/01); (K)	8,00 DM
□, Excel	8,00 DM
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Januar 2001; (E I 3 - m 1/01)	8,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen 2000 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - j/00); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Januar 2001 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 1/01); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Das Ausbaugewerbe in Hessen im 4. Vierteljahr 2000 (Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe); (E III 1 - vj 4/00); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Elektrizitäts- und Gasversorgung in Hessen im Oktober 2000; (E IV 2 mit E IV 3 - m 10/00)	5,00 DM
Elektrizitäts- und Gasversorgung in Hessen im November 2000; (E IV 2 mit E IV 3 - m 11/00)	5,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im Dezember 2000 (mit Kreisergebnissen für das 4. Vierteljahr 2000); (F II 1 - m 12/00); (K)	5,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Dezember 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 12/00)	6,00 DM
Die Ausfuhr Hessens im Oktober 2000 (Vorläufige Zahlen); (G III 1 - m 10/00)	6,00 DM
Die Ausfuhr Hessens im November 2000 (Vorläufige Zahlen); (G I 1 - m 11/00)	6,00 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Oktober 2000 (Vorläufige Zahlen); (G III 3 - m 10/00)	6,00 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im November 2000 (Vorläufige Zahlen); (G III 3 - m 11/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Dezember 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 12/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Dezember 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 12/00)	5,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im November 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (K)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Dezember 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (K)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Januar 2001 (H I 1 - m 1/01, Vorauswertung); (K)	5,00 DM
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im 4. Vierteljahr 2000 und im Jahr 2000; (H I 4 - vj 4/00)	5,00 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im Dezember und im Jahr 2000 (H II 1 - m 12/00); (H)	6,00 DM
Die Pflegeeinrichtungen in Hessen am 15. Dezember 1999 (K II 8 - 2j/1999); (K)	10,00 DM
□, Excel	10,00 DM
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im Oktober 2000; (L I 1 - m 10/00)	5,00 DM
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im November 2000; (L I 1 - m 10/00)	5,00 DM
Messzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Februar 2001; (M I 2 - m 2/01)	10,00 DM
Entwicklung der Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen 1997 bis 2000; (M I 2/5 - unreg./97 - 00)	5,00 DM
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Februar 2001; (M I 4 - vj 1/01)	6,00 DM
Ausstattung privater Haushalte in Hessen mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern im Jahr 1999 (Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen 1999); (O I 2 - j/99)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Entsorgung von Abfällen in betriebseigenen und in Anlagen der Entsorgungswirtschaft in Hessen 1996; (Q II 10 - j/96)	8,00 DM
Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik (Ausgabe II/2000); (Z I - hj/2000 - 2)	8,00 DM
□, Excel	8,00 DM